Universität Rostock

Traditio et Innovatio

**Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften**

2012

**Thomas Prenzel (Hrsg.)**

# 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen

## Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt

**Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung**
Heft 32

Universität Rostock
Traditio et Innovatio

Thomas Prenzel (Hrsg.)

# 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 32

**Universität Rostock**
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2012

LpB Mecklenburg - Vorpommern
Landeszentrale für politische Bildung

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Bausteine für historische und politische Bildung e.V.

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND DRUCKVORLAGE: Roman Guski
Thomas Prenzel

UMSCHLAGGESTALTUNG: Karsten Maatz

CIP-KURZTITELAUFNAHME: Thomas Prenzel: 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen . Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. – Rostock, Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2012. – 88 S. – (Rostocker Information zu Politik und Verwaltung; 32)

FÖRDERUNG UND UNTERSTÜTZUNG: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
Amadeu Antonio Stiftung
context. Bausteine für historische und politische Bildung e.V.

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-940835-31-4

---

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
E-Mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

DRUCK: ODR GmbH, Rostock

# Inhaltsverzeichnis

*Thomas Prenzel*
**20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Zur Einleitung** ..... 5

*Thomas Prenzel*
**Rostock-Lichtenhagen im Kontext**
**der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl** ..... 9

*Roman Guski*
**Nach Rostock-Lichtenhagen:**
**Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens** ..... 31

*Stephan Geelhaar, Ulrike Marz, Thomas Prenzel*
**Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte** ..... 55

**Quellen- und Literaturverzeichnis** ..... 69

**Zu der Autorin und den Autoren** ..... 85

**Ausgaben der Reihe**
**„Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“** ..... 86

## 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Zur Einleitung

Zwanzig Jahre nach den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen gibt es immer noch Leerstellen in der politischen, juristischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Über Tage hinweg griffen im August 1992 Gewalttäterinnen und -täter mit Steinen, Stöcken und Brandsätzen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) und eine Unterkunft vietnamesischer Gastarbeiterinnen und -arbeiter an, während sie die Unterstützung tausender Schaulustiger aus der unmittelbaren Nachbarschaft fanden und einer überforderten und wenig einsatzbereiten Polizei gegenüberstanden. Mehr als 100 Menschen entkamen nur knapp dem Tod in einem der brennenden Häuser, die Flüchtlingsunterkunft wurde geschlossen. Rostock-Lichtenhagen wirkte nicht nur als Fanal für eine Welle rechter Gewalttaten in Deutschland. Die Ausschreitungen befeuerten zugleich die politische Debatte um die Einschränkung des Rechts auf Asyl, die schließlich in der Zustimmung der sozialdemokratischen Opposition zur Änderung des Grundgesetzes mündete.

Die Ereignisse von Lichtenhagen sind seit Jahren regelmäßig Thema breiter Debatten um Asyl- und Migrationspolitik, die extreme Rechte, die sozialen und politischen Folgen der politischen Wende von 1989/1990 und Geschichtspolitik in Deutschland. Obgleich das mediale und öffentliche Interesse anhält, ist die Zahl wissenschaftlicher Auseinandersetzungen jedoch überschaubar. Zusammenhänge etwa zwischen der Asyldebatte und der Zuspitzung der Situation in Rostock oder Aspekte neueren Forschungsinteresses wie die Bedeutung antiziganistischer Ressentiments gegen Roma und Sinti wurden bisher selten oder nur in Veröffentlichungen des tagespolitischen Diskurses thematisiert.

Dementsprechend möchte das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock dem anhaltenden Interesse von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft insbesondere anlässlich des 20. Jahrestages der Ereignisse in seiner Publikationsreihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ nachkommen. In einem einleitenden Text stellt Thomas Prenzel die Zuspitzung der Situation um die ZAST in Rostock-Lichtenhagen im Kontext der bundesweiten Diskussion um die Einschränkung von Fluchtbewegungen in die Bundesrepublik dar. Unter besonderer Berücksichtigung der zeitgenössischen öffentlichen Auseinandersetzung in der Regional- und der Rostocker Lokalpresse werden die Positionierungen der Landespolitik, die Frage um die Flüchtlingsunterkunft in Rostock, der Ablauf der rassistischen Gewalt und die unmittelbaren Folgen vorgestellt und analysiert.

Im folgenden Beitrag wirft Roman Guski einen Blick auf die Aufarbeitung von Rostock-Lichtenhagen und Perspektiven des Gedenkens an die Ereignisse. Seiner Betrachtung der parlamentarischen Untersuchungen und politischen Konsequenzen, der justiziellen Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung, den Folgen für die demokratische Zivilgesellschaft und der Rolle von Wissenschaft, Kultur und Medien lässt er erinnerungskulturelle Fragen folgen, die in Rostock und darüber hinaus unterschiedlich und politisch kontrovers behandelt worden sind.

Abschließend vertiefen Ulrike Marz, Stephan Geelhaar und Thomas Prenzel die antiziganistische Dimension von öffentlicher Debatte und Gewalt und verknüpfen sie mit der neueren wissenschaftlichen Betrachtung spezifischer Ressentiments gegen Roma und Sinti. Zudem analysieren sie die Ereignisse als konformistisch-autoritäre Revolte, die die ideologische Motivation der Gewalttäterinnen und -täter und der sie Unterstützenden im sozialen und politischen Zusammenhang der Nachwendezeit hinterfragt.

Die drei Beiträge arbeiten ausführlich mit Artikeln aus der Regional- und der Rostocker Lokalpresse, die in dieser Form noch nicht ausgewertet wurden.[1] Zwar haben auch vergangene Arbeiten die Auseinandersetzung über die Ereignisse untersucht, dabei jedoch Verbindungen zum politischen Geschehen nur angerissen oder einen kurzen Zeitraum und umgrenzte Themen behandelt, wenn sie nicht gänzlich als Intervention in den politischen und medialen Diskurs gedacht waren.[2] Eine Veröffentlichung des Journalisten Jochen Schmidt, der als Fernsehreporter eingeschlossen im brennenden Sonnenblumenhaus die Ereignisse miterleben musste, kontextualisiert die Gewalt in Rostock-Lichtenhagen ausführlich, muss jedoch ohne wissenschaftlichen Apparat auskommen und ist deutlich von der Suche nach persönlichen Verantwortlichkeiten in Politik und Verwaltung gekennzeichnet.[3] Die folgenden Beiträge sollen auf der bisherigen Forschung aufbauen und sie um ausgeblendete Aspekte, Themen neueren Interesses oder Fragen des erinnerungspolitischen Gedenkens ergänzen.

Indem deutlich die politischen Entscheidungen, Diskurse und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten – und Versäumnisse – in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern herausgearbeitet werden, sollen die Analysen zugleich in der Tradition der Veröffentlichungen und Aktivitäten des Rostocker Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften ihren Beitrag zu Aufbau und Pflege einer demokratischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern leisten. Bereits seit 1992, als ein erstes Kolloquium zum Thema stattfand,[4] haben sich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf verschiedenen Wegen immer wieder mit Ursachen und Aspekten der rassistischen Gewalt beschäftigt. Nach Beiträgen bei Podiumsdiskussionen und Vorträgen etwa von Prof. Dr. Yves Bizeul zum 10. Jahrestag der Ereignisse,[5] von Prof. Dr. Nikolaus Werz im April 2012[6] sowie von Dr. Gudrun Heinrich im Sommer 2012 sind in diesem Jahr weitere Aktivitäten wie eine Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern oder die Ausarbeitung eines Projekttages für den Sozialkundeunterricht vorgesehen.

Diese Herangehensweise über die Politikwissenschaft und die politischen Bildungsarbeit kann somit über den lokalen und regionalen Rahmen hinaus Teil einer Auseinandersetzung sein, die Rostock-Lichtenhagen nicht als Makel einer entfernten Vergangenheit verdrängt, sondern aus den politischen, sozialen und ideologischen Verwerfungen lernt und Konsequenzen für die Gegenwart zieht. Der Entwicklung einer verantwortungsvollen Bürgergesellschaft, der Konfrontation menschenfeindlicher Ressentiments und dem Eintreten für die allgemeinen Rechte aller Mit-

---

[1] In der Hansestadt erschienen 1992 sowohl die Ostsee-Zeitung als auch die Norddeutsche Neuesten Nachrichten als bedeutende Tageszeitungen.

[2] Etwa Funke, Hajo: Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus. Göttingen 1993; Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2., durchgesehene Auflage, Duisburg 1993; Schulz, Bernd: Gestörte Befindlichkeiten. Eine Presseanalyse der „Rostocker Krawalle" von 1992. Diplomarbeit an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hamburg 1999.

[3] Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin 2002. Die bearbeitete Darstellung fußt deutlich auf Schmidt, Jochen: Der Brandanschlag von Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Ursachen, politischer und publizistischer Kontext und Folgen. Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaften. Marburg 1998.

[4] Oberndörfer, Dieter: Erinnerungen an die Gründung. In: Bizeul, Yves u.a.: 10 Jahre Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 17. Rostock 2002, S. 10-28, hier S. 27.

[5] Bizeul, Yves: Der Umgang mit dem Fremden in der offenen Gesellschaft. In: Bürgerschaft der Hansestadt Rostock (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock, im August 2002. Neue Demokratie, Heft 7. Rostock 2002, S. 7-13.

[6] Vgl. Institut für Text und Kultur der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (Hrsg.): JahresTage [1942.1992], Rostock.

glieder einer vielgestaltigen, globalisierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts kann dies nur förderlich sein.
Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stiftungen und Institutionen, Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock und nicht zuletzt Freundinnen und Freunden, die dieses Anliegen mit der Unterstützung der Publikation gefördert haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Thomas Prenzel

Rostock, Juli 2012

# Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl

*Thomas Prenzel*

## 1 Einleitung

Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992: Über mehrere Tage hinweg greifen hunderte Menschen mit Steinen und Brandsätzen eine Flüchtlingsunterkunft an. Tausende bejubeln, beklatschen und unterstützen sie, rufen „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus". Die wenigen Polizeikräfte sind überfordert. Nachdem die Unterkunft geräumt wird, richtet sich die Aggression vollends gegen ein benachbartes Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter. Als die Polizei sich überraschend zurückzieht, erreicht die Gewalt ihren Höhepunkt. Das Haus wird gestürmt, in verschiedenen Räumen Feuer gelegt. Mehr als einhundertzwanzig vietnamesische Bewohnerinnen und Bewohner, eine Handvoll sie unterstützende Einheimische und ein Fernsehteam können sich über das Dach nur knapp vor dem Tod retten. Als die Polizei zurückkehrt, werden sie aus der Stadt evakuiert.

Wenige Wochen, nachdem das Bündnis aus Neonazis und rassistischer Anwohnerschaft mit seiner grenzenlosen Gewalt die Räumung der Flüchtlingsunterkunft und des Wohnheims erreicht hat, schränkt der Bundestag in der Folge das Grundrecht auf Asyl ein.

Die Ereignisse in Rostock bewegten die Öffentlichkeit: Ein seit langem schwelender Rassismus zeigte hier eine in diesem Ausmaß unbekannte Gewalttätigkeit, vor der die Staatsgewalt zeitweilig kapitulierte. Mit der Änderung des Asylrechts wurde der Rahmen legaler Möglichkeiten zur Einwanderung in die Bundesrepublik erheblich eingeschränkt. Zugleich blieb die Bereitschaft der SPD zu dieser Gesetzesänderung nach den Gewaltausbrüchen in Rostock nicht ohne Folge für die liberale und linke Öffentlichkeit und darüber hinaus. „Lichtenhagen" ist somit zu einem Symbol der Diskursverschiebung im wiedervereinigten Deutschland geworden. Es war jedoch in dieser Zeit nicht der einzige Ausbruch von Gewalt gegen Menschen nicht-deutscher Herkunft. Nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, wo Neonazis unter dem Beifall der Nachbarschaft über Tage hinweg ein Wohnheim von Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern angriffen, und vor dem Mordanschlag in Solingen Ende Mai 1993, bei dem fünf Menschen türkischer Herkunft starben, gab es unzählige rassistische Angriffe vor allem im Osten Deutschlands.[1]

Insofern sollen im Folgenden in einem Überblick die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen rekonstruiert, zugleich jedoch ihr Kontext in der über Jahre anhaltenden Debatte um die Einschränkung des Asylrechtes dargestellt werden. Hierbei muss hinterfragt werden, wie das Grundrecht auf Asyl sich zu einem so herausragenden Politikum entwickeln konnte, das die Öffentlichkeit nicht nur in Rostock bewegte, und wie es in Verbindung mit der Gewalt in Lichtenhagen stand. Gleichzeitig gilt es im Blick auf die Rostocker Lokalpolitik insbesondere über die Rezeption in der örtlichen Presse aufzuzeigen, aus welcher konkreten und regional spezifischen sozialen und politischen Situation heraus sich diese Eskalation ereignen konnte.

Einleitend muss ein kurzer Blick auf das Asylrecht als Grundrecht geworfen werden, bevor die Diskussion über seine Einschränkung beginnend in der Bundesrepublik vor 1989, nach der politischen Wende in Gesamtdeutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt wird.

[1] Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3., überarbeitete Auflage, Berlin 2000, S. 155-156.

Anschließend soll die Einrichtung der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock neben einem vietnamesischen Wohnheim und die Entwicklung der sozialen Situation in dem und um das Gebäude dargestellt werden. Der Schilderung der sich zuspitzenden Mobilisierung gegen die ZAST und des Ablaufs des Pogroms[2] folgt ein Abriss über die politische Diskussion bis hin zur Einschränkung des Asylrechts.

## 2 Die Debatte über die Einschränkung des Asylrechts

### 2.1 Asyl als Grundrecht

Als die Gründerväter und -mütter der Bundesrepublik das Grundgesetz diskutierten, standen sie noch gänzlich unter dem Eindruck von Verfolgung und Terror durch die Nationalsozialisten. Deshalb fand ein Asylrecht Eingang in den Katalog der Grundrechte, das sehr weitreichend gewesen war: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", hieß es kurz und prägnant. Betroffenen stand damit ein individuelles und einklagbares Recht auf Asyl zu.[3]
Die Anerkennung von Asylsuchenden wurde bis 1977 von den Verwaltungsgerichten über eine „begründete Furcht vor Verfolgung" in der subjektiven Sicht der Antragstellenden ausgelegt.[4] Dem folgten in der Rechtsprechung eine „objektive" Beurteilung der Situation der Betroffenen in den Herkunftsländern und darauf aufbauend Verschärfungen der Bestimmungen, die letztendlich Abschiebungen zeitweise sogar bei zu befürchtender Folter oder anderen Formen von Verfolgung gestatteten.[5]
Begleitet wurde diese restriktivere Auslegung des Asylrechtes von Einschränkungen auf dem Verfahrenswege. So wurden Widerspruchsrechte eingeschränkt, Verfahren zuungunsten der Rechtswege beschleunigt und enge Aufenthaltsbestimmungen ausgearbeitet. Diese reichten von der Einschränkung ärztlicher Leistungen über die massive Begrenzung der Bewegungsfreiheit und langjährige Arbeitsverbote bis hin zur Unterbringung in Sammelunterkünften und der Kürzung des Sozialhilfesatzes. Flüchtlinge waren von der bundesrepublikanischen Politik zunehmend nicht mehr erwünscht; während die Beschleunigung und Beschränkung der Anerkennungsverfahren die Zahl der Flüchtlinge senken sollte, versuchte man weitere Asylsuchende durch die ihnen bevorstehenden harten Lebensbedingungen von der Einreise abzuschrecken.[6]

---

[2] Die Einordnung der rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen als Pogrom ruft unter anderem mit Verweis auf die Konnotation des Begriffes mit antisemitischer Verfolgung bisweilen Kritik hervor. In Hinblick auf den Stand der Pogromforschung scheint diese Kritik unbegründet. So definiert Werner Bergmann Pogrome als Formen „*kollektiver Gewalt* gegen eine weitgehend wehrlose ethnische Gruppe", die seitens der Mehrheitsbevölkerung einseitig und nicht-staatlich motiviert ist, wenn diese „von Seiten des Staates keine Abhilfe gegen eine (wahrgenommene) Bedrohung durch die Minderheit erwartet", Bergmann, Werner: Pogrome. In: Heitmeyer, Wilhelm; Hagen, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002, S. 441-460. Der in den folgenden Texten analysierte Ablauf der Ereignisse – ein über einen längeren Zeitraum andauernder Angriff auf eine Menschengruppe, der von einer Bevölkerungsmenge ohne erkennbaren Widerstand gedeckt wird, die mediale Verbreitung von Ressentiments gegen die Opfer und die Untätigkeit lokaler Verantwortungsträger und der Sicherheitsbehörden – rechtfertigt die inzwischen verbreitete Nutzung im neueren wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Diskurs.
[3] Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 139, sowie Münch, Ursula: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Opladen 1993, S. 17-37.
[4] Zit. nach Nuscheler, S. 141.
[5] 1990 hat das Bundesverfassungsgericht Folter wieder als Asylgrund anerkannt, ohne dass sich dem allerdings eine grundlegende Änderung in der Abschiebepraxis anschloss. Nuscheler, S. 141-143.
[6] Nuscheler, S. 143-148.

Lange Zeit stellten nicht mehr als ein paar tausend Menschen jährlich einen Asylantrag in Deutschland. Ende der 1970er Jahre kurzzeitig und ab Mitte der 1980er Jahre auch langfristig stiegen die Zahlen jedoch rasant an.

**Tabelle 1: Zahl der Asylerst- und Folgeanträge von 1984 bis 1993**[7]

| 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 35.278 | 73.832 | 99.650 | 57.379 | 103.076 | 121.315 | 193.063 | 256.112 | 438.191 | 322.599 |

Die Beamtenschaft des damaligen Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge war in erster Instanz für die Beurteilung der Asylanträge zuständig. Beschied sie 1971 noch 57,0 Prozent aller Anträge positiv, fiel die Quote bis 1982 auf 6,8 Prozent. Bis 1985 stieg sie kurzzeitig auf 29,2 Prozent, bevor sie anschließend wieder sank und 1992 4,3 Prozent betrug. Die absolute Zahl der asylberechtigten Personen lag damit zwischen 1971 und 1992 bis auf zwei Jahre immer unter 10.000.[8] Positive Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zugunsten abgelehnter Asylsuchender sowie diverse Sonderfälle wie Duldungen etwa aus humanitären Gründen, die zu keinem festen Aufenthaltstitel führten, dürften diese Zahlen jedoch deutlich erhöhen. Zudem wurden in den Berechnungen des Bundesamtes zurückgenommene Anträge und eingestellte Verfahren als Ablehnungen gezählt.[9] Insofern sind die Quoten des Amtes eher als Trend zu interpretieren; angesichts steigender Flüchtlingszahlen setzte der politische Wille auf eine massive Begrenzung der Einwanderung.[10]

## 2.2 Forderungen nach Einschränkung des Rechts auf Asyl

Nicht erst seit der Verschärfung der Asylverfahrensbestimmungen in den 1980er Jahren wurde in der bundesdeutschen Politik über Zuwanderung diskutiert. Angesichts der niedrigen Zahlen von Asylanträgen gegenüber mehreren Millionen Gastarbeiterinnen und -arbeitern und ihren Familien stand diese Form der Migration jedoch lange außerhalb des Blicks der Öffentlichkeit. Als sich aber etwa im Scheitern der Rückkehrförderung zeigte, dass diese Menschen die Bundesrepublik als ihren permanenten Wohnort ausgewählt hatten, die Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus Osteuropa, die nach dem ethnisch-orientierten Staatsbürgerschaftsrecht Deutschlands Aufnahme fanden, in die Millionen ging[11] und zugleich die Zahl der Asylanträge erheblich stieg, verschärfte sich die Diskussion – auch in Anbetracht der damit verbundenen sozialen und ökonomischen Verteilungsschwierigkeiten etwa von Wohnraum oder Arbeitsplätzen.[12]
In seiner ersten Regierungserklärung von 1982 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bereits die Ausländerpolitik zu einem von vier Schwerpunkten erhoben. Im Koalitionsvertrag seiner konservativ-liberalen Regierung hieß es: „Deutschland ist kein Einwanderungs-

[7] Zahlen in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2010. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg 2011, S. 11. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass Weiter- oder Rückwanderungen in dieser Statistik ignoriert werden, so dass die tatsächlichen Zahlen um ein Drittel niedriger sein dürften, vgl. Nuscheler, S. 132.
[8] Pahlke, Sylvia: Der Asylkompromiß 1992. Ursachen, Argumente, Konsequenzen. Diplomarbeit an der Universität Oldenburg. Oldenburg 1999, S. 40.
[9] Pahlke, S. 40-41.
[10] Durch Revisionsverfahren vor den Verwaltungsgerichten, so Nuscheler, S. 145, verdoppelte sich die Anerkennungsquote in etwa, was Forderungen nach Einschränkung dieser Rechtswegegarantie zur Folge hatte.
[11] Zogen noch 1984 36.459 Aussiedler in die Bundesrepublik, waren es 1988 bereits 202.673, und in den beiden folgenden Jahren 377.055 sowie 397.073 Personen. Pahlke, S. 42.
[12] Nuscheler, S. 125-126.

land".[13] Extrem rechte Organisationen thematisierten mit Erfolg die Frage der Zuwanderung und konnten fehlende Schärfen in der öffentlichen Unterscheidung von Arbeits- und Asylmigration ausnutzen. Mit ihrer völkisch aufgeladenen Agitation und nationalistischen Parolen wie „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" heizten etwa die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) und die erst 1983 gegründeten Republikaner Diskussionen um eine vermeintliche „Asylantenflut" an und konnten beachtliche Wahlerfolge erzielen. So zogen die Republikaner im Januar 1989 mit 7,5 Prozent der Zweitstimmen ins Berliner Abgeordnetenhaus und erreichten fünf Monate darauf 7,1 Prozent der Stimmen bei der Europawahl. Zusätzlich zu diesen zwei Millionen stimmten weitere 500.000 Menschen für NPD und DVU.[14]

Angesichts zu geringer praktischer Aufnahmekapazitäten für die verschiedenen Zuwanderungsgruppen und der sich zuspitzenden rassistischen Stimmung diskutierten Politik und Öffentlichkeit vermehrt über die Begrenzung und Abwehr von Einwanderung. Für eine Einschränkung des Asylrechts plädierten insbesondere Länder und Gemeinden, die die Folgen der erzwungenen Gemeinschaftsunterkünfte, Sozialleistungen und Arbeitsverbote tragen mussten: Jene Maßnahmen wie Essenspakete und Wertgutscheine statt Bargeld, die vermeintliche Armutsflüchtlinge von der Reise nach Deutschland abhalten sollten, waren kostenintensiv für die zuständigen Kommunen. Für Politik und Öffentlichkeit wurde „Asyl" zu einem Thema von herausgehobener Bedeutung und zum Symbol für Zuwanderung überhaupt.[15]

Aus den Unionsparteien wurde schon seit 1984/1985 der Ruf nach einer Änderung des Grundgesetzes laut, da auf anderem Wege keine effektiven Lösungen gefunden werden könnten. Anfang 1990 etwa legte die CSU-geführte bayerische Landesregierung im Bundesrat einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes vor, der das Asylrecht als eine individuelle Garantie zugunsten vorschreibbarer Aufnahmekapazitäten genauso wie die juristische Prüfung der Entscheidungen faktisch abschaffte. Asylsuchende sollten nur aufgenommen werden, solange nicht „die Aufnahmefähigkeiten der Bundesrepublik durch den Zustrom der Flüchtlinge im Hinblick auf Unterbringung, Arbeitsmöglichkeiten, Integration und Sicherheit, überfordert werden".[16] Im Oktober des Jahres folgte die CDU-geführte baden-württembergische Landesregierung im Bundesrat mit einem Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes, der es „den zuständigen Behörden ermöglicht, speziell Asylbewerber aus solchen Staaten, in denen eine politische Verfolgung nicht stattfindet, bereits an der Grenze zurückzuweisen oder ihren Aufenthalt […] unverzüglich zu beenden".[17] Der Regierung sollte es mit Zustimmung des Bundesrates möglich werden, solche Nichtverfolgerstaaten zu benennen. Klagemöglichkeiten gegen diese Entscheidung wären auszuschließen.[18]

---

[13] Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001, S. 249-250, Zitat auf S. 250. „Aus einer eher kurzfristigen Reaktion auf eine unbekannte, bedrohlich scheinende Entwicklung war so innerhalb von wenigen Jahren ein auch langfristig wirksames Ideologem geworden", heißt es zusammenfassend in Herbert, S. 262, über die öffentlichen Debatten um die Ausländerpolitik bis Ende der 1980er Jahre.

[14] Zur programmatischen Bedeutung der rassistischen Mobilisierung der radikalen Rechten Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2005, S. 42-45. Zu den Wahlerfolgen der rechten Parteien seit den 1980er Jahren Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, S. 52-61, sowie Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute. Darmstadt 2012, S. 88-94.

[15] Herbert, S. 265-271, insbesondere S. 269.

[16] Pahlke, S. 46-47, zitiert aus Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. Gesetzesantrag des Freistaates Bayern im Bundesrat vom 01.03.1990. Drucksache 175/90, S. 11.

[17] Pahlke, S. 47-48, zitiert aus: Entwurf eines … Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 19). Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat vom 05.10.1990. Drucksache 684/90, S. 2-3.

[18] Pahlke, S. 47-49.

Während sich in den Unionsparteien eine relative Geschlossenheit zur Änderung des Grundrechts auf Asyl fand, lehnten dies SPD und FDP als für eine notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit benötigte Partner eines solchen Beschlusses bis 1991 deutlich ab. Gegenteilige Stimmen wie die des Sozialdemokraten Oskar Lafontaine, damals Ministerpräsident des Saarlandes, fanden in ihren Parteien zwar Gehör, waren jedoch noch in der Minderheit. Stattdessen setzte man auf die Beschleunigung der Asylverfahren und hoffte, die Gründe für die gewachsenen Migrationsbewegungen in den Heimatländern der Flüchtlinge zu beheben. Zudem forderten beide Parteien ein Einwanderungsgesetz für die Steuerung der Zuwanderung abseits der damals einzigen Möglichkeit des Asyls.[19]

Ab dem Sommer 1991 nahm die Intensität der Debatte über die Zuwanderung in das wiedervereinigte Deutschland zu. Während die Zahlen der einwandernden Aussiedlerinnen und Aussiedler wie auch der Asylsuchenden weiterhin stiegen, klagten die Kommunen und Länder über unzureichende Unterbringungskapazitäten. Vielfach waren diese Probleme in der medialen Auseinandersetzung mit Hinweisen auf das Ende einer sozialen, kulturellen und nationalen Aufnahmefähigkeit verbunden. „Die neue Kriminalität in Deutschland hat sich zu einer multikulturellen Kriminalität entwickelt", hieß es etwa 1992 in der Welt am Sonntag.[20]

Nicht zufällig in Ostdeutschland, in Hoyerswerda, klatschten im September des Jahres die Einwohnerinnen und Einwohner Beifall und beteiligten sich aktiv, als Neonazis ein Heim von Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern aus Mozambique und ein Asylbewerberheim angriffen.[21] Unter dem Eindruck der Transformationskrise in den neuen Bundesländern, die mit der Umwandlung der staatlich-kontrollierten Ökonomie der DDR in eine Privatwirtschaft Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit entließ, paarten sich soziale Abstiegsängste mit einem völkischen Nationalismus. In einer anhaltenden Phase der politischen Desintegration nach dem plötzlichen Zusammenbruch des autoritären und ideologisch-überhöhten „antifaschistischen" Staates hatten einfache Welterklärungsmuster und extrem rechte Agitation Konjunktur.[22] Die von der Polizei gezählten fremdenfeindlichen Straftaten hatten sich 1991 auf über 2.000 gegenüber dem Vorjahr verachtfacht.[23]

Ost- und Westdeutsche sahen 1992 in Umfragen das „Ausländerproblem" als eines der wichtigsten bzw. das wichtigste Thema überhaupt an. Deutliche Mehrheiten der Bevölkerung taten kund, dass das Asylrecht missbraucht werde, während sich 60 Prozent der Ost- und 40 Prozent der

---

[19] Pahlke, S. 49-51. Zur öffentlichen Debatte auch Herbert, S. 271-273 sowie S. 298-299.

[20] Zit. nach Pahlke, S. 53. In solchen Berichten wurde regelmäßig auf polizeiliche Kriminalitätsstatistiken von begonnenen Ermittlungsverfahren Bezug genommen, ohne sie kontextbezogen zu interpretieren. So wurden weder Sondergesetze gegen ausländische Personen, die mit der deutschen Staatsbürgerschaft gar nicht begangen werden können, noch eine voreingenommene Ermittlungspraxis durch die Polizei oder die soziale Lage ausländischer Tatverdächtiger berücksichtigt. Vgl. Pahlke, S. 52-54.

[21] Während der einwöchigen Ausschreitungen, deren Eindämmung der Polizei sehr schwer gelang, verließen die Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter Hoyerswerda fluchtartig und wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkunft evakuiert, so dass die Angreifer ein doppeltes Erfolgserlebnis errangen, Herbert, S. 304, wie auch Pollack, Detlef: Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda. In: Berliner Debatte Initial. 16(2005), S. 15-32. Eine politisch-kritische, aber zugleich umfangreiche zeitgenössische Dokumentation liefert Buchladen Georgi Dimitroff (Hrsg.): Der Nazi-Pogrom in Hoyerswerda von September 1991. Unter der Losung „Wiedervereinigung der deutschen Nation" erreicht die nationalistisch geschürte Pogromstimmung einen Höhepunkt. Berlin o. J. http://aaghoyerswerda.blogsport.de/images/hoyerswerdadokuvombuchladendimitroff.pdf vom 21.05.2012.

[22] Vgl. Funke, Brandstifter, S. 64-66.

[23] Nicht nur kam es in der Zählung zu Unregelmäßigkeiten und gibt es natürlich immer eine Dunkelziffer von Vergehen, die den Behörden nicht bekannt werden. Darüber hinaus, so Pahlke, S. 56, wurden einige offensichtlich rassistische Straftaten wie Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte nicht dazugezählt.

Westdeutschen generell gegen einen zu hohen Ausländeranteil aussprachen. Zwei Drittel aller Befragten befürworteten eine Änderung des Grundgesetzes zur Einschränkung des Asylrechts.[24]
Im Wechselspiel mit der öffentlichen Meinung verstärkten die Unionsparteien ihre Forderung nach einer Änderung dieses Grundrechts. Inzwischen mahnten sie auch eine notwendige Anpassung der deutschen Gesetzgebung an das europäische Recht an, die mit dem für 1993 geplanten Wegfall der Binnengrenzkontrollen eine Harmonisierung der nationalen Asylgesetze erforderlich mache.[25] Wesentlicher Kritikpunkt blieb jedoch eine zu hohe Zahl von Asylsuchenden. Absprachen im Oktober 1991 zur Beschleunigung der Asylverfahren gingen ihnen nicht weit genug; schon kurz darauf legte die CDU einen erneuten Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes vor.[26] Nicht zuletzt auf lokaler und regionaler Ebene hatte die Partei durch die Aufforderung an ihre Mitglieder, aktiv für eine Änderung des Grundgesetzes einzutreten, die Debatte verstärkt.[27]
Die Sozialdemokraten allerdings blieben bei ihrer Ablehnung auch noch nach den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft im September 1991, als sie den Verlust der absoluten Mehrheit verzeichnen mussten und der DVU der Einzug in das Landesparlament gelang.[28]
Die Auseinandersetzung um das Grundrecht auf Asyl spiegelte sich auch im jungen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wieder. Bereits im Oktober 1990, wenige Wochen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, berichtete die Presse von „weitverbreiteten Vorurteilen" etwa in der Rostocker Bevölkerung angesichts der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und der Zuweisung von Migrantinnen und Migranten.[29] Die CDU des Landes stimmte in den unentwegten Ruf nach einer Änderung des Grundrechtes auf Asyl ein: „Die Basis der CDU denkt besonders in der Frage des Asylrechts entschieden konservativer als die Spitze der Landespartei", umschrieb der Fraktionsvorsitzende Eckhard Rehberg die Stimmung im Land.[30] In einer Regierungserklärung im Mai 1992 tat Ministerpräsident Bernd Seite (CDU) kund: „Wer in unserem Land den Kontakt mit der Bevölkerung nicht verloren hat, der weiß: Unsere Menschen sind zutiefst irritiert über den ungebrochenen Zugang von Asylbewerbern, deren Asylantrag vornehmlich auf wirtschaftlichen Motiven beruht."[31]
Gesäumt wurden solche Äußerungen auch im Nordosten von einer Vielzahl rassistischer Übergriffe auf Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter und Flüchtlinge. Schon zum 3. Oktober 1990 etwa siedelte der Rostocker Senat sowjetische jüdische Aussiedlerinnen und Aussiedler um, weil er Übergriffe während der Einheitsfeierlichkeiten befürchtete. In der Nacht schließlich randalierten

---

[24] Diese und weitere Umfragewerte aus dem Sommer und Herbst 1992 in Pahlke, S. 55-59.
[25] Pahlke, S. 66-72.
[26] So wurde entschieden, verstärkt Sammelunterkünfte einzurichten und offensichtlich unbegründete Asylanträge innerhalb von sechs Wochen abzuweisen. In der Praxis scheiterten diese Maßnahmen jedoch an unzureichenden personellen Kapazitäten. SPD-geführte Länder und die Bundesregierung schoben sich die Verantwortung dafür gegenseitig zu. Pahlke, S. 84-90. Im Schweriner Innenministerium etwa wurde die Forderung, Asylanträge innerhalb von sechs Wochen abzuarbeiten, angesichts eines Mangels an qualifizierten Beamten und Juristen als utopisch bezeichnet. Vgl. o.A.: Asylpläne Bonns sind utopisch. Ostsee-Zeitung vom 19. Oktober 1991, S. 1.
[27] Pahlke, S. 97-103
[28] Pahlke, S. 99. Herbert, S. 311, verweist auf den Versuch der SPD, sich in Bremen mit einer Anti-Asyl-Politik zu profilieren, was letztendlich der DVU nutzte.
[29] Kaberka, Frauke: Asylanten strömen an die Ostsee. Rostock ist Schleuse und Verteilerstelle zugleich. Ostsee-Zeitung vom 25. Oktober 1990, S. 3.
[30] O.A.: Zahl der Asylanträge steigt weiterhin an. 28 272 Asylbewerber im August registriert / CDU fordert Grundgesetzänderung. Ostsee-Zeitung vom 04. September 1991, S. 2.
[31] Zit. nach Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Votum der Fraktion der SPD zum Abschlußbericht des 2. Untersuchungsausschusses – Drucksache 1/3771 – nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3794 vom 10.11.93, S. 6.

Neonazis vor einem Wohnheim in Bergen auf Rügen.[32] Besonders nach den Ereignissen in Hoyerswerda kam es zu zahlreichen Überfällen: Ende September griffen Neonazis in Stralsund, Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin Migranten an.[33] Im Oktober schließlich kam es in Rostock, Schwerin, Greifswald, Pasewalk, Saßnitz, Groß Luckow, Tornow und Pritzier zu Überfällen mit Steinen, Knüppeln, Messern und Molotow-Cocktails. Mehrere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.[34] Ein Wohnheim von rumänischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern in Rostock, hieß es in der Presse, wurde regelmäßig angegriffen.[35] Am 14. März 1992 überfielen Neonazis eine Flüchtlingsunterkunft in Saal bei Ribnitz-Damgarten und prügelten den 18-jährigen Rumänen Dragomir Christinel zu Tode.[36] Die Landesregierung unterdessen vermied es, von Rechtsextremismus zu sprechen, und verwies stattdessen auf Linksextremismus und „Stasi-Seilschaften" im Land. Ein überparteiliches Bündnis gegen Gewalt, in dem die Landtagsabgeordneten sich solidarisch mit den angegriffenen Flüchtlingen erklären sollten, lehnte die CDU-Fraktion in Schwerin ab.[37] Der Generalsekretär der CDU im Bund Volker Rühe warf der SPD derweil vor, mit ihrer Verweigerungshaltung gegenüber einer Änderung des Asylparagraphen im Grundgesetz erst für „Gewaltbereitschaft" zu sorgen.[38]

## 3 Ein Problem in Rostock?

### 3.1 Die Einrichtung der ZAST in Rostock-Lichtenhagen

Wohnheime von Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern, die im Rahmen von Abkommen der DDR mit anderen sozialistischen Staaten ins Land gekommen waren, blieben nach der Wende nicht die einzigen Unterkünfte von Migrantinnen und Migranten in Rostock. Am 3. Dezember 1990 wurde im Rahmen der Übertragung der bundesdeutschen Asylregelungen auf die neuen Bundesländer im Stadtteil Lichtenhagen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern eröffnet. In der Mecklenburger Allee 19 lag sie direkt neben einem Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter. Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung und der Kommunalverwaltung hatte sich für den Standort entschieden, weil „die angrenzend wohnende Bevölkerung mit einem Nebeneinander von Deutschen und Ausländern vertraut war".

---

[32] O.A.: Randale an der Ostseeküste. Ostsee-Zeitung vom 04. Oktober 1990, S. 3.

[33] O.A.: Ausländer reagierten mit Besonnenheit. Asylbewerberheim in Stralsund überfallen. Ostsee-Zeitung vom 30. September 1991, S. 3.

[34] O.A.: Krieg von rechts gegen Asylbewerber. Rostocker Polizei verstärkt Schutz der Heime. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 05. Oktober 1991 S. 1; o.A.: Erneut Ausschreitungen gegen Asylantenheime. In Rostock Überfall mit Brandflaschen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 07. Oktober 1991, S. 1; o.A.: Der Justiz im Lande fehlen wieder die Täter. Angriffe auf Asylanten ohne gerichtliches Nachspiel. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 08. Oktober 1991, S. 1; o.A.: Schwerverletzte in Rostock und Greifswald. Serie brutaler Überfälle auf Ausländer reißt nicht ab. Ostsee-Zeitung vom 14. Oktober 1991, S. 1.

[35] Feuerstein, Ingrid: Wenn rohe Kräfte sinnlos walten… Wohnheimbewohner sind verunsichert. Ostsee-Zeitung/ Rostocker Anzeiger vom 05. Oktober 1991, S. 9.

[36] Herbert, S. 314. Dazu auch Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI e.V.): Die letzte Konsequenz. In: dies.: Perspektiven. Rundbrief der LOBBI, Nr. 6, Winter 2009-2010, S. 4-6. Online unter http://www.lobbi-mv.de/Hintergropfer/todesopfer.php vom 21.05.2012.

[37] Koslik, Stefan: Thema verfehlt. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 17. Oktober 1991, S. 4, sowie wohl vom gleichen Autoren S.K.: Welle der Gewalt überrollt das Land. Parlament resümiert Machtlosigkeit. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 17. Oktober 1991, S. 4.

[38] O.A.: Nach Welle der Gewalt ruhiges Wochenende. Politikerstreit um Asylrecht geht weiter. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 21. Oktober 1991, S. 3.

Die Unterbringung sowjetischer Jüdinnen und Juden hatte der Senat der Stadt im September 1990 aus Sicherheitsgründen allerdings abgelehnt.[39]
In der ZAST sollten sowohl Personen im Asylverfahren, die dem Land vom Bund zur Aufnahme zugewiesen wurden, als auch Direktbewerberinnen und -bewerber, die nach der Einreise in die Bundesrepublik um Asyl ersuchten, untergebracht werden, bevor sie in Unterkünfte in den Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern weiter verwiesen wurden. Als Durchgangseinrichtung verfügte sie über eine Aufnahmekapazität von 200 bis 300 Personen.[40] 19 Angestellte waren für die Unterkunft und die Verwaltung der Asylverfahren zuständig. Nachdem Ende 1991 drei von ihnen gekündigt hatten, wurde ihre Zahl auf 17 reduziert. Die Stadt entsandte zusätzlich eine Kraft auf Basis einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und schickte im Sommer 1992 vereinzelt weitere Personen zur Unterstützung.[41]
Zu diesem Zeitpunkt war die Unterkunft in Lichtenhagen bereits deutlich überfüllt. Musste sie bis Mitte 1991 noch monatlich 60-70 Menschen aufnehmen, die weitgehend vom Bund geschickt worden waren, stieg ihre Zahl in der zweiten Hälfte des Jahres auf durchschnittlich 500 pro Monat an. Von Januar bis Mai 1992 meldeten sich 800 bis 900 und im Juni schon 1.585 Personen bei der ZAST. Die Verwaltung der Einrichtung war auf diese Herausforderung, zurückzuführen auf den Anstieg der Direktbewerbungen, nicht vorbereitet. Aufgrund der Bearbeitungsdauer mussten sich die Flüchtlinge noch länger in der überlaufenen ZAST aufhalten.[42] Auch die zeitweise Unterbringung in Sporthallen der Stadt, in den regulären Flüchtlingsunterkünften Rostocks und sogar in Zelten konnte die Situation nicht wesentlich verbessern.[43]

### 3.2 Die Situation um die ZAST

Für die Asylsuchenden bedeutete dies enorme Belastungen, da sie teils über mehrere Tage hinweg unter katastrophalen hygienischen Bedingungen unter freiem Himmel auf der Wiese vor der ZAST schlafen mussten. „Die Leute mußten für 2-3 Tage, bis zu einer Woche draußen bleiben", schilderte eine Frau aus Rumänien. Ein anderer Flüchtling ergänzte:

> „Alles war voll […] Es war katastrophal. So viele Leute. Was ich da gesehen habe, war erschreckend. Und ich habe gefragt, ‚warum seid ihr alle draußen?' Mir wurde gesagt, daß sie kein Asyl mehr bekommen. Da waren Leute mit kranken Kindern. Wir wurden erniedrigt, wir hatten Hunger. Und wir waren schmutzig. Wir wollten etwas Wärme und einen Platz, wo wir mit unseren Kindern bleiben konnten."[44]

Bereits im Sommer 1991 hatte ein Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland die Zustände in der ZAST als „nicht haltbar" bezeichnet.[45] Zudem

[39] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlußempfehlung und Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3277 vom 16.06.1993, S. 19. Weiterhin o.A.: Asylanten von heute – Mitbürger von morgen. Innenminister zu Asylanten – Aufnahmestelle in Lichtenhagen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 04. Dezember 1990, S. 4.
[40] Schmidt, Brandanschlag, S. 23.
[41] Landtag, Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 21-22.
[42] Landtag, Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 22.
[43] Landtag, Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 25.
[44] Beide Aussagen in einer Filmdokumentation, Cleary, Siobhan; Saunders, Mark: The truth lies in Rostock. BRD/Großbritannien 1993.
[45] Zit. nach Schmidt, Brandanschlag, S. 24.

wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung immer wieder von deutschen Jugendlichen bedroht.[46]
Auch von der einheimischen Bevölkerung in Lichtenhagen wurden die Verhältnisse um das Flüchtlingswohnheim thematisiert. In Briefen und Eingaben an das Schweriner Innenministerium und die Stadtverwaltung äußerten Nachbarinnen und Nachbarn der Asylsuchenden anfangs weniger feindliche Haltungen als vielmehr Sorgen vor einer Eskalation und wünschten eine Besserung oder Behebung der Situation. Die Angeschriebenen reagierten jedoch nicht einmal auf die Forderung nach der Aufstellung von mobilen Toiletten.[47]
Angesprochen auf die Frage nach der Verlegung der Flüchtlinge in Unterkünfte der Stadt antwortete der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD), dass er dies wohl hätte tun können. Er sah von solchen Maßnahmen jedoch ab, da sie keine Lösung gewesen wären. „Man hätte nur noch mehr Asylbewerber angelockt, ‚wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde'."[48]
Zwar beschäftigten sich Stadt und Land seit dem Frühjahr 1992 mit der Verlegung der ZAST, deren Lage und Aufnahmekapazitäten sich als ungeeignet herausgestellt hatten. Zum 1. September sollte die Einrichtung schließlich nach Hinrichshagen im Kreis Rostock verlegt werden, wo ein ehemaliges Militärobjekt im Sommer in aller Eile umgebaut worden war.[49] Die andauernde Ignoranz oder Verantwortungslosigkeit der Landesregierung und der Stadtverwaltung gegenüber den Problemen in und um die Unterkunft in Lichtenhagen jedoch wird von Beobachtern wie dem Journalisten Jochen Schmidt äußerst kritisch beurteilt:

> „Hier ließ man eine Situation vorsätzlich eskalieren, um übergeordneten Stellen zu signalisieren, daß man in Sachen Asylbewerber an die Belastungsgrenze gekommen sei. Besonders erschreckend ist dabei, daß damit den zumindest in Teilen der Bevölkerung existierenden Vorurteilen wie ‚Alle Ausländer sind dreckig, stinken und sind kriminell' nichts entgegengesetzt wurde. Im Gegenteil: Verhältnisse wurden geschaffen, die genau diese Vorurteile zu bestätigen schienen."[50]

## 4 Pogrom

### 4.1 Problembewusstsein und rassistische Mobilisierung

Eine Basis rassistischer Ressentiments war in Rostock vorhanden. Eine Studie zur Akzeptanz von Asylsuchenden in der Hansestadt vom Februar 1992 hatte ermittelt, dass von den knapp 200 befragten Personen ein Drittel äußerst restriktive Maßnahmen gegen Flüchtlinge befürwortete. Sie wurden für einen Mangel an Arbeitsplätzen und Wohnungen verantwortlich gemacht und als kriminelle und schmutzige „Scheinasylanten" wahrgenommen, die nur des Wohlstands wegen nach Deutschland gekommen seien.[51] Nur 40 Prozent der Befragten wollten angesichts von Ge-

[46] Landtag, Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 22.
[47] Schmidt, Brandanschlag, S. 32.
[48] Funke, S. 153. Der Autor beruft sich hierbei auf einen Offenen Brief des damaligen Pressesprechers der SPD Knut Degner, den dieser nach den Ereignissen schrieb.
[49] Landtag, Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 30-35.
[50] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 64.
[51] Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e.V.: UCEF-Report. Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie. Rostock 1992, S. 54-58. Die Autoren vermuten noch größere ausländerfeindliche Haltungen in der Bevölkerung als in der Studie festgestellt, da viele jener, die nicht befragt werden wollten, solche Einstellungen äußerten, S. 18. Hervorzuheben ist zugleich ein

walt gegen Asylsuchende vorbehaltlos Betroffenheit zeigen.[52] Auf den Leserbriefseiten der Lokalpresse wurden rumänische Flüchtlinge wiederholt als Kriminelle stigmatisiert oder Verteilungsängste wachgerufen: „Die Asylanten leben doch schon besser als manch ein Deutscher. Es genügt, Asyl zu schreien und sie bekommen alles, was sie brauchen, egal ob berechtigt oder nicht.“[53]

Die Lokalpresse spielte nicht nur durch den Abdruck solcher Schriften eine nicht unwesentliche Rolle bei der Verbreitung von Vorurteilen. Roma aus Rumänien wurden regelmäßig kollektiv als Problem dargestellt.[54] Eine Reportage aus der ZAST unter der Überschrift „Möwengrillen in einer Einraumwohnung“ beschrieb sie in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten als Randalierer und Diebe und zitierte unhinterfragt einen Mitarbeiter der Einrichtung:

> „‚Alles, was glänzt, wird grundsätzlich abgebaut. Die Benutzung der Toiletten ist unüblich. […]' Das Schlimmste konnte Spiering gerade noch verhindern, als er kürzlich eine Roma-Familie in ihrer Einraum-Wohnung beim Grillen überraschte: Auf dem Balkon gefangene Möwen drehten sich über einem Lagerfeuer aus ZAST-Möbeln.“[55]

Kurz darauf gab die Ostsee-Zeitung die Strategie des Innensenators Peter Magdanz zum Umgang mit den Roma wieder: „Je besser wir die einen unterbringen, um so größer ist der Zuspruch neuer Asylbewerber am nächsten Tag.“[56] Zwei Tage später wurde er konkreter:

> „‚Bonn ignoriert einfach den Druck der Menschen', sagt der SPD-Politiker. ‚Wenn nicht schnell etwas passiert, wird es schon sehr bald keine Akzeptanz für wirkliches politisches Asyl in der Bevölkerung mehr geben.' Der Mißbrauch des Asylrechts durch eine Vielzahl von Asylbewerbern steht für Magdanz fest […] ‚Daß Ladendiebstähle in Rostock oft durch rumänische Zigeuner erfolgen, ist kein Geheimnis.'“[57]

Nicht nur Magdanz sah einen Druck der Deutschen, der deutlicher gezeigt werden müsse. Auch extrem rechte Gruppen waren seit einiger Zeit in Rostock aktiv und thematisierten in ihrer Propaganda einen angeblichen Missbrauch des Asylrechts und eine „Überfremdung“ Deutschlands.

---

Teil der Arbeit, der sich ausführlich mit der Situation von Ausländerinnen und Ausländern in Rostock befasst, S.4-10.

[52] UCEF-Report, S. 23.

[53] Beyer, Elfriede: Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen! Leserbrief in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 21. Juli 1992, S. 10. Fehler im Original. Weiterhin sei verwiesen auf weitere Leserbriefe aus Rostock zum Thema, Kupfer, Horst: Die Täter richtig benennen. Leserbrief in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 02. Juli 1992, S. 15, oder Wiening, Jochen sowie Koenig, Dietrich-G.: Verbrecher gehören nicht hierher. Ostsee-Zeitung vom 16. Juli 1992, S. 15.

[54] Etwa in Schubert, Sabine: Es stinkt gen Himmel in Lichtenhagen. Einwohner protestieren gegen Camp auf der Wiese. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünde und Umgebung vom 26. Juni 1992, S. 11; Koslik, Stefan: Als erste kommen die Clowns. Grenzschutz zunehmend machtlos gegen Flüchtlinge aus dem Osten. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 11. Juli 1992, S. 3; Bauer, Stephan: Schickt Hamburg die Roma? Keine Lösung in Sicht, Stimmung wird schlechter. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 12. August 1992, S. 9.

[55] Bentzien, Hans: Möwengrillen in einer Einraumwohnung. Teil 2 unserer Serie: Die Aufnahmestelle für Asylbewerber. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 14. Juli 1992, S. 3.

[56] Zit. nach T.A.: „Schlepperbanden bringen bald die nächsten“. Gestern wurden 200 im Freien campierende Asylbewerber aus der Stadt gebracht. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 6. August 1992, S. 13.

[57] T.A.: Lichtenhagen erlebt die Ohnmacht der Politiker gegenüber Asylproblem. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 8. August 1992, S. 11. Ein Bild von Asylbewerbern vor der ZAST war unterschrieben mit „Auf der Flucht vor politischer Verfolgung oder auf dem Wege, das Asylrecht in Deutschland zu mißbrauchen?“

So hieß es in der Presse im Juni 1992, dass es in der Stadt „Flugblätter regnet". Die Hamburger Liste Ausländerstopp, für die Michael Andrejewski verantwortlich zeichnete, verbreitete darin Parolen wie „Widerstand gegen die Asylantenflut" oder „Rostock bleibt deutsch".[58] Nicht nur die Präsenz von Neonazis, die mit ihren Gewalttaten derartige Forderungen umsetzen wollten, zeigte auf, dass solche Agitation auf fruchtbaren Boden fiel. Am 13. Juni führte die DVU eine Veranstaltung in der Rostocker Innenstadt mit ihrem Bundesvorsitzenden Gerhard Frey durch, um „den organisatorischen Zusammenschluß (zu) festigen".[59] Ein Polizeiaufgebot unter Leitung von Siegfried Kordus setzte mit einem Einsatz, der wegen seiner Härte scharfe öffentliche Kritik nach sich zog, die rechte Veranstaltung gegen Widerstände durch; 23 Protestierende wurden vorübergehend festgenommen.[60]

Während sich im August des Jahres die Meldungen von Übergriffen auf Nicht-Deutsche häuften, gab die Lokalpresse Mitte des Monats anonymen Anrufern eine Plattform, die unverhohlen Gewalt gegen die ZAST ankündigten: „In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht". In Anlehnung an vorherige Drohungen, nach denen wohl ein Teil der Flüchtlinge anderweitig untergebracht wurde, hieß es: „Damals reagierte die Polizei schnell. Siegfried Kordus, zu jener Zeit amtierender Polizeichefs Rostocks, nahm die Sache sehr ernst, so Ausländerbeauftragter Wolfgang Richter gegenüber NNN, und ließ die Sinti und Roma mit Bussen in andere Unterkünfte transportieren."[61] Unkritisch berichteten die beiden Rostocker Tageszeitungen auch zwei Tage später von Ankündigungen der Gewalt. Die anonyme Drohung „Am Wochenende räumen wir das Lichtenhäger Asylbewerberheim auf" unterlegten die NNN mit einer langen Klage über Flüchtlinge und „Asylantenkinder" sowie der Forderung nach Schließung der ZAST.[62] Die Ostsee-Zeitung zitierte junge Deutsche, die ankündigen, dass die rumänischen Roma „aufgeklatscht" werden sollen. „‚Die Rechten haben die Schnauze voll!' ‚Wir werden dabei sein', sagt Thomas, ‚und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen.'" Der Rostocker Innensenator Magdanz nutzte die Presse unterdessen ein weiteres Mal dazu, „die Herren in Bonn" zu Gesetzesänderungen aufzufordern.[63]

---

[58] Zit. nach Schmidt, Brandanschlag, S. 27. Andrejewski zog 2006, 14 Jahre nach seinen ersten Ausflügen nach Mecklenburg-Vorpommern, für die NPD in den Schweriner Landtag ein.

[59] O.A.: Randale bei Demo gegen DVU-Treffen. Rostock: 40 Festgenommene wieder freigelassen. Ostsee-Zeitung vom 15. Juni 1992, S. 1.

[60] L.L.: Gewalt, Betroffenheit, Verletzte, 23 Festnahmen. Polizei löste Demonstration gegen DVU-Treffen auf. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 15. Juni 1992, S. 9. Vgl. auch o.A.: Innensenator räumt Polizeiübergriffe ein. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 17. Juni 1992, S. 12.

[61] Vetter, Ulrich Ben: Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen". Anonymer Anrufer: „Wir schaffen Ordnung". Norddeutsche Neueste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 19. August 1992, S. 9. Auf der ersten Seite ihrer überregionalen Ausgabe titelte die Zeitung ähnlich problematisch; UBV: Anonymer Anrufer kündigt heiße Nacht an. Gerät das Asylantenproblem außer Kontrolle? Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 19. August 1992, S. 1.

[62] O.A.: Lichtenhäger Kessel brodelt. Anwohner fordern Schließung des Asylbewerberheims. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünder Zeitung vom 21. August 1992, S. 11.

[63] O.A.: Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 21. August 1992, S. 9. Der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke schreibt trotz der unverhohlenen Aufrufe zur Gewalt davon, dass „ein Bürgerrat zum Abend des 22. August zu einer friedlichen Protestveranstaltung gegen das unverantwortliche Handeln der Landesregierung und anderer zuständiger Institutionen" aufrief. Jahnke, Karl Heinz: Rostock: August 1992. Eskalation der Gewalt. Tatsachen und Hintergründe. In: Studienkreis für Jugendgeschichte und -forschung. Darstellung und Vermittlung e.V. (Hrsg.): Rostock: August 1992. Eskalation der Gewalt – Ursachen – Konsequenzen. Rostock 1993, S. 9-14, hier S. 9. In keiner anderen der hier vorliegenden Quellen wird eine organisierte Gruppe wie ein Bürgerrat genannt, der zum friedlichen Protest gegen die Stadtverwaltung und Landesregierung an diesem Datum aufgerufen hatte. Stattdessen standen in den hier wiedergegebenen Äußerungen immer die Roma und Sinti als Feindgruppe im Mittelpunkt.

### 4.2 Eskalation

Mehrere tausend Menschen fanden sich dann am Sonnabend, dem 22. August, vor dem Sonnenblumenhaus in der Mecklenburger Allee ein und „diktierten aufgeregt Medienvertretern die Situation rund um die ZAst in die Notizblöcke".[64] Ab dem frühen Abend flogen Steine, Flaschen, Leuchtraketen und Brandsätze gegen die Flüchtlingsunterkunft und das benachbarte Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter, rief eine Menge mehrerer Hundert zum Teil vermummter Menschen Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" oder „Sieg Heil!". Bürgermeister Wolfgang Zöllick, zu dem Zeitpunkt als Stellvertreter von Klaus Kilimann Oberbürgermeister, versuchte erfolglos, die aufgebrachten Einwohnerinnen und Einwohner zu beruhigen: „Zöllik: ‚Aber es sind doch Menschen, die hier sind.' ‚Menschen? Das sind keine Menschen mehr!' „Hör auf mit deinem Scheiß!' Zöllik: ‚Wie sie sich auch immer verhalten, aber Menschen bleiben sie trotzdem.' ‚Das sind doch keine Menschen!'"[65]
Als etwa 20 Polizisten in Sommeruniform eintrafen, wurden sie sofort angegriffen, verprügelt und mit Stiefeltritten in Gesicht und Bauch traktiert. In der Nacht wurden sie von einigen Beamten aus Schwerin verstärkt, waren jedoch trotzdem heillos überfordert und mussten sich wiederholt vor den Angreiferinnen und Angreifern zurückziehen. Als gegen 2 Uhr zwei Wasserwerfer aus Schwerin eintrafen, stellten sie sich in dem weitläufigen Gelände, das von einer Hauptstraße und einem Bahndamm gesäumt wurde, als sinnlos heraus. Gegen 3.20 Uhr wurde die Rostocker Polizei in Alarmbereitschaft versetzt. Die Angriffe flauten jedoch erst gegen 5.30 Uhr ab, als weniger die Polizei als die Müdigkeit über die Randaliererinnen und Randalierer siegte. Nur wenige von ihnen waren festgenommen worden, sollten jedoch am folgenden Tag wieder freigelassen werden. Dreizehn Beamte waren verletzt, davon einer schwer. Zwei Funkstreifenwagen waren ausgebrannt.[66]
Am nächsten Tag, dem 23. August, setzten sich die Ereignisse fort. Tausende Anwohnerinnen und Anwohner klatschten Beifall, boten Schutz und Unterstützung, und Imbissstände sorgten für Verpflegung, während Hunderte die ZAST, das vietnamesische Wohnheim und die Polizei attackierten. Die Staatsmacht hatte die Situation nicht unter Kontrolle, obwohl das Polizeiaufgebot nicht zuletzt wegen des in der Nacht ausgelösten Alarmes für alle Direktionen im Land auf etwa 800 Beamte angestiegen war, von denen wegen Ablösungen etwa 350 beständig vor Ort eingesetzt werden konnten. Erstmals stürmten die Rechten an diesem Sonntag bereits das vietnamesische Wohnheim und drangen bis in den sechsten Stock vor, ehe die Sicherheitskräfte sie herausholten.[67]
Gegen 22 Uhr meldeten antifaschistische Protestierende bei der Polizei vor Ort spontan eine Demonstration an. Als die Gruppe von 200 Menschen loszog, zerstreuten sich die Angreiferin-

---

[64] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 28. Während Schmidt von 2.000 Menschen und die Polizei von 1.000 Schaulustigen und 300 „Störern" sprechen, schwanken die Angaben in der Lokalpresse zwischen 1.500 und 5.000 Menschen. Im Stadtteil Lichtenhagen lebten insgesamt 20.000 Einwohner. Funke, Brandstifter, S. 126; Sp., I.: Stundenlange Straßenschlacht vor dem Asylbewerberheim. Einwohner erwarten von Politikern schnellstens Entscheidungen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 24. August 1992, S. 9; Vetter, Ulrich Ben: Nächtlicher Angriff auf Ausländerheim. 13stündiges Schreckensspektakel in Lichtenhagen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 24. August 1992, S. 4.
[65] Cleary; Saunders: The truth lies in Rostock.
[66] Zum Ablauf des Tages Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 28-32; Schmidt, Brandanschlag, S. 39-41, sowie Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 40-42. Während Schmidt von zehn Festnahmen spricht, ist im Bericht des Untersuchungsausschusses von nur neun die Rede.
[67] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 32-36; Schmidt, Brandanschlag, S.42-45; Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 42-47.

nen und Angreifer. Kurz darauf jedoch löste die Polizei entschlossen die Versammlung auf und nahm 60 dieser Demonstrierenden wegen „Gefahr im Verzug" in Gewahrsam. Insgesamt bilanzierte die Einsatzleitung für diese Nacht 130 Festnahmen. Zwei Polizeifahrzeuge waren ausgebrannt, 74 Beamte verletzt.[68]

Am Montagnachmittag, dem 24. August, wurden die Asylsuchenden auf Heime in anderen Städten und Kreisen des Landes verteilt.[69] Nachdem die Einwohnerinnen und Einwohner von Rostock-Lichtenhagen zwei Tage lang Flüchtlinge, Polizei und den Rechtsstaat angegriffen hatten, wurde die ZAST geräumt. Siegfried Kordus, für Rostock als Einsatzleiter verantwortlicher Polizeidirektor, hielt das zwar für falsch, weil damit nicht nur den Angreifenden ein Erfolgserlebnis beschert wurde, das sie zu weiteren Aggressionen ermutigen würde. Gleichzeitig wären auch die Beamten im Einsatz entmutigt worden, die nun ein leeres Gebäude zu schützen hatten. Die Menschen im vietnamesischen Wohnheim sah man in der Einsatzleitung trotz der Angriffe der vergangenen Tage nicht als gefährdet an.[70]

Vor Ort unterdessen spitzte sich die Lage wieder zu. Während zwei anwesende Hundertschaften der Polizei aus Hamburg Stimmungsbilder fortdauernder Ausschreitungen einfingen, wurde ihnen keine Verstärkung zugeteilt. Der Einsatzleiter vor Ort, Jürgen Deckert, musste mitteilen, dass ihm keine weiteren Kräfte zur Verfügung stehen.[71] Nachdem sich am Abend wieder tausende Menschen zusammengerottet hatten, geriet die Polizei in enorme Bedrängnis. Während sich die nur drei Hundertschaften, von denen die zwei Hamburger bereits seit mehr als 22 Stunden im Einsatz waren, zurückzogen, blieb das vietnamesische Wohnheim ungeschützt. Rechte legten Feuer in den unteren Stockwerken und drangen bewaffnet nach oben vor, wo mehr als 120 Vietnamesinnen und Vietnamesen, eine Handvoll deutscher Unterstützerinnen und Unterstützer, Wachmänner wie auch ein Kamerateam um ihr Leben bangten. Mangels Schutz durch die Polizei vor der Menge konnte die Feuerwehr erst gegen 23 Uhr, eineinhalb Stunden nach dem Eintreffen in Lichtenhagen, mit den Löscharbeiten beginnen. Die Eingeschlossenen retteten sich in dieser Zeit durch einen Durchgang in die ebenfalls brennende ZAST und von dort aus über das Dach in ein Nachbarhaus vor dem Feuertod. Von draußen schallte immer wieder „Deutschland den Deutschen" und „Wir kriegen euch alle". Das Fernsehteam des ZDF nahm im Haus auf:

> „Das ist eine Situation, von der man uns vor einer Viertelstunde nur erzählt hat. Und plötzlich sind wir mittendrin. Und die Angst, die wir im Moment spüren, weil Leute unten Feuer legen, weil sie diese Menschen bedrohen, weil Menschen weglaufen, das ist die Angst, die diese Ausländer hier zwei Nächte lang gespürt haben. Und es ist die nackte Angst."[72]

[68] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 34-35, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 42-47. Mitte 1992 vermeldete das Justizministerium von Mecklenburg-Vorpommern dem Schweriner Untersuchungsausschuss 370 vorläufige festgenommene Personen, von denen 217 aus Mecklenburg-Vorpommern, darunter 147 aus Rostock, stammten. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 85.

[69] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 35.

[70] Schmidt, Brandanschlag, S. 46.

[71] Schmidt, Brandanschlag, S. 46.

[72] Zit. nach Schmidt, Politische Brandstiftung, zit. nach S. 103.

Nachdem die Feuerwehr mit dem Löschen beginnen konnte, wurden die Vietnamesen in Busse geleitet und aus dem Stadtteil eskortiert. Während die Menge noch tobte, war Lichtenhagen „ausländerfrei". Nun gab es dort nur noch Deutsche.[73]

### 4.3 Nachspiel

Noch bis zum Ende der Woche wüteten Neonazis in Lichtenhagen, demonstrierten Parolen skandierend durch die Straßen, errichteten Barrikaden und griffen die Polizei an. Die Unterstützung der Bevölkerung schwand jedoch allmählich, als statt der Flüchtlingsunterkunft die eigenen Trabanten brannten: „Jetzt reicht es langsam. Nun geht es schon gegen die eigene Bevölkerung", klagte eine 47-Jährige in der Lokalpresse.[74]
Die Lokalpresse bewies nicht nur mit dieser neuen Kritik an der Gewalt ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung. Seit Beginn der Ausschreitungen hatte sie neben Meldungen über die Empörung aus der Politik jene Stimmungsberichte aus der Bevölkerung gesetzt, in denen die Ereignisse in Lichtenhagen gutgeheißen und als notwendig befunden wurden. „Wenn die Politiker nicht imstande sind, in Lichtenhagen für Ordnung zu sorgen, muß sich der gemeine Bürger eben selber zur Wehr setzen",[75] war am Montag nach Beginn des Pogroms zu lesen, oder neben einer Chronologie der Gewalt, die sich wie der Bericht eines abenteuerlichen Spiels liest: „Wann ziehen die Politiker endlich Konsequenzen? Müssen wir uns selbst wehren?"[76] Zwischen der Reproduktion bekannter Ressentiments verschwamm in der Berichterstattung die Grenze der Legitimation von Gewalt. Schuld an den Ausschreitungen seien die Ausländer gewesen, die sich nicht angepasst, und besonders die Politiker, die sie ins Land gelassen hätten. So hieß es in einem Kommentar:

> „In der Asylpolitik hat sich seit einem Jahr nichts getan. Nur Geschwätz. Dafür wählt und bezahlt der Steuerzahler die Politiker jedoch nicht. Sie sollen Gesetze veränderten Situationen anpassen. Und da ist es dem Bürger egal, wer für die mißlungene Asylpolitik verantwortlich ist. […] Wenn man jedoch in Schwerin seine Häuptlinge in Bonn nicht zur Änderung des Asylrechts bewegen kann, dann muß man entweder Politik unter diesen Umständen ablehnen oder man muß für eventuelle Begleitumstände dieser Politik gewappnet sein."[77]

Nachdem vermummte Jugendliche gegen diese Art der Berichterstattung protestiert und Müll und blutrote Farbe über den Schreibtischen der Redaktion der Norddeutschen Neuesten Nach-

[73] Der Beitrag des Teams von Kennzeichen D, der am folgenden Tag ausgestrahlt wurde, vermittelt sehr greifbar die Situation im und um das Sonnenblumenhaus. Weiterhin Schmidt, Brandanschlag, S. 48-55 sowie Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 69-147. Jochen Schmidt war als Mitarbeiter des Kamerateams vor Ort und hat eine lebendige, aber zugleich detaillierte Darstellung der Vorgänge veröffentlicht. Außerdem Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 48-77. Die Vietnamesen wurden in einer unkoordinierten Fahrt durch Rostock transportiert, bis sie in eine Turnhalle gebracht wurden, wo sie sich mehrere Tage lang verstecken mussten. Anschließend wurden sie in Ferienheime verbracht. Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 142-146, S. 167-169.
[74] O.A.: 13- und 14jährige Kinder warfen die ersten Steine. Fünfte Krawallnacht – 150 Frauen und Männer in Kessel gefangen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 28. August 1992, S. 11. Kurz nach dem Pogrom wurden die Einwohner von Lichtenhagen von der Wohnungsgesellschaft WIRO mit einer Mietminderung bedacht. O.A.: Wiro mindert jetzt die Miete in Lichtenhagen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 27. August 1992, S. 12.
[75] Vetter, Nächtlicher Angriff.
[76] SP, I.: Stundenlange Straßenschlacht.
[77] Koslik, Stefan: Sicherheitsgeschwätz. Innenminister Kupfer bei erster Bewährungsprobe. Kommentar in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 25. August 1992, S. 2.

richten in Rostock entleert hatten, spekulierte diese über die Urheberschaft von „Ausländern“[78] und lobte die eigene „faire und kritische Berichterstattung“: „Derartige Vergeltung – diesmal von linksextremer Seite – traf nun die NNN, weil wir uns des ‚Verbrechens' schuldig gemacht haben, über die Asylproblematik umfassend zu berichten, das heißt, alle beteiligten Seiten gebührend zu Wort kommen ließen.“[79]

So ließ die Presse dann auch Anfang September Einwohnerinnen und Einwohner Hinrichshagens zu Wort kommen, wohin die ZAST verlegt worden war. Sie berichteten von kriminellen Roma, die Hühner stehlen und nachts lärmen würden; die Polizei oder die Beschuldigten wurden nicht befragt. Stattdessen konnten die Einheimischen des Ortes etwa mit einer Bürgerinitiative indirekt damit drohen, dass sich Lichtenhagen wiederholen könnte.[80] Schließlich wurde der Plan gefasst, die Zentrale Aufnahmestelle in Horst bei Boizenburg zum 1. April 1993 einzurichten, wo sie sich bis heute befindet.[81]

Bis dahin sollte Mecklenburg-Vorpommern jedoch nicht nur eine anhaltende Welle rechter Gewalt erleben, bei der fast wöchentlich Menschen aufgrund ihrer Herkunft angegriffen wurden, sondern auch Proteste gegen Rassismus wie am Wochenende nach Lichtenhagen von 20.000 Menschen.[82] Und zugleich den Beginn eines lebhaften Streites in Rostock und Schwerin, bei dem die Verantwortung für die Gewalt vom August 1992 verhandelt wurde.

## 5 „Den Mangelzustand akzeptiert“ – Verantwortlichkeiten

Die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und den Medien als auch in Untersuchungsausschüssen der Rostocker Bürgerschaft und des Schweriner Landtages konzentrierte sich auf die Suche nach Verantwortlichen für die Überfüllung der ZAST, die belastende Situation für die Nachbarschaft sowie den katastrophalen Polizeieinsatz.

Der Untersuchungsausschuss „ZAST“ der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock konstatierte zum wachsenden Rassismus in der Stadt, dass trotz des Wissens um rechte Gewalt und der Notwendigkeit einer offensiven Medienarbeit keine Aktivitäten folgten. Auf Eingaben der Bevölkerung zur ZAST reagierte man mit Standardbriefen: „Der Senat hat die Situation und deren mögliche Eskalierung unterschätzt“, hieß es zusammenfassend. „Die Bürgerschaft hat sich mit den Erklärungen des Senates zu dieser Problematik zufrieden gegeben.“ Der Ausschuss bescheinigte dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Klaus Kilimann und seinen Senatoren deutliche Defizite in ihrer Arbeit. Weder hatten sie sich mit der Einrichtung der ZAST in Lichtenhagen klar beschäftigt, angemessen auf die Beschwerden zur Situation in der Einrichtung reagiert noch während der Ausschreitungen vor Ort Verantwortung gezeigt.[83] Im November 1993, nach dem

[78] O.A.: Müll und blutrote Farbe gegen Pressefreiheit. Randale gegen 13.30 Uhr in der Redaktion. Norddeutsche Neueste Nachrichten, Rostocker Anzeiger, vom 26. August 1992, S. 9.

[79] Vetter, Ulrich Ben: Was Links- und Rechtsextreme eint, ist die Sprache der Gewalt. Kommentar in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 26. August 1992, S. 2.

[80] K.K.: Die Romas sollen sich hier wie richtige Gäste verhalten. Anlaufstelle für Asylbewerber verändert Alltag der Dorfbewohner. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 10. September 1992, S. 11.

[81] O.A.: Aufnahme von Asylbewerbern in Horst geplant. Ostsee-Zeitung vom 23. Oktober 1992, S. 3.

[82] O.A.: 20 000 gegen Gewalt. Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet. Ostsee-Zeitung vom 31. August 1992, S. 1. Herbert, S. 315, verweist in der Aufzählung der folgenden Gewalttaten auf die antiziganistische Dimension der Übergriffe auf rumänische Roma.

[83] Bürgerschaft der Hansestadt Rostock – Untersuchungsausschuß „ZAST“: Abschlussbericht. Rostock 1993, S. 5-7, S. 16, Zitat auf S. 7.

anhaltenden öffentlichen Druck seit der Auswertung der Ereignisse in Lichtenhagen, trat Kilimann zurück.[84]

Die Berichte des Untersuchungsausschusses, den der Landtag eingesetzt hatte, zeigten klare Versäumnisse in fortdauernden Verweisen von Stadtverwaltung und Innenministerium auf die Verantwortung des jeweils anderen für die Situation in Lichtenhagen. Abhilfe, so wurde auch im Nachhinein betont, wäre mit der Verlagerung der ZAST nach Hinrichshagen geschaffen worden. Deshalb, so Innenminister Kupfer, habe man sich nicht vordergründig auf eine Verbesserung der Verhältnisse um das Sonnenblumenhaus konzentriert. Den „Mangelzustand" habe man dafür akzeptiert.[85] Kupfer trat im Februar 1993 wegen dieser eklatanten Fehler auf Druck der Opposition zurück.[86] Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss wurde nur von den Regierungsfraktionen aus CDU und FDP getragen. Die Linke Liste/PDS hatte bereits im Februar 1993 ihre Mitarbeit beendet, die SPD zog während der abschließenden Formulierung des Berichts nach und kritisierte in einer eigenen Stellungnahme nicht nur Details der Bewertung der SPD-geführten Stadtverwaltung Rostocks, sondern auch Äußerungen aus der Landespolitik gegen den vermeintlichen Missbrauch des Asylrechts.[87]

Die Differenzen betrafen insbesondere die Verantwortung für den katastrophalen Polizeieinsatz,[88] dessen Rekonstruktion bis heute Lücken aufweist. Die anwesenden Beamten waren in viel zu niedriger Zahl im Einsatz, schlecht ausgerüstet und wurden nicht abgelöst. Befehlsketten und Verantwortlichkeiten funktionierten nicht und führten dazu, dass ZAST und Wohnheim zeitweise unbewacht waren und gestürmt und angezündet werden konnten, während sich noch Menschen darin aufhielten. Im Ausschussbericht und der öffentlichen Debatte wurden Fehler des Einsatzleiters vor Ort, Jürgen Deckert, hervorgehoben, der 66 Stunden ununterbrochen im Einsatz gewesen war. Die Rollen von Polizeichef Siegfried Kordus, der auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen nach Hause fuhr und am Montag Verstärkung durch BGS-Einheiten ablehnte, von Landespolizeichef Hans-Heinrich Hansen, der keine Verstärkung nach Rostock schickte, oder Bundesinnenminister Rudolf Seiters, der in Rostock vertrauliche Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Seite, Innenminister Kupfer und Kordus führte, sind jedoch nicht hinreichend aufgehellt worden.[89]

Beobachter wie der Journalist Jochen Schmidt vermuten nicht zuletzt deshalb, dass es sich um ein inszenierte Serie der Gewalt gehandelt haben könnte, in dem nicht nur die Fehler einiger Verantwortungsträger und ein vor allem gegen Flüchtlinge aus Rumänien gerichteter öffentlicher Diskurs, sondern auch direkte Absprachen zwischen involvierten Politikern eine Bedeutung hatten.[90] Denn schließlich konnten die Ereignisse in Lichtenhagen auf die Debatte um das Grundrecht auf Asyl bedeutenden Einfluss nehmen.

---

[84] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 172. Kilimann hatte sich während und trotz der Krawalle, so der Untersuchungsausschuss des Landtags, im Urlaub befunden. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3771 vom 04. November 1993, S. 49.

[85] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zwischenbericht, S. 19-29, Zitat auf S. 29.

[86] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 178-179.

[87] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: SPD zum Abschlußbericht, S. 2-7.

[88] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Abschlußbericht, S. 29-50, sowie Landtag Mecklenburg-Vorpommern: SPD zum Abschlußbericht, S. 17-24.

[89] Hierzu ausführlich und in Abgrenzung von den Berichten aus dem Untersuchungsausschuss Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 135-138, S. 147-153, S. 174-181, S. 80-81, S. 188-189.

[90] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 185-193.

## 6 „Hoffnungsschimmer: Die SPD schwenkt ein" – Die Einigung auf die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl

Noch bevor es zu den schlimmsten Angriffen am Montagabend kam, wurden die Krawalle bereits als Druckmittel für die seit Jahren diskutierte Änderung des Grundrechts auf Asyl genutzt. „Multikulturelle Utopien verstellen den Blick auf die Realität", war in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten zu lesen. „Hoffnungsschimmer: In Bonn scheint eine Einigung über die längst überfällige Asylrechtsänderung nunmehr in Sicht zu sein. Die SPD schwenkt auf Kurs Grundgesetzänderung ein."[91] In einer Pressekonferenz am Montag in Rostock sprach Bundesinnenminister Rudolf Seiters nicht über die Sicherheit der Angegriffenen in Lichtenhagen, sondern über den „Mißbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, daß wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, und nicht, weil sie politisch verfolgt sind". Ministerpräsident Berndt Seite kritisierte anschließend, das „Grundproblem muß ja gelöst werden"; die Politik, besonders die SPD, hätte sich mit dem Problem zu lange aufgehalten. „Daß das natürlich teilweise umschwappt, wenn man in der Menge ist, dafür habe ich auch Verständnis."[92]

In den nächsten Tagen und Wochen setzte damit eine Diskussion ein, in der von Seiten der Befürworter einer Grundgesetzänderung und einiger Massenmedien die zunehmenden rechten Gewalttaten auf Versäumnisse der Politik zurückgeführt wurden: Ursache und Auslöser nicht nur der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen seien der hohe Zustrom von Flüchtlingen in die Bundesrepublik und die angebliche Weigerung, durch eine Einschränkung des Asylrechts ihre Zahl zu verringern.[93]

Am Wochenende des 21. und 22. August 1992 hatte der Parteivorstand der SPD in Petersberg einen „Ersten Entwurf eines Sofortprogramms" beschlossen, der die Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland befürwortete. Erstmals signalisierte man auch Bereitschaft zur Änderung des Grundgesetzartikels, indem Flüchtlinge aus Nicht-Verfolgerstaaten, die keine persönliche Verfolgung glaubhaft machen könnten, abgewiesen würden. Das individuelle Recht auf Asyl jedoch sollte erhalten bleiben.[94]

Dieser Richtungswechsel traf in der SPD aufgrund seiner Plötzlichkeit selbst bei jenen auf heftigen Widerspruch, die eine Änderung des Grundgesetzes forderten. Man kritisierte, die Parteiführung lasse sich von den Unionsparteien nötigen und vergesse die eigenen Prinzipien angesichts aufgeregter Stimmungsmache.[95]

CDU und CSU verschärften unterdessen ihren Druck auf die Sozialdemokratie. Mitte Oktober 1992 legten die Unionsparteien und die FDP einen Entschließungsantrag vor, der eine Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl durch die Einführung einer Drittstaatenregelung vorsah. Flüchtlinge, die aus einem solchen Land ohne politische Verfolgung in die Bundesrepublik einreisen würden, hätten wie auch straffällig gewordene Bewerberinnen und Bewerber oder jene, die sich nicht kooperativ verhielten, ein verkürztes Verfahren zu erwarten. Gleichzeitig warnte Bundeskanzler Helmut Kohl bei einer fortdauernden Verweigerungshaltung der SPD vor einem

[91] Schultz, Helmut: Wo die Götter ausziehen, ziehen die Dämonen ein. Wenn die Politik versagt, ergreifen Rechtsradikale die Initiative und stoßen als selbsternannte Ordnungshüter in das Vakuum vor. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 25. August 1992, S. 3.
[92] Funke, Brandstifter, S. 161-162.
[93] Für einen Überblick der Berichterstattung sei verwiesen auf Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2., durchgesehene Auflage, Duisburg 1993.
[94] Pahlke, S. 106-107.
[95] Pahlke, S. 107-109.

„Staatsnotstand". Diese Notsituation würde die Regierung dazu berechtigen, das Grundgesetz auch mit einer einfachen Mehrheit zu ändern – selbst, wenn sie damit gegen die Verfassung verstoßen würde. Darüber hinaus wandte sich die CDU in einer breit angelegten Anzeigenkampagne im November an die Mitglieder der SPD und warb um ihre Zustimmung zu einer Änderung des Grundgesetzes, um das Asyl für politisch Verfolgte zu „retten".[96]

Vor dem Sonderparteitag zum Thema Mitte November erklärten sieben Landesverbände der SPD ihre Ablehnung einer entsprechenden Gesetzesänderung. Letztendlich jedoch kam ein Kompromisspapier zustande, das unter dem Eindruck der sozialen Spannungen in Deutschland Entscheidungen forderte, die den demokratischen Rechtsstaat vor Feindschaft gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern schützen sollten. Neben Forderungen nach einem europäischen Einwanderungsgesetz und der Fluchtursachenbekämpfung sollten Asylentscheidungen anderer Länder akzeptiert werden, wenn diese die Genfer Flüchtlingskonvention und die Menschenrechtskonvention anwendeten. Dort anerkannten Flüchtlingen sollte an den Grenzen der Bundesrepublik die Einreise verweigert werden. Die von der Koalition vorgesehen Zurückweisung aller Asylsuchenden, die überhaupt aus diesen Ländern einzureisen versuchten lehnte die SPD allerdings ab.[97]

Bei einem Spitzentreffen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP am 6. und 7. Dezember 1992 rückten die Sozialdemokraten allerdings vom Festhalten an diesem Beschluss ab. Im so genannten Asylkompromiss einigten sich die Parteien auf eine Ergänzung des Artikels 16 GG, der die Drittstaatenregelung einführte. Fortan war die Bundesrepublik von verfolgungsfreien Staaten umgeben, aus denen keine Einreise von Flüchtlingen gestattet wurde. Weiterhin wurde die Möglichkeit der Definition sicherer Herkunftsstaaten geschaffen, in denen politische Verfolgung schwer erscheinen würde und von denen aus kein Asylrecht bestände. Zugleich kam man in der Einführung von Kontingentregelungen für Flüchtlinge vor Kriegen und Bürgerkriegen überein, traf Absprachen über Asylsuchende mit langer Aufenthaltsdauer, den Status von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern und Fragen der Einbürgerung. Weiterhin nahmen die Beteiligten sich vor, einen gesetzlichen Rahmen für die Steuerung von legaler Zuwanderung zu schaffen. Ende Mai 1993 wurde das Gesetzespaket unter Protesten der Öffentlichkeit in Bonn beschlossen und trat zum 1. Juli des Jahres in Kraft. Auf Seiten der SPD hielt man sich zugute, dass das individuelle Recht auf Asyl gerettet worden wäre.[98]

Der Asylkompromiss als faktische Abschaffung des Grundrechtes wurde in vielen Kommentaren kritisiert: „Das Ergebnis dieser Operation ist blanke Heuchelei", hieß es in der Zeit. „Was da in Bonn ausgehandelt wurde, ist also kein Kompromiss, sondern eine Kompromittierung des politischen Anstands."[99]

## 7 Zusammenfassung

Wenige Monate nach dem Pogrom in Lichtenhagen hatten scheinbar jene, die auf die Straße gegangen waren und Steine geworfen oder fliegende Brandsätze beklatscht hatten, ihr Ziel erreicht. Nicht nur war die Unterkunft von Asylsuchenden in dem Rostocker Stadtteil geschlossen. Zugleich war der Flüchtlingsbewegung in die Bundesrepublik ein deutliches Ende gesetzt worden.

[96] Pahlke, S. 109-114.
[97] Pahlke, S. 116-120.
[98] Nuscheler, S. 148-154, wie auch Herbert, S. 318-322.
[99] Zit. nach Nuscheler, S. 151.

Die Zahl jener, die überhaupt um Asyl ersuchen konnten, fiel schon 1994 massiv zurück, als mit 127.210 Anträgen 200.000 weniger als im vorherigen Jahr gestellt wurden.[100]

Doch die Ereignisse in Rostock waren nicht Auslöser der Debatte um das Grundrecht auf Asyl. Schon vor der Wiedervereinigung war in der alten Bundesrepublik über Zuwanderung im Rahmen der Gastarbeitsabkommen diskutiert und zuweilen die Zahl der Nicht-Deutschen im Land kritisiert worden. Extrem rechte Parteien konnten mit rassistischer Propaganda gegen eine angebliche „Überfremdung" erste Wahlerfolge verbuchen.

Sorgen vor einer hohen Zuwanderung und Forderungen nach ihrer Einschränkung erreichten eine neue Qualität, als nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und den erheblichen gesellschaftlichen Umwälzungen in den früheren realsozialistischen Staaten Wanderungsbewegungen einsetzten, die man in diesem Umfang bisher nicht gekannt hatte. Wurden 1989 noch 121.315 Asylanträge in der Bundesrepublik gestellt, hatte sich diese Zahl 1992 auf 438.191 mehr als vervierfacht. Kommunen standen vor ernsthaften Problemen, diese große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und unter Einhaltung sozialer Standards unterzubringen.

In Rostock-Lichtenhagen waren diese Schwierigkeiten umso sichtbarer, als man die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber inmitten eines Wohngebietes errichtet hatte. Als immer mehr Direktbewerberinnen und -bewerber dort eintrafen, wo alle Flüchtlinge des Landes vor ihrer Verteilung in die Kreise durchgeschleust werden mussten, konnte die Unterbringung nicht mehr gewährleistet werden. Menschen mussten tagelang im Freien vor der ZAST campieren, bis ihre Anträge bearbeitet und sie weiter gewiesen wurden.

Die Überbelegung kann nicht nur mit Unerfahrenheit gegenüber den bundesrepublikanischen gesetzlichen Bestimmungen erklärt werden, in die man sich in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern erst hatte einarbeiten müssen. Der Unwille einiger Verantwortlicher ist nicht zu verkennen: Beschwerden aus der Nachbarschaft über die katastrophale Situation der Flüchtlinge wurden im Rathaus ignoriert, der Innensenator Peter Magdanz verweigerte sich der Aufstellung von Toiletten oder der Unterbringung in anderen Einrichtungen in dem Glauben, dass dann noch mehr Menschen kommen würden. Stattdessen müsse ihr fortdauernder Zustrom gestoppt werden. Hier versuchten Akteure aus der Lokalpolitik offensichtlich, auf dem Rücken der betroffenen Asylsuchenden Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen.

Unterdessen dauerte die Debatte um das Asylrecht fort. Flüchtlinge wurden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr als Menschen begriffen, die vor Bedrohungen aus ihrer Heimat geflohen waren, sondern als Problemfälle, die nur am bundesdeutschen Reichtum teilhaben wollten. Auch in den Zeitungen von Mecklenburg-Vorpommern wurden gerade Roma als kriminelle Wohlstandsflüchtlinge stigmatisiert, die sich nicht den Gesetzen und Regeln Deutschlands anpassen würden. Das Interesse an ihrer Verfolgungssituation in Ost- und Südosteuropa war äußerst gering.

In Rostock wurde diese Wahrnehmung von Asylsuchenden mit den Bildern vermengt, die die Untätigkeit der Behörden in Lichtenhagen produzierte. Irrational wurden die Ursachen, aufgrund derer die Flüchtlinge unter erniedrigenden Umständen hausen mussten, ignoriert und auf ihre Lebensweise als kollektive Gruppe der „Zigeuner" projiziert. Abstruse Gerüchte, die den eigenen Befindlichkeiten und Ressentiments entsprachen, fanden sich sogar in der Lokalpresse wieder. Eine Hinterfragung dieser Bilder oder gar eine Diskussion mit den betroffenen Flüchtlingen fand nicht statt, rassistische Meinungsäußerungen, Gerüchte und sogar Aufrufe zur Gewalt wurden in den Zeitungen abgedruckt. Ob diese deutlichen Defizite einer verantwortungsvollen journalisti-

[100] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2010, S. 11.

schen Arbeit, die als umfassende Berichterstattung und Wiedergabe der „berechtigten Beschwerden der Bürger von Lichtenhagen“ gerechtfertigt wurden,[101] noch 1992 durch den politischen Umbruchprozess von 1989 und seine Folgen für die ostdeutsche Medienlandschaft und das Selbstverständnis von Medienschaffenden erklärt werden können oder ob sie Folge von Identifikation mit oder zumindest Verständnis der Lokaljournalistinnen und -journalisten für die Ideologeme bestimmter Bevölkerungsteile sind, ist diskussionswürdig.

Dass Ablehnung und Ressentiment irgendwann in Gewalt umschlagen, hätte angesichts andauernder rechter Straftaten auch in Mecklenburg-Vorpommern oder den über mehrere Tage andauernden rassistischen Angriffen im sächsischen Hoyerswerda nicht verwundern dürfen. Trotz der Ankündigungen in der Presse waren Politik und Polizei jedoch nicht nur überrascht, als sie im August 1992 einsetzte, sondern auch vollends überfordert.

Der Unwille lokaler Verantwortungsträger, die Situation zu entschärfen, und die Unfähigkeit höherer Polizeibeamter, zur Abwehr der Angriffe ausreichende Einsatzkräfte zur Verfügung zu stellen, führten zur mehrtägigen Eskalation der Ereignisse. Ob die Gewalt von einigen Verantwortlichen politisch gewollt war, wie dies etwa Jochen Schmidt andeutet, ist nicht zu klären. Außer Frage steht jedoch, dass sie einen großen Teil der Verantwortung für die Geschehnisse tragen. Weder Rostocks Innensenator Peter Magdanz noch Landesinnenminister Lothar Kupfer strengten im Vorfeld eine unmittelbare Verbesserung der Situation in Lichtenhagen an; Einsatzleiter Siegfried Kordus, der auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen die Stadt verließ, sorgte für Lücken in der Befehlsstruktur; Landespolizeichef Hans-Heinrich Hansen unterließ es, rechtzeitig Verstärkungen nach Rostock zu schicken. Nicht mehr als Zufall war es, dass die über 120 Menschen im Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter die Nacht zum 25. August überlebten.

Der Blick auf die Verantwortlichen darf nicht die tausenden Bürgerinnen und Bürger außer Acht lassen, die den Rechten Beifall, Deckung und Unterstützung boten. Sie machten das Pogrom zu einem tagelangen Spektakel, in dem die Angreiferinnen und Angreifer sich der Unterstützung einer scheinbaren Bevölkerungsmehrheit sicher sein konnten. Sie alle einte die Ablehnung jener Menschen im Sonnenblumenhaus und Desinteresse an oder sogar Zustimmung zu der Gewalt. Die Grenzen zwischen Täter- und Zuschauerschaft verschwammen. Erst, als die Opfer vertrieben und es gegen die parkenden Autos im Stadtteil und damit den eigenen Besitz ging, kam es zu ersten öffentlichen Distanzierungen der Einwohnerschaft Lichtenhagens.

Dem Pogromwochenende in Rostock folgten Monate der Gewalt in ganz Deutschland. Nahezu täglich wurden bis zum Ende des Jahres Wohnheime von Flüchtlingen oder Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, jüdische Gedenkstätten oder Treffpunkte nicht-rechter Jugendlicher attackiert. Ihren Höhepunkt fanden die Angriffe im Mordanschlag in Solingen, bei dem fünf Menschen sterben mussten.

Diese andauernde Gewalt fand Eingang in die Debatte um das Grundrecht auf Asyl, die seit Beginn der 1990er Jahre von den Unionsparteien intensiviert worden war. In der öffentlichen Auseinandersetzung wurde der SPD, deren Zustimmung für eine Änderung der Grundrechte nötig gewesen war, eine Verweigerungshaltung vorgeworfen, die für einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen sorgen und damit rechte Gewalttaten erst hervorbringen würde. Andererseits wurde der Wunsch nach einer Gesetzesänderung als Forderung einer breiten und lautstarken Bevölkerungsmehrheit gedeutet, die sich in den Medien und, wenn sie nicht Gehör fände, auf der Straße artikulieren würde. Kritische Stimmen wurden in der zuweilen hysterischen Debatte an den Rand

[101] Vetter, Ulrich Ben: Was Links- und Rechtsextreme eint, ist die Sprache der Gewalt.

gedrängt. Letztendlich stimmte unter dem Druck die SPD nach innerparteilichem Streit einer Änderung des Grundrechts auf Asyl zu. Mit der Drittstaatenregelung und der Einführung sicherer Herkunftsländer wurde das Asylrecht so erheblich eingeschränkt, dass es in den Worten der Kritik faktisch abgeschafft wurde.

Die Ereignisse in Lichtenhagen sind als Teil dieser jahrelangen Debatte um Einwanderung nach Deutschland zu verstehen. Sie waren nicht ausschlaggebend für die Änderung des Asylrechts, aber speisten sich aus der Diskussion um die Begrenzung von Migration, heizten sie weiter an und wirkten als Fanal für weitere Gewalttaten. Dass es ausgerechnet in Rostock zu der Eskalation kam, ist nicht ohne die spezifische soziale Situation in den neuen Bundesländern und die weitreichenden Versäumnisse von Stadt, Politik und Polizei vor Ort zu erklären. Zugleich machen die Ereignisse die verheerende Wirkung jener rassistischen Ressentiments deutlich, die durch die Asyldebatte in der Bevölkerung gestreut oder verstärkt wurden - einmal losgelassen, bringen sie nicht weniger als enthemmte Gewalt- bis zur Mordbereitschaft hervor. Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992: Tausende jubeln, als Menschen um ihr Leben bangen.

# Nach Rostock-Lichtenhagen: Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens

*Roman Guski*

## 1 Einleitung

> August 1992: Drei Tage und Nächte dauern die rassistischen Angriffe auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) im Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen. Motiviert und beklatscht werden die zeitweise 1.200 Angreiferinnen und Angreifer von bis zu 3.000 sympathisierenden Schaulustigen: Die wegen Überfüllung wochenlang vor der ZAST campierenden Roma wollen sie nicht länger dulden. Ihrer gewaltsamen und selbstjustiziellen Vertreibung war eine politische und mediale Hetzkampagne vorausgegangen, die sie zu „Asylbetrügern" und „Scheinasylanten" degradierte. Doch auch nach ihrer Evakuierung reißen die Angriffe nicht ab; sie richten sich nun gänzlich gegen vietnamesische Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter im Nebenaufgang. Nach einem Rückzug der Polizei steht das Haus in Flammen. Die über 100 eingeschlossenen Menschen können sich auf das Dach retten und entgehen nur knapp dem Flammentod.

Wenngleich dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen sowohl vor als auch nach der politischen Wende 1989/90 rassistische Gewalttaten vorausgegangen waren, wurde das Problem des Rechtsextremismus im neu gegründeten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zunächst ignoriert und verharmlost. Auf die Agenda der Landespolitik kam das Thema erst im August 1992 durch Druck von außen.[1] Dies war die Initialzündung für die Auseinandersetzung um Schuld und Verantwortung für das Geschehene sowie eine Reihe von präventiven und repressiven Maßnahmen gegen die extreme Rechte. Gleichwohl schien das Wissen um die rassistischen Ausschreitungen auch zehn Jahre später sehr begrenzt. Diesen Eindruck vermittelt eine Handreichung der Rostocker Bürgerinitiative „Bunt statt Braun", wonach offenbar „weder zu Hause noch im schulnahen Umfeld" angesprochen werde, „was einen dunklen Fleck in der jüngsten deutschen Geschichte darstellt und in der Welt als Alarmsignal in Bezug auf ganz Deutschland verstanden wurde".[2]

Inwieweit diese vage Zustandsbeschreibung auf die Gegenwart übertragen werden kann oder einer Generalrevision unterzogen werden muss, ist in Ermangelung demoskopischer Daten nur über Umwege zu klären. Lässt sich zwei Jahrzehnte nach Lichtenhagen von einer umfassenden politischen, juristischen und medialen Aufarbeitung sprechen? Wurden die Ereignisse vom August 1992 in den Folgejahren hinreichend in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt? Welche gedenkpolitischen Initiativen und Perspektiven hat die Auseinandersetzung hervorgebracht und inwieweit gibt es auf Kommunal- und Landesebene eine aktive Gedenkkultur?

Zur Klärung dieser Fragen werden zunächst die politischen Auseinandersetzungen auf parlamentarischer Ebene sowie die im Zusammenhang mit den rassistischen Ausschreitungen geführten Gerichtsprozesse in den Blick genommen und einer Bestandsaufnahme unterzogen. In einem

---

[1] Werz, Nikolaus: Politische Reaktionen auf den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. In: Werz, Nikolaus; Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000, S. 170-195, hier S. 170.

[2] Bunt statt Braun: Mitten unter uns. Pädagogische Handreichung für Schulklassen. 2. Auflage, Rostock 2003, S. 2.

weiteren Schritt werden Reaktionen der Rostocker Zivilgesellschaft und Beiträge zur Aufarbeitung aus Kultur und Medien dargestellt. Abschließend sind aus dem nachgezeichneten erinnerungskulturellen Diskurs Perspektiven für ein Gedenken in Gegenwart und Zukunft zu formulieren.

## 2 Parlamentarische Untersuchungen und politische Konsequenzen

Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurden die rassistischen Ausschreitungen sowohl von den Abgeordneten der Oppositionsparteien SPD und PDS als auch der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) scharf verurteilt. In der genauen Bewertung der Ereignisse und hinsichtlich der Klärung politischer Verantwortlichkeiten herrschte jedoch Uneinigkeit. Ernsthaftes Interesse an der politischen Aufarbeitung gab es zunächst nicht und damit verbundenen Unternehmungen wurde sichtlich entgegenarbeitet. So verlor etwa Knut Degner, seinerzeit Pressesprecher der SPD-Fraktion im Schweriner Landtag, seinen Posten, nachdem er mit einem Offenen Brief vom 30. August 1992 politische Akteure von CDU und SPD in Stadt und Land in die Verantwortung genommen hatte. In dem zehnseitigen Brief hatte er seine Scham zum Ausdruck gebracht und, sich selbst mit in der Pflicht sehend, alle um Vergebung gebeten, „die in den letzten Wochen und Tagen durch das klägliche Versagen verantwortlicher Politiker Ängste und Schrecken erleben mussten, in Gefahr gerieten oder gar verletzt wurden“.[3]

Von Beginn an im Fadenkreuz der Kritik stand Innenminister Lothar Kupfer (CDU), in dessen Ressort die Ausländerpolitik fiel und der es während der Ausschreitungen ähnlich wie der damalige Rostocker Polizeichef Siegfried Kordus vorgezogen hatte, „mal die Wäsche zu wechseln und unter die Dusche zu gehen“.[4] Die Opposition warf ihm eklatantes Fehlverhalten vor und forderte seinen Rücktritt. In einem entsprechenden Antrag der PDS wurden zudem Forderungen nach Schutzmaßnahmen und menschenwürdigen Unterbringungen der Flüchtlinge sowie Entschädigungen für die Opfer laut.[5] Kupfer wollte allerdings keine Verantwortung übernehmen und teilte stattdessen ordentlich aus: gegen Linksautonome, die in Lichtenhagen mitrandaliert hätten, und eine SPD, die sich der Ursachenbeseitigung verweigere, weil sie den „unkontrollierten Zustrom“ Asylsuchender nicht aufhalten wolle.[6] Eine minutiöse Aufarbeitung, wie sie Kupfer vor dem Innenausschuss des Bundestages in Aussicht gestellt hatte, blieb aus. Der hiermit Ende August 1992 beauftragte Untersuchungsausschuss musste die notwendige Herausgabe von Unterlagen des Innenministeriums gar erzwingen.[7]

Auf städtischer Ebene wurde unterdessen ein Untersuchungsausschuss „ZAST“ eingesetzt, um etwaige Fehler und Versäumnisse seitens des Senats, der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft zu prüfen. Die Ergebnisse wurden am 11. Oktober 1993 veröffentlicht. Demnach war das drohende Gewaltpotential im Vorfeld bekannt, wurde aber verkannt, Zuständigkeiten waren unge-

[3] Zitiert nach Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin 2002, S. 211.

[4] Zitiert nach Funke, Hajo: Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus. Göttingen 1993, S. 131.

[5] Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion der LL/PDS, Entlassung des Innenministers und Sofortmaßnahmen der Landesregierung zur Ausländerpolitik, Drucksache 1/2200 vom 26.08.1992.

[6] Funke, S. 159.

[7] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3771 vom 04. November 1993, S. 11.

klärt und ein politisches Handeln wurde vielfach unterlassen. Dem Urteil Jochen Schmidts folgend, hatte sich die Rostocker Kommission – konträr zu den Untersuchungen auf Landesebene – mit hohem Engagement und ernsthaftem Willen um Aufklärung bemüht, was dem 25-seitigen Abschlussbericht jedoch nicht anzumerken sei. Man habe bewusst verzichtet, „lückenlos aufzuzeigen, wer was wann wo getan oder gelassen hatte" bzw. „die individuelle Verantwortung der Politiker zu dokumentieren", und „einen Großteil an Aussagekraft und […] Aufklärung verspielt".[8] Gleichwohl blieb die Untersuchung nicht folgenlos: Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD), dem der Bericht politisches und moralisches Fehlverhalten attestierte, musste unter Druck seinen Rücktritt erklären.[9]

Der im Landtag eingesetzte „Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu den Ereignissen um die ZAST" ging auf Initiative der FDP zurück[10] und fand nach Änderungsanträgen die Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien. Der Untersuchungsauftrag beinhaltete eine Darstellung der Entwicklung des Ausländerzuzugs im Land und den sich daraus ergebenden „Belastungen" für Bevölkerung und Kommunen, der von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren sowie der Zustände vor der ZAST zwischen 1991 und August 1992. Zudem bestand er darin, Ursachen für eine Eskalation zu benennen und den genauen Ablauf zu rekonstruieren, um Verantwortlichkeiten zu klären. Im Ergebnis wurde dem Innenministerium, der Stadt Rostock und der polizeilichen Einsatzführung Fehlverhalten bescheinigt.[11] Der Ausschuss kam zu der Einschätzung, dass bereits im Vorfeld weder das Innenministerium noch die Rostocker Polizei oder Verwaltung Initiative gezeigt hatten, gegen die Zustände vor dem Sonnenblumenhaus und die damit verbundenen Obdachlosigkeit Asylsuchender vorzugehen. Damit hätten sie einer rassistischen und selbstjustiziellen Stimmung Vorschub geleistet, die gleichwohl nicht dadurch zu entschuldigen sei.[12]

Von der Opposition wurde die Arbeit des Untersuchungsausschusses scharf kritisiert. Während die PDS sich aus der Ausschussarbeit zurückzuzog,[13] sah sich die SPD dazu veranlasst, dem im November 1993 vorgelegten Abschlussbericht aufgrund von offenen Fragen, falschen Tatsachenbehauptungen sowie „mißverständlichen Formulierungen und unverständlichen Schlussfolgerungen" die Zustimmung zu versagen und eine eigene Einschätzung der Ereignisse vorzulegen. So enthält der Abschlussbericht unter anderem keine Aussagen über die etwaige Akzeptanz der Asylsuchenden vor der Überfüllung der ZAST, hat das Fehlen von Kenntnissen des Verfassungsschutzes nicht untersucht und konnte auch den desaströsen Polizeieinsatz nicht hinlänglich aufklären.[14] Der SPD-Abgeordnete Manfred Rissmann, der als stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses fungierte, weigerte sich auch deshalb, den Abschlussbericht zu akzeptieren, weil CDU und FDP nicht der Frage nachgehen wollten, inwieweit die Ausschreitungen von der extremen Rechten „generalstabsmäßig" geplant waren.[15] Hajo Fun-

[8] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 175.
[9] Vgl. o.A: Abgetan. In: Die Zeit vom 19. November 1993.
[10] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion der FDP, Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten mit den Rostocker Krawallen. Drucksache 1/2183 vom 26.08.1992.
[11] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 20.
[12] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 28.
[13] Vgl. O.A.: Schweriner SPD hat Rostock-Ausschuß satt. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 10. Februar 1993.
[14] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Votum der Fraktion der SPD zum Abschlußbericht des 2. Untersuchungsausschusses – Drucksache 1/3771 – nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3794 vom 10.11.93, S. 2ff., S. 17ff.
[15] Vgl. Kleffner, Heike: Was wussten die Sicherheitsbehörden... In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 26. Februar 2002.

ke kritisiert, dass der Untersuchungsausschuss hinsichtlich Auftragsbestimmung und Durchführung durch die Regierungsparteien von Beginn an „in Fesseln" gelegt worden sei und dadurch seine besondere Aufklärungsfunktion eingebüßt habe. Verschleppte und unzureichende Befragungen seien die Folge gewesen.[16] Jochen Schmidt sieht in den vom Untersuchungsausschuss vorgelegten Ergebnissen vor allem den Versuch, die seinerzeit bevorstehende Änderung des Asylrechts zu legitimieren, Schuld auf die Polizeiebene abzuwälzen und damit politisch Verantwortliche zu decken. Gleichwohl schied Lothar Kupfer auf Druck der Opposition im Februar 1993 aus dem Amt.[17]

Der Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses schließt mit einem deutlichen Hinweis an die Medien: Die im Zusammenhang mit Rostock-Lichtenhagen erfolgte Berichterstattung solle „Anlaß einer kritischen Würdigung ihrer eigenen Arbeit" sein.[18] In der Tat war die Zeit vor den Ausschreitungen von einer tendenziösen und bisweilen rassistischen Berichterstattung in den lokalen und überregionalen Medien begleitet. Während Flüchtlinge wiederholt und zum Teil mehrere Tage lang gezwungen waren, auf der Wiese vor der ZAST zu campieren, um dort auf ihre Registrierung und Unterbringung zu warten,[19] galt dies in der öffentlichen Diskussion vor allem als Zumutung für Anwohnerinnen und Anwohner. Die menschenunwürdige Situation, der die Asylsuchenden durch staatliche Behörden ausgesetzt waren, diente dabei auch der Reproduktion antiziganistischer Klischees. Die Norddeutschen Neuesten Nachrichten (NNN) unterstellten Roma-Flüchtlingen beispielsweise eine „völlig fremde Lebensart", die man den Lichtenhägern nicht zumuten könne.[20] Ähnliche Stereotype begleiteten nach dem Pogrom auch die Auseinandersetzungen im Landtag. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Harald Ringstorff befand:

> „Wenn es uns noch so dreckig geht, wenn viele sich von den falschen Versprechungen vieler Westpolitiker zu Recht betrogen fühlen, wenn Flüchtlinge von sonstwoher sich in unseren Grünanlagen noch so schlimm aufführen, sind das alles keine Gründe, sie für vogelfrei zu erklären, sie zu jagen und den Terror in unsere Stadtviertel zu tragen."[21]

Die Gewaltexzesse ebenfalls verurteilend, äußerten Abgeordnete der CDU bisweilen ein gewisses Maß an Verständnis. Während CDU-Fraktionschef Eckhard Rehberg im Landtag unter Beifallsbekundungen seiner Fraktion Ausländerinnen und Ausländern einen geringen Anpassungswillen und Roma einen Hang zur Kriminalität unterstellte, was die „Befindlichkeit unserer Bürger" störe,[22] bemächtigte sich Ministerpräsident Berndt Seite eines biologistischen Duktus und sah den deutschen „Körper" durch Asylsuchende erkrankt. Die Gewalt versuchte er zu relativieren: „Daß das natürlich teilweise umschwappt, wenn man in der Menge ist, dafür habe ich auch Verständ-

[16] Funke, S. 148.
[17] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 176f.
[18] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses, S. 50.
[19] Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlußempfehlung und Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3277 vom 16.06.1993.
[20] Bentzien, Hans: Möwengrillen in einer Einraumwohnung. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 30. Juni 1992.
[21] Zitiert nach Jensen, Annette: „Berechtigter Zorn der Bevölkerung". In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 29. August 1992.
[22] Jensen.

nis".[23] Gemäß dieser Logik ist kaum verwunderlich, dass Anwohnerinnen und Anwohnern im Umfeld der ZAST eine Mietminderung eingeräumt wurde, den Opfern jedoch eine Entschädigung versagt blieb.[24] Selbst Worte der Entschuldigung oder des Bedauerns blieben zunächst aus:

> „Von offizieller Seite […] erfahren die Vietnamesen kein Wort der Entschuldigung – schon gar nicht die in den Tagen zuvor verängstigten Asylbewerber und ihre Kinder, die den Mob in Lichtenhagen zu erleiden hatten: politischer und öffentlicher Ausdruck einer Kultur sozialer Kälte und geschäftiger Gleichgültigkeit, eines Individualismus der Isolierten."[25]

Ausdruck dieser sozialen Kälte waren auch Pläne, sich der Opfer zu entledigen und den in Lichtenhagen propagierten Forderungen wie „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen" zu beugen. Weil es an „Akzeptanz" für die im Land lebenden Vietnamesinnen und Vietnamesen mangele, plädierte Innenminister Kupfer kurzerhand für ihre Abschiebung.[26] Für die von den Ausschreitungen betroffenen Roma stellte sich diese Frage nicht einmal: Ihre Ausweisung wurde im September 1992 durch das deutsch-rumänische „Rückführungsabkommen" besiegelt.

## 3 Die justizielle Auseinandersetzung um Schuld und Verantwortung

Die justizielle Aufarbeitung mit Lichtenhagen dauerte insgesamt elf Jahre. Gegen das letzte im Juni 2002 vor dem Landgericht Schwerin gesprochene Urteil gingen die drei Angeklagten in Revision. Im Juni 2003 wurden die Revisionsanträge vom Bundesgerichtshof abgelehnt und das Urteil damit rechtskräftig.[27] Das Gros der Verfahren wurde schon kurze Zeit nach dem Tatgeschehen verhandelt. Im Bezirk des Landgerichts Rostock wurden 44 Urteile gesprochen: Elf Angeklagte wurden nach Jugendstrafrecht zu einer Haftstrafe zwischen sieben Monaten und drei Jahren verurteilt, wovon sieben Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die überwiegende Mehrheit der 215 im Landgerichtsbezirk Rostock eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 257 Personen verlief im Sande. Nach Angaben der Rostocker Staatsanwaltschaft wurden 160 Ermittlungsverfahren aus Mangel an Beweisen und 13 weitere wegen geringer Schwere der Schuld eingestellt. In neun Fällen hätten es Staatsanwaltschaft oder Richter bei einer Warnung belassen.[28] Laut dem Schweriner Staatsanwalt Wulf Kollorz wurden die Angeklagten „blitzschnell vor Jugendrichtern abgeurteilt und niemand hat sich damals für die Verfahren interessiert".[29] Allerdings ging es bei den in den 1990er Jahren verhandelten Strafsachen auch in nur einem Fall um direkte Angriffe auf das Sonnenblumenhaus. So mussten sich drei Angreifer aus Schwerin im Frühjahr 1993 wegen schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruch vor dem Amtsgericht Rostock verantworten und wurden zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Die weiteren Verfahren bezogen sich vornehmlich auf Taten, die im Umfeld der Ereignisse oder danach verübt worden sind. Subsumiert wurden darunter auch Prozesse gegen Personen aus der linken Szene,

---

[23] Funke, S. 162.
[24] Schlößer, Frank: Mitschnitt einer Podiumsdiskussion vom 07.06.2002 über die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen im Lichtspieltheater Wundervoll, Rostock 2002 (unveröffentlicht).
[25] Funke, S. 151.
[26] Funke, S. 155.
[27] Vgl. o.A.: Urteil zu Lichtenhagen rechtskräftig. In: Ostsee-Zeitung vom 02. Juli 2003.
[28] Vgl. o.A.: Nur vier Randalierer kamen ins Gefängnis. In: Die Zeit vom 13. Juni 2002.
[29] Nordhausen, Frank: Stumme Zeugen. In: Berliner Zeitung vom 13. Dezember 2001.

die mit einer Gegendemonstration versucht hatten, vor Ort zu intervenieren.[30] Jene Bürgerinnen und Bürger aus Lichtenhagen, die mit ihrem Applaus die rechte Gewalt anheizten und die Polizei- und Feuerwehreinsätze behinderten, wurden nicht strafrechtlich verfolgt. Auch Ermittlungen im Zusammenhang mit dem desaströsen Polizeieinsatz blieben folgenlos. Das 1992 gegen den Rostocker Polizeichef Siegfried Kordus eingeleitete Verfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung wurde 1994 eingestellt. Ihn hatte man nur eine Woche nach den Ereignissen zum Leiter des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern befördert und zwei Jahre später wegen einer „Rotlichtaffäre" in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Die Ermittlungen gegen Jürgen Deckert als Einsatzleiter der Polizei wurden 2000 abgeschlossen.[31]
Der letzte Lichtenhagen-Prozess wurde am 20. November 2001 vor dem Landgericht Schwerin eröffnet – über sechs Jahre, nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage gegen vier jugendliche Angreifer erhoben hatte. Die Ermittlungen waren längst abgeschlossen, gehörten die Angeklagten doch zu einem Kreis von Tätern, die bereits 1993 abgeurteilt worden waren. Den verzögerten Prozessbeginn begründete das Gericht mit Arbeitsüberlastung.[32] Im medialen wie politischen Diskurs wurde diese Schlappe fortlaufend als Justiz-Skandal gehandelt. Doris Kesselring kommentierte in der Ostsee-Zeitung:

> „Die Stadt Rostock, das Land Mecklenburg-Vorpommern sind in der Pflicht der juristischen Aufarbeitung. […] Wie Pech klebt der Ruf der Ausländerfeindlichkeit an diesem Land. Natürlich wurde vieles getan, um das schlechte Image loszuwerden. Doch es wurde eben auch einiges unterlassen, wie der jetzige Prozess zeigt. […] Ein Skandal, der wiederum einen langen Schatten auf M-V wirft."[33]

Thomas Volgmann nannte die Begründung der Justiz für die lange Verfahrensdauer in einem Kommentar der NNN „zynisch und instinktlos gegenüber den Opfern".[34] Scharfe Kritik an der Justiz kam auch aus allen Parteien. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter und der Landesverband der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens erstatteten im Laufe des Verfahrens gar Anzeige gegen den Richter und unbekannt wegen Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt.[35] Nguyen Do Thinh, der neben Wolfgang Richter im Prozess als Nebenkläger auftrat, dachte im Hinblick auf die Verfahrensverzögerung zunächst an einen schlechten Scherz und zeigte sich davon schwer enttäuscht.[36] Zwar räumte Erwin Sellering als damaliger Justizminister ein, dass der späte Prozessbeginn gegenüber den Opfern und der Öffentlichkeit „beschämend" sei. Gleichwohl versuchte er unter Verweis auf einen „Ausreißer" zu beschwichtigen. Ihm zufolge dauere es bei rechtsextremen Straftätern im Land von der Tat bis zur Anklage in der Regel nur zwei bis drei Monate.[37] Dies änderte nichts an der Tatsache, dass der Lichtenhagen-Prozess bisweilen als einer

---

[30] Vgl. Kleffner, Heike: „Beweise wurden nicht gesichert". Interview mit dem Lichtenhagen-Nebenklagevertreter Ole Weidmann. In: Jungle World vom 28. November 2001.
[31] Schmidt, Politische Brandstiftung, S. 151.
[32] O.A.: Streit über Prozess zu Rostocker Krawallen. In: Ostsee-Zeitung vom 27. Oktober 2001.
[33] Kesselring, Doris: Justiz-Skandal. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2001.
[34] Volgmann, Thomas: Zynisch und instinktlos. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 28. November 2001.
[35] O.A.: Lichtenhagen-Prozess immer grotesker. In: Ostsee-Zeitung vom 29. Januar 2002.
[36] Schüler, Katrin: Prozess erst neun Jahre nach Überfall auf Asylanten. In: Die Welt vom 21. November 2001.
[37] O.A.: Lichtenhagen-Prozess immer grotesker. Hier sei der kritische Hinweis auf einen weiteren „Ausreißer" erlaubt: Nach einem 1992 verübten Angriff von Rechtsextremen auf ein Asylbewerberheim in Boizenburg wurden 24 Täter schnell verurteilt. Zwei Angreifer standen jedoch erst im April 2002 vor dem Schweriner Landgericht und

der „größten Justizskandale der Nachkriegszeit“ gehandelt wurde. Kein weiterer Fall war bekannt, bei dem Festnahme und Prozessauftakt zeitlich so weit auseinander lagen.[38]
Die Prozess-Verschleppung schien nicht nur moralisch verwerflich, sondern hatte auch konkrete Folgen für den Verfahrensverlauf. Nur drei der vier jungen Männer mussten auf der Anklagebank Platz nehmen, da der Vorwurf des Landfriedensbruchs seit einem Jahr verjährt war. Die Verteidiger der verbliebenen drei Angeklagten versuchten zunächst unter Verweis auf die europäische Menschenrechtskonvention das Verfahren ad absurdum zu führen und beantragten dessen Einstellung.[39] Zudem konnten sich Angeklagte und Zeugen immer wieder darauf zurückziehen, sich nicht mehr zu erinnern.[40] Die Angeklagten, die sich selbst zur Schweriner Skinhead-Szene zählten, gaben sich vor Gericht wortkarg und leugneten die Vorwürfe der Anklage. Sie hätten lediglich Parolen gegrölt und weder Steine noch Molotow-Cocktails geworfen. An einer rassistischen Tatmotivation ließen sie jedoch keinen Zweifel: „Wir wussten, dass es gegen Ausländer ging und das fanden wir damals richtig.“[41]
Insgesamt traten im letzten Lichtenhagen-Prozess über 30 Menschen im Zeugenstand und als Sachverständige auf.[42] Das Verfahren endete am 17. Juni 2002 nach siebenmonatiger Verhandlung. Wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung wurden die Angeklagten nach Jugendstrafrecht mit Bewährungsstrafen von bis zu eineinhalb Jahren bestraft. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten das von Vietnamesinnen und Vietnamesen bewohnte Sonnenblumenhaus angegriffen und damit den Tod von Menschen in Kauf genommen hatten. Dass die Tat erheblich lange zurücklag, wirkte sich strafmildernd aus.[43] Während die geringfügungen Urteile vielfach auf Kritik stießen, zeigten sich die Nebenkläger mit dem Ergebnis weitgehend zufrieden. Wolfgang Richter wertete es als „wichtig, dass der Urteilsspruch so klar auf versuchten Mord lautet […], weil alle Mittäter und Jubler […] symbolisch mit auf der Anklagebank saßen“.[44] Gleichwohl sah Richter keinen Grund, einen Schlussstrich zu ziehen, zumal Fragen ungeklärt blieben. Prozessbeobachterinnen und -beobachter hatten während des Verfahrens immer wieder dessen Bedeutung für die Aufarbeitung der Ereignisse von 1992 herausgehoben. So appellierte der Opferberatungsverein LOBBI:

> „Eine umfassende juristische Aufarbeitung durch den Prozess kann nur stattfinden, wenn neben dem Verhalten der Beklagten auch das Vorgehen der Polizei und der Politiker unter die Lupe genommen wird. Durch den Rückzug bzw. das Nichtagieren der Polizeikräfte und der Politiker wurde das Tatverhalten der Beklagten erst ermöglicht.“[45]

---

erhielten, vergleichbar mit dem Lichtenhagen-Prozess, aufgrund der Verfahrensdauer milde Bewährungsstrafen, vgl. Machold, Ulrich; Nacken, Kerstin: Mecklenburger Justiz verzögerte Strafverfahren. In: Die Welt vom 07. Juli 2002.
[38] Vgl. Gärtner, Peter: Urteile im Lichtenhagen-Prozess. In: Weser-Kurier vom 18. Juni 2002.
[39] Kesselring, Doris: Verteidiger fordern Einstellung des Verfahrens. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2001.
[40] Volgmann, Zynisch und instinktlos.
[41] Zitiert nach Baum, Karl-Heinz: Die jungen Männer mochten Ausländer nicht. In: Frankfurter Rundschau vom 28. November 2001. Fehler im Original.
[42] O.A.: Plädoyers im Prozess um Lichtenhagener Krawalle. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 03. Juni 2002.
[43] O.A.: Bewährungsstrafen im Lichtenhagen-Prozess. In: Ostsee-Zeitung vom 18. Juni 2002.
[44] Zitiert nach Nordhausen, Frank: Gericht wertet Krawalle als versuchten Mord. In: Berliner Zeitung vom 18. Juni 2002.
[45] Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI e.V.): Stellungnahme und Fragen zum Prozess gegen Beteiligte am Pogrom in Rostock-Lichtenhagen am Schweriner Landgericht. Pressemitteilung vom 27.11.2001.

Sachverhalte, die vom eigentlichen Kern des Prozesses wegführten, wurden jedoch nur in Ansätzen behandelt. Den Rückzug der Polizei konnte der damalige Einsatzleiter Jürgen Deckert – der keine Gefährdung der Vietnamesinnen und Vietnamesen gesehen haben will – vor Gericht nicht begreiflich machen. In der Befragung als Zeuge betonte er mehrfach, dass ausreichend Polizeikräfte vor Ort waren, bevor die Lage in der Nacht vom 24. zum 25. August endgültig eskalierte. Sie blieben jedoch untätig.[46] Nachfragen von Anwälten der Nebenklage hatte Richter Horst Heydorn schließlich abgewiesen mit den Worten: „Wir sind hier kein Untersuchungsausschuss.“[47] Selbstredend konnte der Prozess, mit dem die juristische Aufarbeitung ihr Ende finden sollte, somit keine abschließenden Antworten geben. Durch die Nebenklage war es jedoch gelungen, gezielt Einfluss auf den Verfahrensverlauf zu nehmen, den Stimmen der Betroffenen Gehör zu verschaffen und verstärkt das öffentliche Interesse auf den Prozess zu lenken.

## 4 Beiträge zur Aufarbeitung aus Zivilgesellschaft, Kultur und Medien

Zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen, die den Ereignissen in Lichtenhagen zunächst ohnmächtig gegenüber standen, erfuhren nach den Brandnächten einen Mobilisierungsschub. Die erste Demonstration durch die Rostocker Innenstadt wurde durch den Nachwendeoberbürgermeister Christoph Kleemann (Bündnis 90) angeführt.[48] Über 3.000 Menschen hatten sich dem Schweigemarsch am 27. August 1992 unter dem Motto „Zündet Kerzen an und keine Häuser!“ angeschlossen. Eine bundesweite Mobilisierung linker Gruppierungen zu einer Demonstration unter der Losung „Stoppt die Pogrome!“ stieß hingegen auf Argwohn. Die Mecklenburger Morgenpost, die am 28. August noch „Chaoten von links & rechts im Anmarsch“ sah, musste sich nach der Demonstration am 31. August korrigieren und titelte: „Gemeinsam gegen Rechts. Rostock zeigte sein wahres Gesicht“.[49] Mit der journalistischen Sorgfaltspflicht nahm es die Redaktion dennoch nicht so genau: Auch wenn sich bis zu 20.000 Menschen in Lichtenhagen versammelten, waren nur wenige Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt dem Aufruf gefolgt. An der Demonstration beteiligten sich vornehmlich Menschen aus dem Umfeld linker Organisationen, Parteien und Gewerkschaften, hunderte Migrantinnen und Migranten aus Deutschland sowie Delegationen aus Skandinavien, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich. Zudem fanden auch in anderen deutschen Städten Demonstrationen in Reaktion auf die Ereignisse statt.[50] Angesichts einer anhaltenden Welle rechter Gewalt verstärkten sich in der Folgezeit in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Form von Schweigemärschen, antirassistischen Schulprojekten, Begegnungen mit Migrantinnen und Migranten wie auch der unmittelbaren Sicherung von Flüchtlingsunterkünften.[51]
Eine weitere Etappe im Prozess der Formierung der Rostocker Zivilgesellschaft wurde mit der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und der Konstituierung einer Bürgerinitiative erreicht. Unter dem Eindruck alltäglicher Diskriminierung und rassistischer Gewalt gründete sich im Oktober 1992 der Verein „Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach“ als Interessenvertretung für die in Rostock lebenden Vietnamesinnen und Vietnamesen. In der Bemühung um

[46] Kesselring, Doris: Deckert: Polizei hat in Lichtenhagen Fehler gemacht. In: Ostsee-Zeitung vom 11. Januar 2002.
[47] Zitiert nach Kleffner, Heike: Gedächtnislücken gefüllt. In: Jungle World vom 23. Januar 2002.
[48] Vgl. Werz.
[49] Vgl. Langer, Hermann: Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1993, S. 38f.
[50] Kleger, Heinz: Toleranz und „Tolerantes Brandenburg“. Münster 2006, S. 27.
[51] Langer, S. 46.

ihre soziale und berufliche Integration sowie durch eine intensivierte Öffentlichkeitsarbeit mit Freizeitangeboten, Bildungsveranstaltungen und Ausstellungen entwickelte sich Diên Hông zu einem wichtigen Mittler zwischen Eingewanderten und Deutschen. Ab Beginn des Jahres 1994 bis zum Umzug in die Kröpeliner-Tor-Vorstadt unterhielt der Verein, der sich zunehmend für Zugewanderte aller Nationalitäten öffnete, eine Begegnungsstätte und Beratungsstelle im Sonnenblumenhaus.[52] Unter ähnlichen Vorzeichen wie Diên Hông nahm auch der Ausländerbeirat (ABRO) seine Arbeit auf. Erste Überlegungen von Migrantinnen und Migranten, sich zu organisieren und Gehör zu verschaffen, gab es bereits Anfang 1991. Nach Lichtenhagen sah man sich umgehend zum Handeln gezwungen und im Oktober 1992 wurde der erste Ausländerbeirat gewählt. Er verfügt in der Rostocker Bürgerschaft zwar nicht über ein Stimmrecht, hat aber eine beratende Funktion und das Informations- und Anhörungsrecht in Fragen, die nicht-deutsche Bürgerinnen und Bürger betreffen. In seiner Funktion setzt sich das Gremium für die rechtliche Gleichstellung und die Verbesserung der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten ein und engagiert sich gegen Rassismus.[53] Durch die Selbstorganisation konnten bereits konkrete Erfolge erzielt werden. Ein Schritt zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in Rostock und gleichwohl eine Konsequenz aus Lichtenhagen ist etwa die teilweise dezentrale Unterbringung sowie die in Gemeinschaftsunterkünften durch den Träger Ökohaus e.V. geleistete Integrationsarbeit seit Mitte der 1990er Jahre.[54] Im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 wandte sich der ABRO mit einem „Rostocker Appell“ an die Öffentlichkeit und rief zur Wahl demokratischer Parteien auf.[55]

Auch die Gründungsgeschichte der Rostocker Bürgerinitiative Bunt statt Braun geht auf diese Zeit zurück. Die extrem rechte NPD hatte die Hansestadt für den Abschluss ihres Wahlkampfes auserkoren und drohte, mit einem Demonstrationszug durch Lichtenhagen zu ziehen. Dieses Szenario konnte durch ein vorläufiges Demonstrationsverbot der Stadt und einen folgenden Beschluss des Greifswalder Oberverwaltungsgerichtes verhindert werden.[56] Das Engagement von linken Jugendlichen zur Vorbereitung von Aktivitäten gegen den NPD-Aufmarsch brachte die zivilgesellschaftlichen Akteure der Stadt an einen Tisch. Die Bündnisaktivitäten unter dem Motto „Bunt statt Braun“ fanden schließlich Unterstützung von über 60 Organisationen aus allen politischen Lagern. Am 19. September beteiligten sich etwa 10.000 Menschen an einer Demonstration vom Stadtzentrum nach Lichtenhagen, wo zum ersten Mal ein interkulturelles Friedensfest ausgerichtet wurde.[57] Die etwa 3.500 Anhängerinnen und Anhänger der NPD zogen unterdessen nahezu ungestört unter einem Großaufgebot der Polizei durch den Stadtteil Dierkow.[58] Direkte Proteste, bei denen es auch zu Auseinandersetzungen kam, blieben weitgehend linken Gruppierungen vorbehalten. Dass dabei ein Gegendemonstrant von einem mutmaßlichen Neonazi ange-

[52] Seefeld, Kathi: Das Leben ist bunt. Interkulturelle Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Aktualisierte Nachauflage, Schwerin 1999, S. 42ff.
[53] Seefeld, S. 20ff.
[54] Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung: In der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin 2002, S. 11ff.
[55] Hugo, Michael: „Bunt statt Braun": Strategien gegen „Rechts" am Beispiel der Hansestadt Rostock. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Bonn 1999, S. 65-72, hier S. 66.
[56] O.A.: Die NPD marschiert heute in Dierkow. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 19. September 1998.
[57] Hugo, S. 66ff.
[58] Volgmann, Thomas: Stadt im Ausnahmezustand. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 21. September 1998.

fahren und lebensgefährlich verletzt wurde, brachte abermals die Polizei in Verruf, die zunächst versuchte, den Vorfall zu vertuschen, und nur schleppend ermittelte.[59]

Mit der Vereinsgründung im August 2000 wurde das Engagement von Bunt statt Braun institutionalisiert und durch die Organisation von Kultur- und Bildungsprojekten intensiviert. Einen besonderen Beitrag zur Aufarbeitung leistete der Verein durch die Wanderausstellung „Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – 10 Jahre danach." Die inner- und außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns gezeigte Exposition nimmt die Ereignisse vom August 1992 selbst, aber auch die Entwicklungen in der Stadt sowie die Themenfelder Migration und Rassismus in den Blick. In Rostock wurde sie erstmals am 23. August 2002 auf dem fünften Friedensfest in Lichtenhagen gezeigt, das von 80 Vereinen und Unternehmen unterstützt wurde und an dem sich abermals 10.000 Menschen beteiligten. Nach dem Großereignis anlässlich des zehnten Jahrestages wurde vor allem die vom Bürgerbündnis organisierte und jährlich stattfindende „Nacht der Kulturen" zu einer festen Größe in der Hansestadt.[60]

Zu den Unterstützerinnen und Unterstützern der Aktivitäten von Bunt statt Braun gehörten auch die Hochschulen des Landes. Vertreten durch die Rektoren in Rostock, Greifswald, Wismar, Stralsund und Neubrandenburg, machten sie im Vorfeld der NPD-Demonstration 1998 und „in Anbetracht ihrer Verantwortung für die ausländischen Studierenden und Wissenschaftler" in einem Aufruf deutlich, „daß nationalsozialistisches Gedankengut in akademischen Bildungsstätten keinen Platz hat".[61] Die Universität Rostock widmete sich bereits in den Vorjahren der Aufarbeitung. Einer Podiumsdiskussion zum Thema „Lichtenhagen und die Folgen" schloss sich im Sommersemester 1993 eine Vortragsreihe an, die Fragen zur Einwanderung und Integration in den Fokus rückte. Neben Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), seinerzeit Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, traten Wolfgang Thierse (SPD) und Daniel Cohn-Bendit (Bündnis 90/Die Grünen) als Referenten auf. Impulse zur Auseinandersetzung mit Rostock-Lichtenhagen kamen zudem aus der Studierendenschaft. So beteiligte sich etwa der Studentenrat an einer Plakataktion für die in Rostock lebenden Vietnamesinnen und Vietnamesen.[62] Im Dezember 1992 trat das studentische Gremium als Fürsprecher für von Abschiebungen bedrohte Menschen aus Vietnam, Angola und Mosambik auf und wertete die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung als „unverständlichen Willkürakt".[63]

Das „Neue Tendenz Theater" aus Nordrhein-Westfalen wollte sich keiner „streng wissenschaftlichen Aufarbeitung" widmen, sondern suchte „einen künstlerischen Weg der Vermittlung" und nahm die rassistischen Ausschreitungen zum Sujet eines 65-minütigen Schauspiels unter dem Titel „Kein schöner Land", um Hintergründe und Fakten zu beleuchten, die Verantwortung der Medien in den Blick zu nehmen, vor allem aber die Täterpsychologie und den Rassismus der Beifall klatschenden Anwohnerinnen und Anwohner aufzuzeigen. Nach der Uraufführung im Juni 2000 in Neuss ging das Theaterprojekt bundesweit auf Tournee und erreichte nach eigenen Angaben mit mehr als 200 Vorstellungen über 25.000 Menschen, wobei viele erstmals von den Er-

[59] O.A.: Rostocker „Unfall" – wird jetzt ermittelt? In: Junge Welt vom 24. September 1998.
[60] Vgl. Bunt statt Braun: Chronologie der Bürgerinitiative. O.J., http://www.buntstattbraun.de/Chronologie_der_Buergerinitiative.1414.html? vom 25.05.2012.
[61] Zitiert nach O.A.: Rektoren schließen sich an. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 16. September 1998.
[62] Werz, S. 174.
[63] O.A.: Gegen Abschiebung. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 21. Dezember 1992.

eignissen gehört hätten.[64] Auf Betreiben des Künstlerbundes MV konnte das Schauspiel auch am Ernst-Barlach-Theater in Güstrow im Rahmen der „Theatertage gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ aufgeführt werden. Zudem setzten sich Jugendliche in verschiedenen Theater-Workshops mit der Thematik auseinander.[65]

Die „Freie Theaterjugend Rostock“ hat sich 2011 in dem Stück „Bis zum Anschlag“ sowohl der Anlass- als auch der Rezeptionsgeschichte der Ereignisse gewidmet. Das Stück erzählt die Geschichte von fünf Rostocker Jugendlichen, die sich in den Wirren der Wendejahre verlieren und vor dem Sonnenblumenhaus auf den verschiedenen Seiten der extremen Rechten, der linken Gegendemonstration und der Polizei wieder aufeinandertreffen, thematisiert die Reaktionen zwischen Verharmlosung und Vertuschung auf der Ebene von Polizei und Politik und rekurriert durch die Einbindung von O-Tönen sowie Foto-Dokumenten und Verweise auf Akteure wie Polizeichef Kordus, Innenminister Kupfer und die Bürgerinitiative Bunt statt Braun auf den realen Gehalt der fiktionalen Erzählung. Bei Gesprächen in Vorbereitung auf die Inszenierung sah sich Regisseur Christof Lange nach eigenen Aussagen vorwiegend mit Abwehrhaltungen und einseitigen Schuldzuweisungen konfrontiert, weshalb das Stück der Frage nachgehe, „wie es dazu kommen konnte und was normale Menschen zu solchen Tyrannen machte“.[66] Jugendliche der Rostocker Jugendkunstschule ARThus hatten sich nach einer „Phase der Ohnmacht“ bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in Medienprojekten der Aufarbeitung von Lichtenhagen gewidmet. Ihre Intention war es, plakativen Bildern entgegenzuwirken und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die sich von der mitunter einseitigen und skandalisierenden Berichterstattung abhebt, die ihren sichtbarsten Ausdruck darin fand, dass Jugendliche auf der Jagd nach reißerischen Bildern zu Hitlergrüßen animiert wurden.[67]

Sahen sich die Mainstream-Medien zunächst der Kritik ausgesetzt, durch rassistische Stimmungsmache und sensationslüsterne Berichterstattung zur Eskalation der Situation in Lichtenhagen beigetragen zu haben, avancierten sie in der Nachbetrachtung auch zu wichtigen Impulsgebern für die Aufarbeitung. Dies gilt für eine Fülle von Berichten, Reportagen und Features in Printmedien und Hörfunkbeiträgen, aber auch für Produktionen aus Film und Fernsehen. Allerdings setzte sich dieser Aufklärungsanspruch in Teilen der Medien erst allmählich durch. So sah Hajo Funke etwa das Filmteam des Magazins „Kennzeichen D“, das die Menschenhatz aus dem Sonnenblumenhaus heraus dokumentierte, durch das ZDF zunächst nicht entsprechend gewürdigt.[68] Die Arbeit des Filmteams wurde indes mit verschiedenen Auszeichnungen geehrt und hat eine wichtige Materialgrundlage für filmische Bearbeitungen geschaffen. So auch für die Dokumentation „Wer Gewalt sät – Von Brandstiftern und Biedermännern“ von Gert Monheim, die im Januar 1993 in der ARD ausgestrahlt wurde. Sie ist ein Versuch, den strukturellen Zusammenhang zwischen der Asyldebatte im Bund und dem randalierenden Mob in Rostock-Lichtenhagen in den Blick zu nehmen: „Rostock war kein Unfall. Waren die Pogrome nicht logische Folge und vorläufiger Höhepunkt einer Politik, die mit dem Feuer spielt – in Rostock wie in

[64] Vgl. Neues Tendenz Theater: Kein schöner Land. O.J. http://www.neuestendenztheater.de/web/site/index.php?page=cat&catid=12&sid=48e50343e25aefd432c78a6aa15685e2 vom 25.05.2012.

[65] Argumente, In der Mitte angekommen, S. 44.

[66] O.A.: Interview mit Christof Lange, Leiter und Regisseur der FTJ. In: 0381 Magazin (03/2011). Online-Ausgabe. http://www.0381-magazin.de/rostock/magazin/show/id/810 vom 29.05.2012.

[67] Schmolling, Jan: Subjektive Jugendvideos gegen die Halbwahrheiten des Fernsehens. In: Jungk, Sabine (Hrsg.): Zwischen Skandal und Routine? Rechtsextremismus in Film und Fernsehen. Marburg 1996, S. 218-221, hier S. 218f..

[68] Funke, S. 149f.

Bonn?“,[69] heißt es in einem einleitenden und mit dem brennenden Sonnenblumenhaus bebilderten Kommentar, der zugleich das Narrativ der Dokumentation umreißt. Kritik, er habe in seinem Film die betroffenen Flüchtlinge nicht zu Wort kommen lassen, wies Monheim zurück: Einerseits sei es ihm um die Offenlegung innenpolitischer Hintergründe gegangen, andererseits habe er auf Archivmaterial zurückgegriffen und keine eigenen Interviews führen können.[70]
Hier setzte eine Produktion von Mark Saunders an,[71] welche die Opferperspektive in den Fokus rückt und mit O-Tönen von Täterinnen und Tätern sowie Zuschauerinnen und Zuschauern kontrastiert. Zunächst im britischen, später im deutschen Fernsehen ausgestrahlt, wurde „The Truth lies in Rostock“ in zahlreiche Sprachen übersetzt. In Rostock wurde der Film im Barocksaal am Universitätsplatz uraufgeführt. Das Rostocker Institut für Neue Medien hatte 2007 um Fördermittel geworben, um den Film auf DVD zu übertragen und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.[72] Im Vorfeld des zwanzigsten Jahrestages wurden diese Bemühungen durch ein Crowdfounding-Projekt der Rostocker Lokalzeitschrift „Stadtgespräche“ wieder aufgenommen. Damit das Pogrom nicht verdrängt und vergessen wird, sondern „Eingang in das Selbstverständnis der Stadt findet“, sollen über Spenden finanzierte DVDs großflächig in Rostock verteilt werden und Diskussionen anregen. Zudem soll die Öffentlichkeit über ein Webportal, Filmabende und eine Themenzeitschrift erreicht werden.[73]
Der Journalist Kamil Taylan veröffentlichte mit dem Film „Die Feuerfalle von Rostock“ zehn Jahre nach Lichtenhagen eine Rekonstruktion der Ereignisse vom August 1992.[74] Parallel zum laufenden Prozess und begleitet durch eine Podiumsdiskussion im Rostocker Lichtspieltheater Wundervoll wurde der Film im Juni 2002 aufgeführt. Zudem fand er Einsatz in der schulischen Bildungsarbeit. Über eine gemeinsame Filmvorführung mit dem Filmemacher vor einer achten Klasse der Hundertwasser-Gesamtschule in Lichtenhagen zeigte sich Nguyen Do Thinh ernüchtert, zumal keiner der Schüler an einem Gespräch mit ihm interessiert schien:

> „Da war sie wieder, sagt Thinh, diese Gleichgültigkeit, diese Kälte. Und dann stand ein Junge auf und erzählte, sein Bruder kenne jemanden, der säße wegen Lichtenhagen ‚seit zehn Jahren' im Knast. Aus Tätern werden Märtyrer. Die Höchststrafe, die bisher wegen des Anschlags verhängt wurde, betrug drei Jahre Gefängnis.“[75]

Den Film ereilte wiederum die Kritik, dass er Veränderungen der städtischen Kultur nicht berücksichtigt habe und die erfolgreiche Integrationsarbeit ausblende, die durch Vereine wie Diên Hông getragen wird. Wenngleich der Autor die Ereignisse aus einer Gegenwartsperspektive betrachtet, habe er aus Zeitgründen solche Entwicklungen aussparen müssen.[76] Damit ist zugleich ein Thema aufgezeigt, das einer filmischen Bearbeitung harrt und die Möglichkeit offen hält, Erfolge wie Defizite in der lokalen Auseinandersetzung mit Rostock-Lichtenhagen aufzuzeigen. Eine andere Lücke versucht der Regisseur Burhan Qurbani zu füllen, indem er die Ereignisse in

[69] Monheim, Gerd: Wer Gewalt sät – Von Brandstiftern und Biedermännern. WDR 1993.
[70] Jungk, Sabine: Wer Gewalt sät…' Von Brandstiftern und Biedermännern. In: Jungk, Sabine (Hrsg.): Zwischen Skandal und Routine? Rechtsextremismus in Film und Fernsehen. Marburg 1996, S. 67-75.
[71] Cleary, Siobhan; Saunders, Mark: The truth lies in Rostock. BRD/Großbritannien 1993.
[72] Vgl. Initiative „Lichtenhagen begreifen“: „The Truth lies in Rostock“. Pressemitteilung vom 30.08.2007. Online-Version. http://a3.blogsport.de/2007/08/30/the-truth-lies-in-rostock vom 28.05.2012.
[73] Startnext: 20 Jahre Lichtenhagen-Pogrome: Erinnern & Diskutieren statt Verdrängen! O.J. http://www.startnext.de/lichtenhagen-2012 vom 30.05.2012.
[74] Taylan, Kamil: Die Feuerfalle von Rostock. ARD 2002.
[75] Billerbeck, Liane von: „Ich war Teil der Meute“. In: Die Zeit vom 25. Februar 2002.
[76] Vgl. Schlößer, Mitschnitt der Podiumsdiskussion.

einem Spielfilm bearbeitet. Für den Film mit dem Arbeitstitel „Wir sind jung, wir sind stark“ hat Qurbani nach eigenen Angaben ein Jahr in Rostock recherchiert und zahlreiche Interviews geführt.[77] Das mediale Interesse ist damit keinesfalls an einen Schlusspunkt gelangt. Zwanzig Jahre nach Lichtenhagen werden die schockierenden Bilder vom brennenden Sonnenblumenhaus wieder über die Bildschirme flimmern und mit der Kamera neue Bilder und Stimmen eingefangen.

## 5 Erinnerung im Widerstreit

Die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Rostocker Pogrom von 1992 und dem Umgang mit diesem historischen Erbe, die sich um den 20. Jahrestag konzentriert, macht nicht nur positive Entwicklungen, sondern auch Konfliktlinien wieder sichtbar, die sich in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Stadtgeschichte abzeichnen. Die verschiedenen Formen der Erinnerung sind dabei auch Ausdruck unterschiedlicher und zum Teil unvereinbarer Sichtweisen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure. Dabei spielen der Widerstreit zwischen multikulturalistischen, transkulturalistischen und leitkulturalistischen Politikansätzen sowie die aktuelle Auseinandersetzung mit der extremen Rechten eine Rolle.

Eine Initiative von Bunt statt Braun, Diên Hong, dem Migrantenrat Rostock sowie dem Stadtteil- und Begegnungszentrum Kolping-Haus, dem Ortsbeirat und dem Stadtteiltisch von Lichtenhagen hat ihre gemeinsamen Aktivitäten im Vorfeld des 20. Jahrestages unter das Motto „Lichtenhagen bewegt sich“ gestellt und ist bemüht, die Stadt in ein positives Licht zu rücken. Als Schirmherr für eine Veranstaltungsreihe, die im August 2012 ihren Höhepunkt finden soll, konnte die Initiative Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) gewinnen. Zu den geplanten Veranstaltungen im Themenfeld Migration und Integration gehören unter anderem Ausstellungen, Theateraufführungen, Diskussionsrunden und multikulturelle Feste, in die unter anderem die Lichtenhäger Gesamtschule eingebunden ist und die für ein „friedliches Miteinander“ werben.[78] Die Ereignisse vom August 1992 werden dabei zum Teil nur am Rande thematisiert und drohen als Folie zu dienen, vor der sich ein „friedliches Miteinander“ allzu leicht konstruieren lässt und ein nach wie vor virulenter „Rassismus der Mitte“ zum Verschwinden gebracht wird. Gleichwohl hat sich die Initiative zum Auftakt der eigenen Veranstaltungen in den Landtagswahlkampf eingebracht und mit einer Fahraddemo zur Wahl demokratischer Parteien aufgerufen.[79] Dieses dezidiert politische Engagement und die finanzielle Förderung der Initiative durch die Stadt rief wiederum die NPD auf den Plan. Trotz klammer Kassen habe die Stadt Geld für die „Ausländer- und Überfremdungslobby“ und den „Lichtenhagen-Schuldkult“.[80]

Seitens linker Gruppen ereilte die Bürgerinitiative Bunt statt Braun in der Vergangenheit der Vorwurf, zuvorderst Imagepolitik zu betreiben, einer Schlussstrichmentalität Vorschub zu leisten und Menschen auf ihre Kultur festzuschreiben, statt für ihre rechtliche Gleichstellung und individuelle Selbstentfaltung einzutreten. Sichtbaren Ausdruck finde diese Kulturalisierung in multikulturellen Friedensfesten, auf denen „die Ausländer“ ihre vermeintlichen kulturellen Eigenheiten zur Schau stellen dürften, um einer im Kern rassistischen Mehrheitsgesellschaft ihre Toleranz zu bescheinigen. Dass der Verein das Friedensfest am 23. August 2002 ungeachtet alltagsrassistischer Diskriminierung und neuerlicher Anschläge auf das Sonnenblumenhaus unter das Motto

[77] O.A.: Film über Krawalle in Rostock-Lichtenhagen geplant. In: Schweriner Volkszeitung vom 26. September 2010.
[78] Pistor, Maria: Stadtteil zeigt Flagge gegen Rechts. In: Schweriner Volkszeitung vom 24. August 2011.
[79] O.A.: Strampeln für die Demokratie: Radtour wirbt für die Wahl. In: Ostsee-Zeitung vom 29. August 2011.
[80] NPD MV: 50.000 Euro für Lichtenhagen-Schuldkult! NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 09.02.2012. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2623&mid=7 vom 29.05.2012.

„10 Jahre friedliches Miteinander“ gestellt hatte, sei gleichsam eine Verhöhnung der Opfer.[81] Auf dem Friedensfest selbst sorgten unterdessen CDU-Plakate mit der Botschaft „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen“ für Empörung, die von Jugendlichen entfernt wurden und auch die Veranstalter als außerordentliche Provokation empfanden. Im Gegensatz dazu sprach sich Landtagspräsident Hinrich Kuessner (SPD) als Festredner deutlich für ein „Klima der Offenheit und Gastfreundschaft“ und mehr Zuwanderung aus – auch, um Ängste vor „Fremden“ abzubauen.[82] Der Verein LOBBI warnte Ende 2002 angesichts einer weit verbreiteten Ablehnung von Asylsuchenden und aufgrund von Protesten gegen Flüchtlingsheime davor, dass sich Neonazis zehn Jahre nach Lichtenhagen in ihrer Agitation als „Vollstrecker des Volkswillens“ bestätigt sehen könnten.[83]

Zehn Jahre nach Lichtenhagen war in der Tat kein „friedliches Miteinander“ eingekehrt, sondern erneut rechte Gewalt präsent. In der Nacht zum 20. Juli 2002 wurden in Lichtenhagen die Scheiben von zwei Asia-Imbissen demoliert und anschließend Brandanschläge auf einen weiteren Asia-Imbiss sowie ein Büro der Arbeiterwohlfahrt im Sonnenblumenhaus verübt.[84] Durch Hinweise aus der Bevölkerung konnten die vier Täter schnell ermittelt werden. Der Ermittlungserfolg war aber auch auf den hohen Fahndungsdruck und den Einsatz einer 29 Beamte zählenden Sonderkommission zurückzuführen. Einer der Täter war bereits in Polizeigewahrsam, weil er mit anderen in Lichtenhagen rassistische Parolen gerufen hatte.[85] Für den Haupttäter endete das Verfahren im Januar 2003 mit einer Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Ein zweiter Täter erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und sieben Monaten und die beiden anderen bekamen Bewährungsstrafen.[86] Bereits in der Woche vor den Brandanschlägen wurde eine Gruppe von spanischen, italienischen und deutschen Jugendlichen, die am Sonnenblumenhaus gedenken wollte, mit Eiern und Äpfeln beworfen.[87] Im August desselben Jahres wurde ein Rostocker Student aus Ghana bedroht und zusammengeschlagen.[88] Diese Gewalttaten riefen die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen zehn Jahre später nur allzu deutlich ins Gedächtnis.

Die Reaktionen der extremen Rechten auf das Pogrom erschöpfen sich nicht in neuerlichen Gewalttaten. Ideologisch begegnet sie den Ereignissen mit einem Konglomerat aus Verharmlosung und Glorifizierung. Durch die Kapitulation des Rechtsstaates vor der unheiligen Allianz aus wütendem Bürgermob und organisierten Neonazis sowie die politischen Nachwirkungen mit der Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl hat Lichtenhagen einen besonderen identitätsstiftenden Charakter: Es ist der wohl größte politische Erfolg extrem rechter Gruppierungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Euphorie darüber war noch 1996 so groß, dass die Rechtsrockband „No Remorse“ die Brandnächte auf einer gleichnamigen CD als „Barbecue in Rostock“ besang. Die Liedzeile „There's a barbecue in Rostock, you better come“ erinnert wohl nur zufällig an einen Aufruf, von dem der Neonazi-Aussteiger Ingo Hasselbach zu berichten

[81] Antifa Rostock: Aufruf zur Kundgebung anläßlich des 12. Jahrestages des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen. 22.08.2004, Online-Version. http://www.links-lang.de/0408/04.php vom 28.05.2012.

[82] O.A.: Zehn Jahre nach Lichtenhagen: Rostocks OB entschuldigt sich. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 26. August 2002.

[83] Vgl. o.A.: Flüchtlinge unerwünscht? In: Junge Welt vom 24. Dezember 2003.

[84] Katz, Jenny: Lichtenhagen – Gericht untersucht Angriff. In: Ostsee-Zeitung vom 09. Januar 2003.

[85] Niebuhr, Thomas: Nach nur sechs Tagen schnappte die Falle zu. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 27. Juli 2002.

[86] O.A.: Haftstrafen für Brandstifter von Lichtenhagen. In: Ostsee-Zeitung vom 25. Januar 2003.

[87] O.A.: Neonazis gestehen Brandanschlag. In: Ostsee-Zeitung vom 27. Juli 2002.

[88] Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt: Dokumentation von rechten Übergriffen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002. O.J. http://www.lobbi-mv.de/chrono/2002.php vom 29.05.2012.

weiß. Demnach kursierte unter der Überschrift „Come together in Rostock“ im „Aufbruch“, einem Organ der Nationalistischen Front, der Aufruf zu einer Kundgebung am ersten Tag der Ausschreitungen. Kader der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) seien bereits an diesem Tag vor Ort gewesen.[89] Welche Rolle einschlägige Führungskader hinsichtlich der Mobilisierung gespielt haben, ist allerdings weitgehend ungeklärt. An eine generalstabsmäßige Planung der Gewalt glaubt Hasselbach nicht. In seiner Autobiografie berichtet er über seinen Ausflug nach Rostock:

> „Wir wollten sehen, was dort wirklich los war. Wir gaben ein paar Interviews, und ich fuhr zurück nach Berlin. Pressemeldungen von damals, Rostock sei überregional geplant gewesen, kann ich nicht bestätigen. […] Leute wie ich haben allerdings immer wieder durch ausländerfeindliche Hetzparolen andere mit dazu verleitet, Steine und Molotowcocktails auf Wehrlose in der Minderheit zu werfen, nicht nur in Rostock-Lichtenhagen. Nach Rostock kam ich am letzten Tag, kurz bevor die Sache ein Ende gefunden hatte.“[90]

Von einem „Ende“ lässt sich dabei nur mit Einschränkung sprechen, da die Ereignisse innerhalb kurzer Zeit zum Fanal wurden und dem Pogrom eine Welle rassistischer Angriffe folgte. Allein in Mecklenburg-Vorpommern fanden in den folgenden Wochen und Monaten nahezu täglich Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte statt.[91]

Bis in die Gegenwart hinein besitzt das Sonnenblumenhaus große Symbol- und Anziehungskraft für die extreme Rechte. Dies wurde unter anderem durch den Versuch deutlich, am 1. Mai 2010 mit einer Demonstration am Sonnenblumenhaus vorbeizuziehen. Dass die Rostocker Versammlungsbehörde dies der NPD vor dem historischen Hintergrund nicht zubilligte, wertete diese als „vergangenheitsbelastetes Geschwätz“.[92] Der Antirassistischen Initiative Rostock (A.I.R.) galt es als Skandal, dass es der NPD während des Landtagswahlkampfes im August 2011 dann doch gelang, am historischen Tatort symbolträchtige Bilder zu produzieren und ihre Anhänger „unwidersprochen und ungestört ihr verfälschendes und hetzerisches Bild zu den damaligen Ereignissen propagieren [...] konnten“. Da die Öffentlichkeit nicht über die angemeldete Kundgebung der NPD informiert wurde, habe die Stadt einen angemessenen Protest verhindert.[93] Nachdem die NPD unter Beteiligung von Parteikadern wie Udo Voigt und Udo Pastörs ihre Kundgebung abgehalten hatte, verkündete sie triumphierend im Internet: „NPD in Rostock-Lichtenhagen – Antifa im Abseits“.[94] Der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski, der zu seiner sichtlichen Genugtuung vor dem Haus für Fotos posierte, wandte sich mit Flugblättern an die Bürgerinnen und Bürger von Lichtenhagen. Darin echauffierte er sich über „politisch einseitige Gedenkveranstaltungen“ und setzte angeblichen „Propagandamärchen“ als „Augenzeuge des Geschehens“ seine eigene „historische Wahrheit“ entgegen. Demnach sei Lichtenhagen „als Kulisse für dunkle Machenschaften [der Stasi] mißbraucht“ worden, um eine „Gefahr von Rechts“ heraufzubeschwören. Dass Andrejewski schon unmittelbar vor dem Pogrom in Lichtenhagen Flugblätter

[89] Kleffner, Was wussten die Sicherheitsbehörden.
[90] Hasselbach, Ingo: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin 1995, S. 146.
[91] Langer, S. 59-75.
[92] NPD MV: Nationale 1. Mai-Demonstration in Rostock. NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 02.05.2010. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1916&mid=7 vom 28.05.2012.
[93] Antirassistische Initiative Rostock – A.I.R.: Die NPD und das Pogrom von Lichtenhagen, Pressemitteilung vom 08.08.2011. Online-Version. http://systemausfall.org/antira/node/517 vom 30.05.2012.
[94] NPD MV: NPD in Rostock-Lichtenhagen - Antifa im Abseits. NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 03.08.2011. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2440&mid=7 vom 28.05.2012.

verteilt hatte, gab dieser unumwunden zu: Er habe damit „vor den Folgen einer ungesteuerten und maßlosen Einwanderung“ gewarnt.[95] Unerwähnt ließ Andrejewski, dass er es seinerzeit nicht bei Warnungen beließ, sondern zum „Widerstand gegen die Ausländerflut“ aufrief. Zehntausende dieser Aufrufe wurden verteilt, ehe die ersten Brandsätze flogen.[96] An der Eskalation der rassistischen Gewalt dürfte Andrejewski mit seiner „Aktion Rostock bleibt deutsch“ daher nicht ganz unschuldig gewesen sein. Ihm selbst gilt die Gewalt jedoch vor dem Hintergund kultureller Unterschiede und einer gescheiterten Politik, die in Lichtenhagen eine „soziokulturelle Bombe“ gebaut habe, als logische Konsequenz.[97]

Politische und administrative Fehltritte in der Causa Lichtenhagen, die von der extremen Rechten in perfider Weise als Legitimation für Rassismus und Gewalt ausgelegt werden, stehen mittlerweile außer Zweifel. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die städtische Gedenkveranstaltung in der Hochschule für Musik und Theater im Jahr 2002, zu der Oberbürgermeister Arno Pöker (SPD), Bürgerschaftspräsident Ralf Friedrich (SPD), der frühere Rostocker Oberbürgermeister Dieter Schröder (SPD) sowie Nguyen do Thinh vom Verein Diên Hông und Yves Bizeul von der Universität Rostock vor über 200 Vertreterinnen und Vertretern aus Parteien, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur als Redner auftraten. Schröder deutete die Gewalt von 1992 in seiner Ansprache als „Versagen an Menschlichkeit und bürgerlicher Tugend“ und mahnte das Geschehene nicht als Geschichte abzutun, sondern als Herausforderung für Gegenwart und Zukunft anzunehmen. Daran anknüpfend betonte auch Pöker die Notwendigkeit des Erinnerns, um für die Zukunft zu lernen. Rostock habe sich dieser Aufgabe gestellt; Fehler von damals würden sich nicht wiederholen.[98] Pöker entschuldigte sich bei den Opfern und wies auf das Fehlverhalten seitens der Stadt hin: „Damals sind Fehler gemacht worden, nicht nur, aber auch auf Seiten der Stadt.“[99] Die Glaubwürdigkeit seiner Worte unterstrich das Stadtoberhaupt, indem er am Nachmittag auf dem gut besuchten Friedensfest in Lichtenhagen wiederholte: „Es ist an der Zeit, nach zehn Jahren deutlich zu sagen: Für unsere Fehler entschuldigen wir uns bei den Betroffenen.“[100] Vor diesen gewichtigen Worten sind von Stadt und Land Verantwortlichkeiten im Sinne einer Selbstentlastung immer wieder davon gewiesen, nicht aber die Opfer einhergehend mit einem Schuldbekenntnis offiziell um Vergebung gebeten worden.

Der 15. Jahrestag der Ereignisse wurde, verglichen mit dem breiten Angebot von Gedenkveranstaltungen und den sich überschlagenden Ereignissen im Jahr 2002, deutlich weniger rezipiert. Neben einem multikulturellen Fest von Bunt statt Braun mit internationaler Küche, einem Trommelworkshop, Gesprächsrunden und einem Filmabend in der Hunderwasserschule,[101] machte ein Bündnis „Lichtenhagen begreifen“ mit einer sechswöchigen Veranstaltungsreihe auf die Ereignisse vom August 1992 aufmerksam.[102] Im Schweriner Landtag setzte Die Linke die Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen zum wiederholten Mal auf die Agenda. Die Fraktion bean-

---

[95] Andrejewski, Michael: Lauter Lügen über Lichtenhagen! Flugblatt der NPD Mecklenburg-Vorpommern. 2011, Online-Version. http://www.npd-mv.de/uploads/documents/2011/fb_20110407_lichtenhagen.pdf vom 28.05.2012.

[96] Röpke, Andrea; Speit, Andreas: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. 2. Auflage, Berlin 2008, S. 59.

[97] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 5/25 vom 20.09.2007, S. 103.

[98] O.A.: Eine Herausforderung für Gegenwart und Zukunft. In: Schweriner Volkszeitung vom 24. August 2002.

[99] Frost, Andreas: Eine Stadt entschuldigt sich. In: Der Tagesspiegel vom 25. August 2002.

[100] Zitiert nach o.A.: 10 000 feierten am Sonnenblumenhaus gegen Ausländerfeindlichkeit. In: Ostsee-Zeitung vom 26. August 2002.

[101] O.A.: Internationale Menüs gegen Fremdenhass. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 23. August 2007.

[102] O.A.: Bündnis erinnert an Ausschreitungen 1992. In: Ostsee-Zeitung vom 24. August 2007.

tragte, „alle politischen Handlungsspielräume zu nutzen, um rassistische Exzesse und fremdenfeindliche Ausschreitungen zu verhindern“ und versuchte aufgrund neuerlicher rassistischer Ausschreitungen in Bützow das Personalentwicklungskonzept der Polizei auf den Prüfstand zu stellen sowie Regelungen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen zu erwirken.[103] Dem wollte sich der damalige Sozialminister Erwin Sellering (SPD), obschon er sich gegen eine „Gettoisierung“ aussprach, nicht anschließen, da es „bei der Unterbringung von Asylbewerbern dem Sinn nach um eine sehr kurzfristige Unterbringung“ gehe.[104] Auch der Begriff „Pogrom“ stieß unter den Parlamentsabgeordneten auf Vorbehalte. Nach Änderungsanträgen fand der Antrag die Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der extrem rechten NPD.[105]

Im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „Jahrestage [1942.1992]“, bei der Stadt und Universität im April 2012 mit Vorträgen, Filmvorführungen und Konzerten zugleich an die Bombardierung Rostocks im Zweiten Weltkrieg und die rassistischen Ausschreitungen der Nachwendezeit erinnerten, wurden letztere ohne Umschweife als Pogrom charakterisiert.[106] In einer linken Zeitschrift wurde das städtische Gedenken, das die Opfer der Bombardierung und das Negativimage der Stadt nach Lichtenhagen in den Mittelpunkt der Betrachtung rücke, als unzulässige Verharmlosung von NS-Verbrechen und Nachkriegspogrom beklagt. Die Verdrängung der Vergangenheit sei durch eine „vermeintliche Integration“ abgelöst worden, um den „Makel der Geschichte zu Überwinden indem man sie anspricht, aber gleichzeitig nicht thematisiert“. Dabei werde offen zugegeben, dass es sich um „Imagepolitur“ handelt.[107] Olaf Reis, der in seinem Vortrag „Grüsse aus Lichtenhagen – Die Stadt und der Makel“ den Ruf der Stadt zum Ausgangspunkt seiner „sozial-psychologischen Entrüstung“ nahm, kann dieser Vorwurf der Bagatellisierung jedoch kaum gemacht werden, entließ er doch mit Verweis auf die „ungeheuerliche Parallelität von Gewalt und institutioneller Ahnungslosigkeit, von Eskalation und Fehleinschätzung, von Wutbürgern und Behörde, und schließlich von Neonazis und Nachrichtenindustrie“ weder die Stadt noch ihre Bürgerinnen und Bürger aus der Verantwortung für das, was in Lichtenhagen geschah. Der bleibende Makel werde „dabei durch die form- und gesichtslose Schwärze im Vordergrund der Pressebilder bestimmt, entstanden durch hunderte, ja tausende von EinwohnerInnen, die dem Geschehen tatenlos, ja billigend zusahen“.[108] Lehren daraus zu ziehen hieße, diesen Makel als immerwährenden Teil der Stadtgeschichte zu akzeptieren und zum Anlass einer dauerhaften Auseinandersetzung zu nehmen, statt ihn durch positive Bilder der Gegenwart zu übertünchen. Gleichwohl will die Stadt Rostock den 20. Jahrestag vor allem nutzen, um mit einer Gedenkveranstaltung ihr Image zu verbessern, wie es seitens der Stadtverwaltung heißt. Man wolle zwar keine PR-Veranstaltung, aber „zeigen, dass sich Rostock verändert hat“ und „eine offene und tolerante Stadt“ ist. Mehrere Planungsrunden hat es in Vorbereitung darauf gegeben, wobei auch strittige Themen über die Form des Gedenkens zur Sprache kamen. So wurde die fehlende Einbindung des Landes und des Bundes moniert und über die Schaffung eines Gedenkortes gestritten. Während sich unter der Anwohnerschaft Lichtenhagens sowohl Fürsprecher

[103] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion Die Linke, 15 Jahre Pogrom von Rostock-Lichtenhagen Mahnung und Verpflichtung. Drucksache 5/815 vom 05.09.2007.
[104] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 5/25, S. 100.
[105] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 5/25, S. 105.
[106] Reinmuth, Eckart: Einführung. In: Institut für Text und Kultur der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (Hrsg.): JahresTage [1942.1992]. Rostock 2012, S. 8-9, hier S. 9.
[107] O.A.: Bomben auf Rostock! In: Keep Dancing, Online-Version vom 23.05.2012. http://keepingthedance.blogsport.eu/2012/05/23/bomben-auf-rostock vom 31.05.2012. Fehler im Original.
[108] Reis, Olaf: Grüße aus Lichtenhagen – die Stadt und der Makel (Auszug aus einer sozial-psychologischen Entrüstung). In: Institut für Text und Kultur der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (Hrsg.): JahresTage [1942.1992], Rostock 2012, S. 33-35, hier S. 33.

als auch Gegner gegenüber dem seitens der Stadt eher favorisierten Standort am Sonnenblumenhaus finden, meldete die Wohnungsgesellschaft Wiro als Eigentümerin des Hauses Bedenken an. Uneinigkeit herrschte in der Planungsgruppe aber nicht nur über den möglichen Standort eines Mahnmals, sondern auch über die Frage der Notwendigkeit einer in Stein gehauenen Erinnerung.[109] Damit ist erneut eine Diskussion entfacht, in der die Stadt seit zwanzig Jahren keine deutliche Position gefunden hat.

## 6 Initiativen zur Schaffung eines Gedenkortes

Eine erste Gedenktafel zur Erinnerung an das Pogrom prangte bereits im Oktober 1992 am Rostocker Rathaus. Die Inschrift lautete:

> „In dieser Stadt gingen Menschen im August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor.
> Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die weil als Juden oder Sinti und Roma (‚Zigeuner') geboren – dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen.
> In einer einzigen Nacht unvergeßlichen Grauens wurden am 2. August 1944 die 3000 noch lebenden Menschen im ‚Zigeunerlager' von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet.
> Diese Erfahrungen und historischen Verpflichtungen für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern, daß sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen."[110]

Urheberin dieser Gedenkinitiative war eine Gruppe französischer Jüdinnen und Juden im Alter zwischen 17 und 72 Jahren, die am 19. Oktober in Rostock gegen die drohende Abschiebung von Roma durch den deutsch-rumänischen „Rücknahmevertrag" demonstrierte. An der von Beate und Serge Klarsfeld organisierten Protestaktion beteiligten sich Mitglieder der Fils et Files des Déportés Juifs de France (FFDJF; Söhne und Töchter der Deportierten Juden aus Frankreich), Anhänger der zionistischen Jugend- und Studentenorganisationen Betar und einige Roma wie Rudko Kawczynski, der Vorsitzende des Roma National Congress.[111] Gemeinsam brachten sie die Gedenktafel am Rostocker Rathaus an. Nachdem eine Einigung mit der Stadt gescheitert war, hatte man sich zum eigenmächtigen und schnellen Handeln entschieden. Der öffentlichkeitswirksamen Aktion folgte ein Polizeieinsatz, der mit 46 vorläufigen Festnahmen endete, Oberbürgermeister Kilimann in Sorge über einen möglichen „antisemitischen Ruf der Stadt" brachte und der Stadt abermals einen Eklat von internationalem Ausmaß bescherte, der das französische Konsulat in Hamburg wie auch den deutschen Botschafter in Paris beschäftigte.[112]
Über das konkrete Geschehen gibt es divergierende Schilderungen. So hätten die Demonstranten nach Anbringung der Gedenktafel eine Hakenkreuzfahne verbrannt und einen Neonazi verprügelt. Schließlich seien sie gewaltsam in das Rathaus und den Fraktionsraum der CDU eingedrungen und hissten aus dem Fenster heraus Transparente mit Aufschriften wie „Germany, don't

[109] Lachmann, Kai: Gedenkfeier soll Image der Stadt verbessern. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2011.
[110] Zitiert nach Langer, S. 41.
[111] Vgl. FFDJF: Bulletin de liaison des Fils et Filles des Déportés Juifs de France. Paris 1992.
[112] O.A.: Drei Franzosen bleiben in Haft. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 21.Oktober 1992, sowie o.A.: Rostocker Aktion französischer Juden sollte Deutsche mobilisieren. In: Frankfurter Rundschau vom 22. Oktober 1992.

forget history“ und „Damals vergast, heute abgeschoben“. Anhänger der Betar sollen zuvor festgenommene Demonstranten unter Einsatz von Tränengas aus dem Polizeigewahrsam befreit und dabei acht Beamte verletzt haben. Laut Schilderungen von Beate Klarsfeld habe sich die Gruppe friedlich verhalten und nur aus Angst vor rechten Angriffen zur Verteidigung Reizgas mit sich geführt. Während der Demonstration vor dem Rathaus hätten fünf Personen, darunter auch ihr Sohn Arno Klarsfeld, das Rathaus und schließlich die Räume der CDU betreten. Erst nachdem sie ein Transparent aus dem Fenster hingen, sei die Polizei eingeschritten und dabei äußerst brutal gegen sie vorgegangen. Unumstritten scheint der weitere Verlauf: Ein Sondereinsatzkommando besetzte den Reisebus der Demonstrantinnen und Demonstranten, eskortierte sie zur Polizeiwache und leitete Ermittlungsverfahren gegen sie ein.[113] Während die Familie Klarsfeld und die meisten Gefangenen in der Nacht zum 21. Oktober entlassen wurden, blieben drei Franzosen zunächst in Haft.[114] Gegen sie erließ das Amtsgericht Haftbefehl wegen des Widerstands gegen Vollzugsbeamte, gefährlicher Körperverletzung und Gefangenenbefreiung. Beate Klarsfeld nannte diese Vorwürfe „absurd“ und kritisierte das Fehlverhalten der Rostocker Polizei, „die nichts gegen Rechtsradikale tut, gegen uns aber mit großer Brutalität vorgegangen ist“.[115]

Den Festnahmen in Rostock folgten zum Teil militante Proteste in Paris. In der französischen Hauptstadt wurde in der Nacht zum 21. Oktober 1992 das Goethe-Institut angegriffen. Zu der Aktion, bei der eine Glastür zu Bruch ging und Wände beschmiert wurden, bekannte sich ein „Solidaritätskollektiv mit den französischen jüdischen Gefangenen in Deutschland“ mit einem Bekennerschreiben. Sie forderten die Freilassung der Inhaftierten und drohten mit weiteren Aktionen gegen deutsche Institutionen in Frankreich. Der deutsche Kulturverein zeigte unterdessen Verständnis für die Sorgen vor rassistischer Gewalt und betonte seine Dialogbereitschaft.[116] Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Paris protestierten mehrfach vor der deutschen Botschaft gegen die Festnahmen. Am 25. Oktober 1992 beteiligten sich 250 Menschen an den Protesten und skandierten Parolen wie „Deutschland bleibt, was es immer war“.[117] Auch in Deutschland formierte sich Protest. Die Kölner Roma-Initiative besetzte am 27. Oktober aus Solidarität mit den Inhaftierten das Dach des „Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien“.[118] Am Rathaus in Frankfurt am Main wurde bereits am 24. Oktober während einer Kundgebung ein Duplikat der Rostocker Gedenktafel angebracht. Die etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer solidarisierten sich ebenfalls mit den Inhaftierten und wandten sich entschieden gegen Rassismus und die Abschiebung von Roma. Auf der Kundgebung sprach auch ein Auschwitz-Überlebender. Die Aktion in Frankfurt wurde durch die Stadtverwaltung in Absprache mit der Polizei zunächst toleriert, die Gedenktafel jedoch am gleichen Abend wieder entfernt.[119]

Auch die Gedenktafel am Rostocker Rathaus war kurze Zeit nach ihrer Anbringung auf Veranlassung der Stadt wieder entfernt worden und landete im Keller der Bürgerschaft. Über den wei-

---

113 O.A.: Juden demonstrieren in Rostock. In: Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1992.

114 O.A.: Drei Franzosen bleiben in Haft.

115 Zitiert nach o.A.: Rostocker Aktion französischer Juden sollte Deutsche mobilisieren.

116 Vgl. ebenda.

117 O.A.: Juden demonstrieren abermals vor der deutschen Botschaft in Paris. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 26. Oktober 1992.

118 Der Ort war nicht zufällig gewählt: Ein Institutsmitarbeiter zeichnete für einen Bericht zur Situation der „Zigeuner Rumäniens“ verantwortlich, in dem er diese als „wenig zivilisierte Neuankömmlinge“ bezeichnete, „deren Begehren nach politischem Asyl aber zu hundert Prozent unbegründet ist“. O.A.: Protest gegen Abschiebevertrag. In: Kölner Express vom 28. Oktober 1992.

119 O.A.: Gedenktafel an Rathausmauer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. Oktober 1992, wie auch o.A.: Juden demonstrieren abermals vor der deutschen Botschaft in Paris.

teren Verbleib sollte der Ältestenrat befinden. Während das Jugend Alternativ Zentrum (JAZ) sich bereit erklärte, die Originalfassung an ihrem Gebäude anzubringen, blieb die Inschrift unter den Kommunalpolitikern zutiefst umstritten. Nach Auffassung des Bürgerschaftspräsidenten Christoph Kleemann sollte der erste Satz durch „Wehret den Anfängen" ersetzt werden. Sein Referent Holger Jahns, der eine Gleichsetzung von Lichtenhagen und Auschwitz kritisierte und den dritten Satz gestrichen sehen wollte, leugnete gleichsam auch das rassistische Motiv der Rostocker Gewalttäter. Auch Oberbürgermeister Kilimann plädierte für eine „entschärfte" Version, weigerte sich jedoch, mit der FFDJF in Verhandlungen zu treten. Stattdessen wollte er sich hierzu um Kontakt mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland bemühen.[120] Unabhängig von der Frage, ob nicht vielmehr Betroffene und zivilgesellschaftliche Akteure in derlei Findungsprozesse einzubinden wären, blieb es offenbar bei einer Absichtserklärung.
Eine Rostocker Initiative nahm 2003 das Ziel, einen dauerhaften Erinnerungsort zu schaffen, wieder in den Blick und stellte erste Überlegungen hinsichtlich Form, Inhalt, Standort und Vorgehensweise an. Ein überliefertes Konzept gibt den Diskussionsstand wieder, der jedoch keine abschließenden Antworten bereithält. So werden hinsichtlich der Frage eines möglichen Standortes in zentraler Lage unter anderem die höhere Wahrnehmbarkeit und die Integration in die gesellschaftliche Mitte hervorgehoben, während einem Memorial am eigentlichen Tatort ein höheres Maß an Authenzität beschieden wird. Alternativ wird auch eine Kombination der beiden potentiellen Standorte in Erwägung gezogen.[121] Auf dem Podium einer Diskussion in der Aula der Universität Rostock zum Thema „15 Jahre Lichtenhagen – aufgearbeitet, vergessen oder verdrängt?" im Oktober 2007 stieß das Versäumnis, einen Erinnerungsort zu schaffen, auf deutliche Kritik. Hajo Funke plädierte für ein deutliches Zeichen von städtischer Seite und ein „Mahnmal in der Mitte" von Rostock.[122] Bisher waren derlei Appelle und Bemühungen ergebnislos, aber werden es wohl nicht bleiben, da die Forderungen nach einem dauerhaften Ort des Gedenkens nicht verstummen. Beate Klarsfeld hat in ihrer Rede auf dem Landesparteitag der Linken Mecklenburg-Vorpommern am 3. März 2012 in Güstrow als Kandidatin für das Bundespräsidialamt ihre Hoffnung bekundet, die Gedenktafel zur Erinnerung an die Ereignisse bei ihrem nächsten Besuch in Rostock wieder anbringen zu können.[123] Neben Klarsfeld wird auch Bundespräsident Joachim Gauck in Rostock erwartet. Auf Einladung der Initiative „Lichtenhagen bewegt sich" soll das Staatsoberhaupt am 26. August 2012 neben Ministerpräsident Erwin Sellering der zentralen Gedenkveranstaltung in Rostock beiwohnen.[124]

## 7 Schlussbetrachtungen

Dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen wurde in der Nachbetrachtung zunächst mit Verdrängung, Relativierung und Instrumentalisierung begegnet. Insbesondere der Versuch, die Opfer der rassistischen Ausschreitungen selbst für die Gewalt verantwortlich zu machen und den Täterin-

[120] O.A.: Drei Franzosen bleiben in Haft, sowie o.A.: Serge Klarsfeld gibt sich militant. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 22. Oktober 1992.
[121] O.A.: Grobkonzept für Diskussion hinsichtlich Zweck, Sinn und Form einer Gedenkstätte zum 92er Pogrom in Lichtenhagen. Rostock 2002 (unveröffentlicht), S. 7.
[122] Initiative „Lichtenhagen begreifen": Lichtenhagen '92: „Es war für viele ein Fest", Pressemitteilung vom 05.10.2007. Online-Version. http://a3.blogsport.de/2007/10/05/rostock-lichtenhagen-1992-es-war-fuer-viele-ein-fest vom 28.05.2012.
[123] Klarsfeld, Beate: Den Gegnern der Nazis viel Mut zusprechen. Rede von Beate Klarsfeld auf dem Landesparteitag der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern am 03.03.2012 in Güstrow.
https://www.youtube.com/watch?v=RxqQBN4Eop4 vom 30.05.2012.
[124] O.A.: Lichtenhäger wollen Gauck einladen. In: Ostsee-Zeitung vom 26. April 2012.

nen und Tätern Verständnis entgegenzubringen, stand einer Aufarbeitung zunächst im Wege. Einhergehend mit der Weigerung, eigene Verfehlungen einzuräumen, scheiterte eine lückenlose politische Aufarbeitung an der Bereitschaft von politisch Verantwortlichen, die durch Vorenthaltungen und Vertuschungen einer Aufklärung entgegenwirkten oder sie nur unter Druck stützten. Entscheidende Fragen über Ursachen und Verlauf der Ausschreitungen blieben dadurch ungeklärt. Sie konnten, nachdem die vom Schweriner Landtag und von der Rostocker Bürgerschaft einbestellten Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit zu Ende brachten, nur noch in Ansätzen durch Beiträge aus Zivilgesellschaft, Kultur und Medien geklärt werden. Große Hoffnungen wurden in dieser Hinsicht vergeblich dem Lichtenhagen-Prozess von 2002 eingeräumt, der im Gegensatz zum Gros der Verfahren von hohem öffentlichen Interesse war. Mit dem Prozess wurden auch eklatante Defizite hinsichtlich der juristischen Verfolgung deutlich. Zehn Jahre nach Lichtenhagen schien eine umfassende politische und juristische Aufarbeitung gescheitert. Das Jahr 2002 markiert aber auch einen Höhepunkt der Auseinandersetzung. Dies ist im Besonderen auf die zivilgesellschaftliche Mobilisierung zurückzuführen, die nach den Ereignissen einsetzte und sich über die Jahre verstärkte. Die Stadt hat zum zehnten Jahrestag mit breit rezipierten Veranstaltungen Veränderungen in der Stadtkultur sichtbar machen können und mit einer Entschuldigung bei den Opfern ihr Anliegen formuliert, die Ereignisse vom August 1992 zur Mahnung zu nehmen. Die Herausforderung besteht darin, dies nicht nur zur Wiederherstellung des „guten Rufs“ zu postulieren. Im Gedenken an das Pogrom von Lichtenhagen sowie an Mehmet Turgut, der 2004 von der rechtsextremen Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ermordet wurde, muss die Stadt erst noch zu einem souveränen Umgang finden.

### *Perspektiven des Gedenkens*

Eine lebendige Gedenkkultur zur Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen hat sich in Mecklenburg-Vorpommern nur in Ansätzen entwickelt. Die Bemühungen um ein Gedenken in der Stadt Rostock blieben nach Großveranstaltungen in den Jahren 1998 und 2002 vornehmlich auf die Aktivitäten einzelner zivilgesellschaftlicher Initiativen beschränkt und unterliegen konjunkturellen Phasen an symbolischen Daten. Das betrifft sowohl die Organisation von Veranstaltungen wie auch ihre öffentliche Rezeption. Konzentriert um den zehnten Jahrestag gab es eine Vielzahl von Bildungsveranstaltungen, Ausstellungen, Diskussionsrunden, Video- und Theaterworkshops sowie andere Projekte. Allerdings hat diese wichtige Form der Erinnerungsarbeit in den letzten Jahren nachgelassen und erlebt erst in Vorbereitung auf den zwanzigsten Jahrestag ihr Revival. In der Vergangenheit bemängelten die in diesem Bereich Aktiven ein wenig ausgeprägtes Wissen über die Ereignisse. Rassistische und antiziganistische Einstellungen sind zugleich Herausforderungen der Gegenwart, die bisher nur unzureichend mit den Ereignissen von 1992 in Beziehung gesetzt werden. Es bedarf daher neben dem schon geleisteten Engagement weitere Anstrengungen in der schulischen und außerschulischen Bildung. Mit Bunt statt Braun und Diên Hông sind Ansprechpartner vorhanden, mit erschienenen Publikationen und Filmbeiträgen wurde ein Reservoir zur verschiedentlichen Auseinandersetzung geschaffen und bis heute unaufgearbeitete Fragen können zu (schulischen) Forschungsprojekten anregen. Ein Impuls geht hierzu von dem Verein Soziale Bildung aus, der sich mit Projekttagen über Lichtenhagen an Schulen wendet, um grundlegende Kenntnisse über die Ereignisse in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu vermitteln.[125]

[125] Soziale Bildung: Projekttag Lichtenhagen. Rechtsextremismus & Rassismus am Beispiel des Lichtenhagen-Pogroms. O.J. http://www.soziale-bildung.org/projekttage-und-kurse/314-projekttag-lichtenhagen vom 30.05.2012.

Seit 1992 wurde vielfach das Bedürfnis nach einem dauerhaften Ort des Erinnerns und Gedenkens formuliert. Unbefriedigend ist, dass dieser Gedenkort bis heute nicht gefunden wurde. Der August 2012 bietet als symbolträchtiges Datum Anlass, neuerlich über die Schaffung dieses Ortes nachzudenken. Bisherige Initiativen haben aufgezeigt, dass dieser Schritt mit Herausforderungen verbunden ist, die selbige zum Scheitern brachten. Angesichts der Kontroversen um die Gedenktafel, die 1992 ad hoc an das Rostocker Rathaus angebracht wurde, scheint es kein leichtes Unterfangen, neben Ort und Form angemessene und breit akzeptierte Formulierungen zu finden, die dennoch nicht drohen, in Phrasen von geringer Aussagekraft abzugleiten. Der zeitliche Abstand zum Geschehenen und die Auseinandersetzung, die im zwanzigsten Jahr nach dem Pogrom wieder auflebt, dürften sich zumindest in dieser Hinsicht bezahlt machen. Angesichts fortdauernder Aktivitäten der extremen Rechten und einer NPD, die eine eigene und die Opfer verhöhnende Sicht auf die Ereignisse verbreitet, darf kein Schlussstrich gezogen werden und scheint es geboten, das über Jahre nur unzureichend wahrnehmbare Gedenken an Rostock-Lichtenhagen in ein dauerhaft sichtbares Erinnerungszeichen zu überführen. Auch eine museale Dauerausstellung könnte dem Ausmaß der rassistischen Anschläge und Pogrome im wiedervereinigten Deutschland angemessen Rechnung tragen.

# Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte[1]

*Stephan Geelhaar, Ulrike Marz, Thomas Prenzel*

## 1 Einleitung

Während sich im Sommer 1992 in Mecklenburg-Vorpommern rassistische Übergriffe häuften, galt die öffentliche Empörung in Rostock der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern (ZAST) im Stadtteil Lichtenhagen. Der lokale Diskurs war eng verwoben mit der bundesweiten Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl und mündete schließlich im Pogrom gegen die Flüchtlingsunterkunft und ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter ab dem 22. August.

20 Jahre nach den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen gelten sie noch immer als einer der Höhepunkte rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik. Die antiziganistische Dimension, die den Angriffen auf die ZAST und das benachbarte Wohnheim vorausging und folgte, wurde jedoch bisher analytisch nicht weitergehend verfolgt. Der Beitrag will sich dieser Dimension deshalb mit Blick auf die Ereignisse und ihre bundes- wie landespolitische Kontextualisierung annehmen und insbesondere Stimmungen und Ressentiments anhand der lokalen und regionalen Berichterstattung analysieren.

In Ergänzung zur bisherigen Forschung werden dementsprechend die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen als konformistisch-autoritäre Revolte gedeutet. Im Verlauf dieses Beitrages sind folgende Fragen zu klären: Wogegen richtete sich die Revolte, und in welcher Hinsicht ist sie als konformistisch zu bezeichnen? Unter Zuhilfenahme der lokalen Berichterstattung aus den frühen 1990er Jahre aus Rostock und Mecklenburg-Vorpommern zur Lage der Roma[2] aus Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien soll gezeigt werden, wie Bilder einer wahren ‚Flut von einströmenden Zigeunern' generiert und explizit antiziganistische Imaginationen erzeugt wurden.[3]

## 2 Lichtenhagen als konformistische Revolte

Bereits in den 1990er Jahre haben u.a. Lars Rensmann[4], Detlev Claussen[5] und Wolfgang Pohrt[6] in ihren Arbeiten Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte diskutiert. Die Forschung über den ‚Rechtsextremismus', die in den 1990er Jahren ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, brachte verschiedene Erklärungsansätze hervor. Zur Deutung eines Pogroms erscheinen die Überlegungen zum autoritären Charakter und zur konformistischen Revolte vielversprechend, da

[1] Dieser Beitrag basiert auf Teilen von Geelhaar, Stephan; Marz, Ulrike; Prenzel, Thomas: „… und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen." Das antiziganistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte. In: Bartels, Alexandra; Borcke, Tobias von; End, Markus; Friedrich, Anna (Hrsg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster 2012 [im Erscheinen].

[2] Losgelöst von den Personen(-gruppen), die sich tatsächlich vor Ort befunden haben, reihen sich in den Zeitungsberichten diverse Fremdbezeichnungen für die konkreten Personen aneinander, die strengen Kategorisierungen folgen und damit von den Selbstbezeichnungen der Einzelnen abweichen.

[3] Für den Zeitraum von Oktober 1990 bis Dezember 1992 wurden die beiden Lokalzeitungen Norddeutsche Neuste Nachrichten und die Ostsee-Zeitung ausgewertet.

[4] Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Dritte, überarbeite Auflage, Berlin und Hamburg 1998.

[5] Claussen, Detlev: Was heißt Rassismus? Darmstadt 1994.

[6] Pohrt, Wolfgang: Rostock I: Ohne Fleiß keine Preis. In: Ders.: Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand. Berlin 1993. S. 48-52.

mit diesem theoretischen Hintergrund das Geschehen im Kontext von modernem Autoritarismus, Persönlichkeitsstruktur und einem gesellschaftlichen System begriffen werden kann, dass jede Abweichung abzuwehren versucht.
Die Auswertung der Lokalpresse bietet eine Möglichkeit, die politische und gesellschaftliche Stimmung, die herrschenden Ressentiments und die politischen Argumentationen des Jahres 1992 nachzuvollziehen. Diskurse und Medien als ihre Vermittler informieren nicht neutral, sondern sie „disponieren die Individuen zu Handlungen bzw. Handlungsbereitschaften“[7] und werden damit zu gesellschaftlichen Akteuren. Daher ist für die Betrachtung Rostock-Lichtenhagens auch von Bedeutung, ob die Lokalmedien eine kritische Distanz zu Zitaten der Anwohnerschaft eingenommen haben, ob rassistischen oder antiziganistischen Äußerungen (in Form von O-Tönen oder in Interviews) in den Lokalzeitungen widersprochen wurde und ob Artikel, Reportagen, Dokumentationen und Kommentare der Lokalzeitungen selbst rassistische und gegebenenfalls antiziganistische Vorstellungen ihrer Redakteure offenbaren.
Neben den beiden Rostocker Lokalzeitungen, Norddeutsche Neueste Nachrichten (NNN) und der Ostsee-Zeitung (OZ), wird die Auswahl durch die überregionale Wochenzeitschrift Der Spiegel und die Reportage von Siobhan Cleary und Mark Saunders The Truth Lies in Rostock aus dem Jahr 1993 ergänzt.

## 3 Das theoretische Konzept der konformistischen Revolte

Die These der konformistischen Revolte wurde im Rahmen der Konzeptualisierung der autoritären Persönlichkeit beschrieben. Während einer konformistischen Revolte glauben die ‚Rebellierenden' im Sinne der ‚Herrschenden'[8] zu handeln. Die Aggression, die eigentlich an die Herrschenden adressiert ist, wird aber gegen Schwächere gerichtet. Zunächst erscheint dies wie ein Widerspruch, doch die autoritäre Persönlichkeit ist ambivalent. Es ist das gleichzeitige Bedürfnis nach Auflehnung gegen und Unterwerfung unter die Autorität. Dort, wo Aggression nicht in den Charakter integriert werden kann, wartet sie auf ihre Entladung in kollektiver Gewalt. Das schwache Ich des Autoritären kann die gesellschaftlichen Bedingungen und Zwänge nicht durchschauen. In der modernen Gesellschaft ist das Subjekt zwar nur noch selten in direkte Unfreiheitsverhältnisse verstrickt, steht jedoch unter dem Zwang von bestimmten Vergesellschaftungsmechanismen, die weder von einzelnen Personen mit Macht zu verantworten sind, noch von diesen konkret gesteuert werden. Diese Mechanismen funktionieren automatisch und sind namenlos. Das Subjekt erfährt die Zwänge der Gesellschaft zwar in Form von Leidensdruck und Ohnmacht, kann die daraus resultierenden Aggressionen aber nicht gegen die abstrakte Herrschaft richten. Die Stimmung vor dem Pogrom und vielleicht auch das Pogrom selbst wurden möglicherweise von Teilen der Politik stillschweigend geduldet, um eine Änderung des Asylrechts voranzutreiben. Die geringe Anzahl der Polizeikräfte vor Ort sowie deren zunächst defensive Haltung suggerierten eine Passivität, die von der gewaltbereiten Masse aus Bürgerinnen und Bürgern und Neonazis durchaus als ‚Freifahrtschein' interpretiert werden konnte. In einem Spiegel-Artikel von 1992 wird ein jugendlicher Gewalttäter zitiert, der sich augenscheinlich gar gewünscht hätte, aufgehalten zu werden:

[7] Jäger, Siegfried: BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg 1992, S. 19.
[8] Aufgrund der anonymen und abstrakten Struktur bürgerlicher Herrschaft ist Vorstellung von konkreten ‚Herrschenden' natürlich ein Phantasma des Autoritären. Autoritäre handeln im Grunde objektiv im Sinne dessen, was ihnen subjektiv als Autorität gilt. Dies könnte der Staat sein, eventuell aber auch das als Volksgemeinschaft oder als Nation imaginierte Kollektiv.

> „Dabei sehnte sich manch jugendlicher Randalierer offenbar geradezu nach einer Tracht Prügel, nach Autorität, nach Grenzen: ‚Es kann doch nicht sein, daß ich einfach einen Molli werfen kann und die Polizei nichts macht', klagte einer. Während er eine weitere Brandflasche schleuderte, stöhnte er auf: ‚Das ist doch Scheiße, daß das zugelassen wird'."[9]

Wenngleich man dieses ‚Zitat' eher als idealtypisch, denn als real geäußertes verstehen sollte, so illustriert es doch exemplarisch den Kern der konformistischen Revolte: die Ambivalenz von Gehorsam und Auflehnung. Für einen kurzen Moment konkurriert ein Ansatz von Reflexion über den mörderischen Impetus der Handlung mit dem Drang, die zum Feindbild erklärten Menschen einäschern zu wollen. Die Empfänglichkeit für autoritäre Meinungen gründet maßgeblich auf einer Ich-Schwäche und einem rigidem Über-Ich. Ein solches Über-Ich ist auf Anleitung und Führung durch äußere Instanzen angewiesen, da es chronisch unsicher ist. Als Konsequenz aus der engen Bindung an äußere Autoritäten wird ein solches Über-Ich unflexibel und dogmatisch und schwächt somit die Autonomie des Ichs als Ganzes. Mit Rensmann ließe sich dieses ambivalente Verhalten durch die fehlende moralische Verfestigung des Gewissens erklären. Das Gewissen sei lediglich ideologisch in die Ich-Struktur integriert.[10] Um diesen Spagat zwischen dem Wunsch nach autoritärer Zügelung und Strafe sowie dem Aufbegehren gegen die gesellschaftliche Ordnung zu vollführen, braucht es die Ambivalenz. Durch die Verinnerlichung der Autorität entwickeln die Individuen zugleich Liebe und Hass gegenüber den Herrschenden.[11] Dieser grundlegend auch von Otto Fenichel beschriebene Mechanismus biete den Menschen die Möglichkeit, zwei Impulsen zu folgen: dem Bedürfnis nach Aufruhr, Mord und Zerstörung sowie dem Respekt vor der Obrigkeit, das Wissen, im Sinne der Herrschenden zu handeln. Um dieser Ambivalenz zu entgehen, werden die Aggression auf andere Objekte, meist Minderheiten(-angehörige) umgelenkt.[12]

Die Abwehr der Flüchtlinge zu Beginn der 1990er Jahre konzentrierte sich vor allem auf diejenigen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien und Rumänien in die Bundesrepublik gekommen waren. Es ist davon auszugehen, dass es bereits vor der Ankunft der Flüchtlinge ein latentes ‚Zigeuner'-Bild[13] bzw. ein ‚Zigeuner'-Stereotyp[14] in der Bevölkerung gab, das u.a. durch die Medien verbreitet und verfestigt wurde. Claussen zeigt nachfolgend, dass die Fremdgruppen(-angehörigen) bereits gesellschaftlich designiert worden sein müssen:

> „Die Gewalttäter spekulieren in ihrer konformistischen Rebellion schlau auf die Schwachstellen des Systems, wenn sie die Menschen treffen und schlagen, die von der Gesellschaft selbst stigmatisiert worden sind."[15]

---

[9] O.A.: „Ernstes Zeichen an der Wand«. In: Der Spiegel, 36/1992 vom 31. August 1992, S. 18-29, hier S. 25. Online-Ausgabe, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689982.html vom 06.12.2011.

[10] Rensmann, Kritische Theorie, S. 86.

[11] Vgl. Claussen, Detlev: Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Einleitungsessay. In: Ders. (Hrsg.): Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte. Darmstadt 1987, S. 7-46, hier S. 19f.

[12] Vgl. Fenichel, Otto: Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus. In: Simmel, Ernst (Hrsg.): Antisemitismus. Hg. von Elisabeth Dahmer-Kloss. Frankfurt am Main 1993, S. 35-58, hier S. 38ff.

[13] Winckel, Änneke: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Münster 2002, S. 148 ff.

[14] Scholz, Roswitha: Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der „Zigeuner« in der Arbeitsgesellschaft. In: End, Markus; Herold, Kathrin; Robel, Yvonne (Hrsg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster 2009, S. 24-40, hier S. 24 ff.

[15] Claussen, Rassismus, S. 21.

Die herrschaftskonforme Sublimierung, also die Menge der aufgestauten negativen Gefühle, kann sich nur entladen, wenn sich die Autoritären der stillschweigenden Zustimmung der Herrschenden, der Eliten oder der Politik sicher wähnen. Viele der Aussagen und die wahrgenommene Untätigkeit politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger können als solch ein Einverständnis zu einer gewaltsamen Lösung des ‚Ausländerproblems' interpretiert worden sein. Die Medien fungieren hier als Transporteur und Legitimationsinstanz solcher Vorstellungen. Die konformistische Revolte funktioniert folglich sehr subtil. Sie braucht nicht den direkten Befehl, sondern antizipiert das Gewollte der Autoritäten. Dafür braucht die herrschaftskonforme Sublimierung das Fehlen von Reflexion über die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Charakter wird als eine Agentur verstanden, der die sozialen Einflüsse auf die Ideologie vermittelt.[16] Er reguliert so die Wirkung sozialer Umstände auf das je einzelne Individuum und konstituiert damit die Vorstellungen, die dieses beispielsweise über imaginierte Gemeinschaften (Volksgemeinschaft), Einwanderung, Minderheitenangehörige sowie über Staat und Politik, oder allgemeiner formuliert: das Funktionieren gesellschaftlicher Verhältnisse entwickelt. Besonders aber die Tendenz zu projektivem Denken, autoritärer Unterwürfigkeit und autoritärer Aggression gegen Schwächere oder Abweichende ist zentral für autoritäre Menschen.[17] Die Inhalte der (wahnhaften) Vorstellungen des autoritären Charakters können je nach politischer Stimmungslage variieren. Meist vereint dieser Charakter einen Komplex von verschiedenen Vorstellungen, die antisemitisch, rassistisch, sexistisch und antiziganistisch zugleich sein können.

Je nach politischer Lage und folglich dem Auftreten bestimmter Diskurse in den Medien kann temporär ein bestimmter Vorstellungsaspekt dominieren. Eine dominierende Auseinandersetzung zu Beginn der 1990er war neben der neu zu findenden nationalen Identität der Deutschen,[18] und zugleich mit dieser verwoben, der Diskurs um Flucht und Asyl. Deren Dynamik wird von weiteren gesellschaftlichen Bedingungen geprägt. Die Auflösung der DDR und der damit verbundene Zusammenbruch eines autoritären Institutionengefüges verursachten bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern Gefühle der Orientierungslosigkeit und Desintegration. Die Problematik bestand nicht darin, dass die Unterwerfung unter eine neue Autorität wie den gesamtdeutschen Staat erst mühsam erlernt werden musste, vielmehr standen zunächst kaum identifizierbare Unterwerfungs- und Repressionsagenturen bereit. Durch die Vorstellung einer gemeinsamen deutschen, nationalen Identität konnte diese Identifikationslücke kompensiert werden, oder um mit Kurt Lenk zu sprechen: „‚Kollektiver Narzißmus' (Adorno) und Macht/Ohnmachtsgefühle lassen ein großes Wir aller ‚aufrechten' Deutschen zum ersehnten Fluchtziel aus der irritierenden Komplexität werden."[19] Die Flüchtlinge, die aus dem ehemaligen Jugoslawien und Rumänien zu Beginn der 1990er Jahre die Bundesrepublik erreichten, waren für diese Identitätssuche eine geeignete Negativfolie und damit verfügbares Projektionsobjekt.

[16] Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main 1973, S. 8.
[17] Vgl. Adorno, Autoritärer Charakter, S. 45.
[18] Vgl. dazu den Beitrag von Räthzel, Nora: Heimat, nationale Identität, Nationalstaat und die Bilder des Anderen. In: DISS ( Hrsg.): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2., durchgesehene Auflage, Duisburg 1993, S. 78-85.
[19] Lenk, Kurt: Jugendlicher Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Phänomen. In: Faber, Richard; Funke, Hajo; Schoenberner, Gerhard (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt. Berlin 1995, S. 86-94, hier S. 91.

## 4 Die antiziganistische Dimension des Pogroms

Die Rebellierenden sind im Sinne Kritischer Theorie autoritäre Charaktere mit analsadistischen Tendenzen, die ein notorisches Unbehagen mit Unreinheit, Faulheit und Unordnung begleitet. Diese Attribute wurden vor allem den als ‚Zigeuner' etikettierten Roma zugeschrieben. Dass über die eingereisten Flüchtlinge bereits vor deren Ankunft konkrete Stereotype, Vorurteile und Ressentiments innerhalb der Gesellschaft existierten, zeigte sich etwa an der damals zu erlebenden Selbstverständlichkeit, mit der Geschäftstreibende in der Rostocker Innenstadt begannen, Besen an ihre Ladentüren zu stellen – ein Ritual, das angeblich ‚Zigeuner' abwehren soll. Die Lokalmedien aktualisierten diese Vorstellungen beständig, da sie in ihren Berichterstattungen nicht (nur) beschrieben, was objektiv der Fall zu sein schien. Der Diskurs und damit Medien waren durch komplexe gesellschaftliche Beziehungen bestimmt, in denen „Vorstellungen artikuliert, transformiert, aus- und umgearbeitet werden".[20] Die mangelnde Reflexion über die gesellschaftlichen Verhältnisse mündete in einer Entkontextualisierung der Lebenssituation der Flüchtlinge, wie sie sich in der Berichterstattung nahezu durchgängig zeigte. In Ignoranz gegenüber den gegebenen Verhältnissen wurde die Notlage der Asylsuchenden in eine von ihnen selbstverursachte Situation umgeschrieben: Nicht etwa das Fehlen sanitärer Anlagen, sondern ein angeblicher Unwille, sie zu benutzen, nicht der Mangel an Wohnraum, sondern die pure Lust, im Freien zu übernachten, seien die Ursache für die Zustände vor der ZAST gewesen. Mittels Kulturalisierung wurde die Botschaft vermittelt, dass die auftretenden Hygieneprobleme keiner Unterversorgung geschuldet seien, sondern Bestandteil einer ‚Roma-Kultur', welche diese im Gegensatz zur konstruierten Eigengruppe – der angeblich sauberen Einwohnerschaft Mitteleuropas – weiterhin pflegen würden. Eine Unterform des autoritären Charakters, der manipulative Charakter,[21] ist besonders durch die Gleichgültigkeit gegen seine Umwelt gekennzeichnet. Gleichgültig waren die Lichtenhäger vor allem gegen die Flüchtlinge, wenn sie ausschließlich ihre eigene Lebenssituation in den Mittelpunkt rückten, ohne auch nur den kognitiven Versuch zu wagen, sich in die Lage anderer Menschen hineinzufühlen. So wurde vermehrt der Gestank von Fäkalien thematisiert, der sich durch die frei campierenden Flüchtlinge entwickelt hätte.

> „Die hygienischen Bedingungen seien katastrophal und weder Anwohnern noch Besuchern weiter zuzumuten. Die Asylsuchenden verrichten ihre Notdurft in den Gebüschen, das ganze Gelände würde zusehends verwahrlosen, so ein Betroffener."[22]

Die Rede von den katastrophalen hygienischen Bedingungen für die Anwohnerschaft aus Rostock-Lichtenhagen (!) lässt auf genau diese mangelnde Empathie für die Situation der Flüchtlinge schließen. So scheint es, als seien die Lichtenhäger die Opfer der Flüchtlinge und ihrer barbarischen Lebensweise. Ausgelöst durch einen „Mangel an Affekt"[23] und Beziehungslosigkeit

[20] Hall, Stuart: Die Konstruktion von „Rasse« in den Medien. In: Ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften I, Hamburg 1989, S. 150-171, hier S. 155.
[21] Adorno, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt am Main 1971, S. 105-133, hier S. 121, und vgl. Weyand, Jan: Zur Aktualität der Theorie des autoritären Charakters. In: jour fixe initiative Berlin (Hrsg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft. Münster 2000, S. 55-77, hier S. 58f.
[22] Vetter, Ulrich Ben: Nächtlicher Angriff auf Asylbewerberheim. 13stündiges Schreckensspektakel in Lichtenhagen. Norddeutsche Neuste Nachrichten vom 24. August 1992, S. 4.
[23] Adorno, Bekämpfung, S. 121.

ähnelt dieser Typ dem von Freud beschriebenen „analen Charakter".[24] So liefern die Zeitungskommentare unfreiwillig Zeugnis von der Fixierung auf hygienische Standards, die durch die Asylsuchenden verletzt würden. Der damalige CDU-Generalsekretär Herbert Reul sprach etwa von einer „Vergiftung des öffentlichen Klimas durch die Sinti und Roma".[25] Auch für den fraktionslosen Abgeordneten des Schweriner Landtags, Reinhardt Thomas war die Sache in einer Rede im Landesparlament unmittelbar nach dem Pogrom eindeutig:

> „Schlimm und völlig unzumutbar wird es ab Mai 1992, weil etwa 95% der Ankömmlinge Sinti und Roma sind. Sie kampieren im Freien vor dem Objekt und verwandeln seither das Umfeld der ZAST in eine Kloake."[26]

Joachim Bruhn greift auf ein Zitat aus dem Spiegel zurück, in dem Lichtenhagen mit der „Besudelung des deutschen Saubersinns und Ehrgefühls durch die öffentliche Fäkalpraxis der Fremdländischen"[27] zu erklären versucht wurde. Über die psychische Funktion, die die Roma nunmehr für die Autoritären einnahmen, schreibt er weiter:

> „Denn daß der Staat die Sinti und Roma zum Aggressionsobjekt des Pöbels zurichtete, an denen dieser sich wiederum als urinseliger Toilettenfetischist und fäkalphober Saubermann ausagieren konnte, deutet auf eine tiefe Störung hin, die Führer und Geführte eint – auf eine kollektive Regression der Persönlichkeitsentwicklung auf die analsadistische Stufe."[28]

Die analsadistische Stufe leitet für das Kind die Auseinandersetzung mit Macht und Kontrolle ein. Die Regression auf diese frühkindliche Entwicklungsstufe fixiert jedoch das Subjekt auf die penible Abwehr alles Schmutzigen und aktiviert einen zwanghaften Ordnungssinn. Der anale Charakter ist pedantisch, intolerant und besitzstrebend. Die psychoanalytische Theorie nennt diese anal-sadistischen Eigenschaften eine Trias aus Ordnung, Sparsamkeit und Eigensinn.[29] Neben der Fäkalphobie als einem Aspekt der Angst vor Unordnung muss auch die Vorstellung des ‚faulen Zigeuners' den auf Sparsamkeit Bedachten in Wut versetzen. Es sei die deutsche Mehrheitsgesellschaft, die dem ‚Schmarotzer' das vermeintlich schöne Leben bezahlt. Um diesen angeblichen Vorteil einzudämmen, der sich aus der Flucht ergeben würde, sollen die Flüchtlinge kein Bargeld mehr erhalten. Peter Magdanz wird in der Ostsee-Zeitung vom 12. August 1992 wie folgt zitiert:

> „Der Innensenator ist auch gegen Auszahlung von Bargeld an die Asylbewerber. ‚Zu Hause verdienen sie umgerechnet drei Mark am Tag. Hier bekommen sie zehn Mark Sozialhilfe.

[24] Vgl. Adorno, Autoritärer Charakter, S. 35.
[25] Bruhn, Joachim: „Antiziganismus". Das Programm zum Pogrom. In: Ders.: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg 1994, S. 111-119, hier S. 118.
[26] Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 1/58 vom 28. August 1992, S. 3127.
[27] O.A.: „Sinti und Roma nach Bonn«. Der Asylstreit um die größte Gruppe ausländischer Zuwanderer. In: Der Spiegel, 37/1992, S. 30-31, S. 31. Online-Ausgabe. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690102.html vom 16.02.2012.
[28] Bruhn, Antiziganismus, S. 116.
[29] Vgl. Laplanche, Jean; Pontalis, Jean-Bertrand: Das Vokabular der Psychoanalyse. Frankfurt am Main 1973, S. 63.

> Selbst wenn sie nach Monaten abgeschoben werden, hat es sich für sie gelohnt, wenn sie das Geld sparen und zuhause wieder eintauschen.'"[30]

Mit diesem Vorschlag sprach Magdanz vermutlich eine Befürchtung aus, die viele potentielle Angreiferinnen und Angreifer teilten. Statt jedoch zu erkennen, dass Menschen, die keine Arbeitserlaubnis hatten, eventuell noch nicht einmal in Deutschland aufgenommen oder wenigstens geduldet wurden, keine Möglichkeit geboten wurde, ihr Leben selbstständig zu bestreiten, schlägt er vor, ihnen schlichtweg gar kein Bargeld zu geben. Wovon diese Menschen ein Guthaben ansparen sollen, wenn sie gerade mal genug zum Essen haben, lässt der Senator offen. Doch für die empörte Leserschaft klingt es nach einer bodenlosen Ungerechtigkeit, getreu dem Motto: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', und schon gar nichts ansparen können.

## 5 Objekt und Konformismus der Revolte

Die konformistische Revolte, die im Pogrom mündete, richtete sich gegen die Flüchtlinge und gegen den Unwillen der Kommune, diese menschenwürdig unterzubringen. Für die elenden Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge leben mussten, wurden jedoch diese selbst verantwortlich gemacht und nicht politisch entscheidende Amtspersonen. Nicht, dass die aufgebrachte Anwohnerschaft sich nicht an die Politik gewandt hätte: Immer wieder wurde dazu aufgefordert, „hier endlich Ordnung" zu schaffen,[31] aber keine der Forderungen, die in der Lokalpresse zu finden waren, verlangte eine menschenwürdige Unterbringung der Asylsuchenden. Das hinter der elenden Unterbringung gar Kalkül gesteckt haben könnte, verrät ein Kommentar von Magdanz: „Je besser wir die einen unterbringen, um so größer ist der Zuspruch neuer Asylbewerber am nächsten Tag."[32] Vor allem die Verunstaltung der Wohnhäuser und Rasenflächen vor dem so genannten Sonnenblumenhaus wurde immer wieder beklagt: „Riesige Menschenansammlungen, verschmutze Hausflure und Grünanlagen haben die Lichtenhäger an das Ende ihrer Geduld gebracht."[33] Eine weitere antreibende Vorstellung war die angebliche Unmöglichkeit vor allem von Kindern und Frauen, sich allein durch Rostock-Lichtenhagen bewegen zu können, ohne bedrängt, angebettelt oder gar bestohlen zu werden:

> „Unsere Kinder dürfen nur noch auf dem Hof spielen. In die Kaufhalle und in den Eisladen dürfen sie schon lange nicht mehr. Zu oft kam es vor, daß Asylantenkinder unterwegs das ganze Taschengeld abnahmen. Selbst ich als Erwachsene gehe dort niemals allein lang."[34]

Ein anderer Artikel wiederholt diesen Tenor: „Dazu würde das Umfeld insgesamt verunsichert,

---

[30] T.A.: Lichtenhagen erlebt die Ohnmacht der Politiker gegenüber Asylproblem. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 8. August 1992, S. 11.
[31] Schubert, Sabine: Es stinkt gen Himmel in Lichtenhagen. Einwohner protestieren gegen Camp auf der Wiese. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünde und Umgebung vom 26. Juni 1992, S. 11.
[32] T.A.: „Schlepperbanden bringen bald die nächsten«. In: Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 06. August 1992, S. 13.
[33] Bentzien, Hans: Fragestunde zu Asyl und Polizeieinsatz. Bürgerschaft befragt Innensenator und Polizeichef. Norddeutsche Neuste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 30. Juni 1992, S. 9.
[34] O.A.: Lichtenhäger Kessel brodelt. Anwohner fordern Schließung des Asylbewerberheims. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünder Zeitung vom 21. August 1992, S. 11.

durch Diebstähle, Lärm, Anpöbelung von Frauen".[35] Dazu gesellt sich die verbreitete Unterstellung der angeblich überdurchschnittlich hohen Kriminalität der ‚Zigeuner'. „Daß Ladendiebstähle in Rostock oft durch rumänische Zigeuner erfolgen, ist kein Geheimnis."[36] Im Zusammenhang mit antiziganistischer Gewalt fällt regelmäßig das Schlagwort der ‚Zigeunerkriminalität' und die Vorstellung von der Ausnutzung des deutschen Sozialsystems durch die Neuankömmlinge wird aktiviert. Ein Rentner beschwerte sich: „Die Sozialhilfeempfänger müssen sich für ihr Geld anstellen, die Ausländer brauchen keine S-Bahn zu bezahlen, die klauen hier öffentlich."[37]

Den ideologischen Rahmen für diese Aufzählung bildet die Abwesenheit einer Ordnung, die von den ‚Rebellierenden' hätte angerufen werden können. Für ein Pogrom braucht es vor allem einen schwachen und schutzlosen Feind. Da die meisten Gesellschaften auf einem Tabu von spontaner, nicht durch die Herrschenden bzw. Gesetze legitimierter Gewalt beruhen, erforderte die Gewalt in Rostock-Lichtenhagen zunächst die wahrgenommene Schwäche eines ordnungsstiftenden Staates.[38] Einige Wochen vor den Ereignissen stellte die Ostsee-Zeitung fest: „Die Ohnmacht der deutschen Politik […] wird kaum jemandem deutlicher vor Augen geführt als den Lichtenhägern. Vor allem Sinti und Roma belagern die Freiflächen um das Haus mit der zentralen Aufnahmestelle des Landes für Asylbewerber."[39] Und nach der Gewalt bleibt der NNN dann nur, zu konstatieren, dass der „Rechtsstaat […] in entscheidender Stunde" fehlte.[40] Etwas überspitzt formuliert, führte die von den Autoritären wahrgenommene Ordnungslosigkeit zum Pogrom, mit dem verschütteten Ziel, den Staat zu zwingen, die gewohnte Ordnung durch autoritäre Lösungen aktiv wieder herzustellen.

In zweierlei Hinsicht ist erkennbar, dass sich die Angreiferinnen und Angreifer in Übereinstimmung mit national-staatlichen Interessen glaubten und die Revolte als konformistisch zu bezeichnen ist. Das fehlende Eingreifen von Polizei- und anderen Ordnungskräften in den ersten Tagen der Ausschreitungen hat zum ersten sicherlich mehr Menschen angelockt und diese enthemmter hinsichtlich ihrer Aggressionen werden lassen. Nicht zuletzt setzte die „ausgebliebene Eindeutigkeit"[41] des Staates auch ein Signal für zukünftige Ausschreitungen: dass gewalttätige Angriffe unsanktioniert bleiben. Zweitens wurde die stets beschworene Notwendigkeit, aufgrund der steigenden Anzahl von Asylsuchenden in den 1990er Jahren und den Flüchtlingen aus Rumänien und dem bürgerkriegserschütterten Jugoslawien auf einen Asylkompromiss zu drängen, in den Medien immer wieder betont. Während die Regierung aus CDU/CSU und FDP sich einig über die ‚Notwendigkeit' einer Grundgesetzänderung war, zögerte die SPD-Opposition bis Ende 1992 mit ihrer erforderlichen Zustimmung zur Verfassungsänderung. Gewiss nicht rational intendiert, wohl aber im Interesse derer, die sich für eine Asylgesetzänderung aussprachen, können die Ausschreitungen in Rostock und der Anschlag in Mölln im gleichen Jahr als finaler Zwang zur Änderung der Gesetzgebung nur vier Monate nach Lichtenhagen interpretiert werden. So versuchte der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Bernd Seite (CDU), die Gewalt

[35] O.A.: Provozierter Unwillen. Ausländerbeauftragter Rusch zu den Vorfällen. Ostsee-Zeitung vom 25. August 1992, S. 3.
[36] Lichtenhagen erlebt Ohnmacht der Politiker.
[37] Ullmann, Silke; Flor, Kathrin: Krawalle: Bürger und Politiker uneins. Lichtenäger [sic!] fühlen sich von Politik allein gelassen. Norddeutsche Neuste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 25. August 1992, S. 9.
[38] Vgl. Claussen, Judenhaß, S. 19f.
[39] Lichtenhagen erlebt Ohnmacht der Politiker.
[40] Koslik, Stefan: Rechtsstaat fehlte in entscheidender Stunde. Demonstration von Einigkeit und Unfähigkeit. Norddeutsche Neuste Nachrichten vom 26. August 1992, S. 3.
[41] Lenk, Jugendlicher Rechtsextremismus, S. 93.

nachträglich zu erklären: „Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.“[42] Und „Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Landeschef Günther Krause hofft nun nach dem Einlenken der SPD – und wohl auch unter dem Eindruck der Rostocker Ereignisse – ‚dass man schon in allernächster Zeit' beim Asylrecht vorankomme“.[43]
Immer wieder wurde betont, dass es die steigende Anzahl von Flüchtlingen und ursächlich dafür die Asylgesetzgebung seien, die den Rassismus hervorbringen. Dieser Logik folgend müssen die Asylsuchenden in ihren ‚Heimatländern' bleiben, damit der ‚Rechtsextremismus' zurückgedrängt und die Demokratie nicht gefährdet werde.[44]

## 6 Der blinde Fleck der ‚Randale'

Dass in den Berichterstattungen in den Monaten nach dem Pogrom beständig von „Krawallen“,[45] „Straßenschlachten“[46] oder „Randalen“[47] gesprochen wurde, zeigt, wie ein Teil der Angreiferinnen und Angreifer systematisch aus der Diskussion um die Ursachen und Schuldigen herausgehalten werden sollte: Die aktiv oder passiv beteiligte Anwohnerschaft. Nach den Gewalttaten ergaben sich die Akteure in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Weder die antiziganistischen Motive noch das autoritäre Sanktionsbedürfnis der Täterinnen und Täter gerieten in das Blickfeld der Auseinandersetzung, sondern die Ereignisse wurden täterentlastend aufbereitet.
Die gewaltsame Vertreibung von Asylsuchenden durch einen Mob von jugendlichen Rechten und nicht nur Beifall klatschenden Nachbarinnen und Nachbarn wurde von der Presse zu erklären versucht, indem die vermuteten Motivationen sich weiterhin in der Logik der rassistischen und antiziganistischen Argumentation bewegten. Zunächst war vor allem die Anwohnerschaft bemüht, die Verantwortung an die Politik zu delegieren. Die Zustände seien der deutschen Bevölkerung von Seiten der Politik zu lange zugemutet worden:

> „Aber wenn die Herren Politiker jetzt endlich aufwachen und jeder – ob in Bonn, Schwerin oder Rostock – endlich seine verdammten Pflichten entdeckt, die ihm die Wähler auferlegt haben, hat das alles vielleicht einen Sinn gehabt.“[48]

Wie Recht dieser Anwohner mit der funktionalen Deutung des Pogroms als Handlungsaufforderung behalten sollte, zeigt die schnelle Einigung, die Opposition und Regierung nur wenige Monate nach den Angriffen beim Asylrecht erzielen konnten. Zu glauben, dass die ZAST in einem stark bevölkerten Stadtteil zu keinen Problemen führe, sei ein schwerer Irrtum, oder, wie Michael Laasch in einem Kommentar der Ostsee-Zeitung schreibt, gar „instinktlos“[49] gewesen. Ähnlich fragte die Ostsee-Zeitung Rostocks Oberbürgermeister Kilimann (SPD), ob es nicht eine „ekla-

[42] Koslik, Rechtsstaat fehlte in entscheidender Stunde.
[43] O.A.: Rostocker Randale haben Politiker aufgeschreckt. Gewalt verurteilt / Verantwortliche gesucht / Gegenseitige Schuldzuweisungen. Norddeutsche Neuste Nachrichten vom 26. August 1992, S. 3.
[44] Vgl. DISS, SchlagZeilen, S. 77.
[45] Krawalle: Bürger und Politiker uneins.
[46] I.SP.: Stundenlange Schlacht vor dem Asylbewerberheim. Einwohner erwarten von Politikern schnellstens Entscheidungen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 24. August 1992, S. 9.
[47] Rostocker Randale haben Politiker aufgeschreckt.
[48] Treder, Achim: Niemand will jetzt den schwarzen Peter haben. Weil Polizisten ausgewechselt wurden, war Feuerwehr ohne Schutz. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 26. August 1992, S. 9.
[49] Laasch, Michael: Instinktlos. Randale gegen Asylbewerber. Ostsee-Zeitung vom 24. August 1992, S. 2.

tante Fehlentscheidung"[50] gewesen sei, die ZAST in Rostock-Lichtenhagen einzurichten. Ein Anwohner äußert sich wie folgt: „Die Krawalle sind keine schöne Sache. Anderseits finde ich es auch nicht in Ordnung, daß so viele Sinti und Roma mitten in ein dicht besiedeltes Neubaugebiet gesetzt wurden."[51] Als ein weiterer Grund, der mit der ‚Standortproblematik' der ZAST verschränkt ist, wurde angeführt, es seien zu viele Flüchtlinge aufgenommen worden: Bereits einen Monat vor Lichtenhagen stellte der Innensenator fest:

> „Für die Stadt und die Anwohner sei ‚die Belastbarkeitsgrenze erreicht', so Magdanz. Der Senator appellierte an die Kreise in Mecklenburg-Vorpommern, verstärkt Asylbewerber aufzunehmen. Der Bundesregierung warf er vor, das Problem zu ignorieren."[52]

Auch eine Jugendliche weiß um die eingeschränkte Bereitschaft der deutschen Anwohnerschaft, Flüchtlinge ‚aufzunehmen':

> „Anja T. (13), Kühlungsborn: ‚Ich bin gegen Gewalt, aber die Politiker hätten doch längst merken müssen, dass es hier noch mal knallt. Für die Leute in Lichtenhagen habe ich Verständnis. Was wollen die ganzen Ausländer eigentlich bei uns?'"[53]

Der vielleicht dominanteste Erklärungsversuch ist wohl die Schuldzuweisung an die Asylsuchenden. Ihre Handlungen selbst seien es gewesen, das die Ausschreitungen provoziert habe: „Natürlich muss man auch die Ausländer nennen, vor allem die Sinti und Roma, die durch ihr Verhalten in den vergangenen Monaten die Nerven der Anwohner bis aufs äußerste reizten."[54] Dass dieser Journalist mit dieser Position nicht alleine ist, belegt ein Brief, den Innenminister Lothar Kupfer an Romani Rose, den damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma, im September 1992 schrieb. Darin heißt es auszugsweise:

> „Bei den hier eingereisten Sinti und Roma handelt es sich nach unserer Erfahrung jedoch im [sic!] eine in weiten Bereichen kaum anpassungsfähige Gruppe. Unsere Menschen erwarten aber von hier lebenden Ausländern zu Recht, daß diese die hier üblichen Normen des Zusammenlebens achten und sich entsprechend verhalten. […] Häufig werden durch Angehörige dieser Volksgruppe Ladendiebstähle begangen. Bei dem Gedanken an unser großzügiges Asylrecht ... kann von der Bevölkerung eine Toleranz dieses Sozialverhaltens nicht mehr erwartet werden. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie dies Ihren Landsleuten nahe bringen könnten. Ein normgerechtes Verhalten der Ausländer kann nach meiner Auffassung helfen, vorhandene Vorbehalte abzubauen."[55]

In diesem Zitat versammeln sich verschiedene aus der Rassismusforschung bekannte Vorstellungen: Besonders der Autoritäre kann Unangepasstheit und die Verletzung von Normen nicht hinnehmen. Die Verletzung dieser Normen setzt ein Sanktionsbedürfnis frei, das den Entzug der

[50] Spiller, Ingelinde: „Wir haben an Kupfer geschrieben.« OZ-Exklusiv-Interview mit Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD). Ostsee-Zeitung vom 26. August 1992, S. 3.
[51] O.A.: Reaktionen auf Krawalle. Ostsee-Zeitung vom 27. August 1992, S. 3.
[52] O.A.: Zentrale Aufnahmestelle überbelegt. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 24. Juli 1992, S. 11.
[53] Reaktionen auf die Krawalle.
[54] Laasch, Instinktlos.
[55] Lothar Kupfer an Romani Rose. Brief vom 10. September 1992 (unveröffentlicht).

Toleranz zur Folge hat und bis zum Pogrom führen kann. Zentral ist jedoch, dass hier nicht von Individuen gesprochen wird, die für sich geltende Normen und Gesetze verletzen können, sondern es wird von den „Sinti und Roma" als Kollektiv, als Entität gesprochen. Herr Rose möge daher seinen Einfluss auf dieses Kollektiv geltend machen und die Flüchtlinge über die Gepflogenheiten des Gastlandes aufklären. Es liegt dieser Logik folgend in der Verantwortung der „Sinti und Roma" selbst, ob sie Opfer antiziganistischer Anfeindungen werden oder nicht. Nicht die psychische Disposition des Vorurteilsvollen ist, dieser Argumentation folgend, das Problem, sondern die Objekte des Hasses selbst. Gewalt wird durch das Fehlverhalten der Asylsuchenden verstehend erklärt und damit gleichsam legitimiert.
Den Höhepunkt der Schuldzuweisung an die Betroffenen formulierte jedoch der Ausländerbeauftragte Winfried Rusch, wenn er die ‚Sinti und Roma' allgemein für den Hass auf Ausländerinnen und Ausländer verantwortlich macht.

> „Die Krawalle führt er vor allem auf die Zigeuner zurück, die sich in keiner Weise wie Gäste verhielten. Rusch bestätigte, daß immer mehr Sinti und Roma Asylanträge stellen. ‚Je mehr der Menschen dieser Bevölkerungsgruppe kamen, um so mehr gingen die Einwohner auf Distanz zu allen Ausländern.'"[56]

## 7 Schluss

Die als ‚Zigeuner' Etikettierten wurden in den Wochen vor Lichtenhagen als Fremdgruppe in den Medien aufgebaut. Immer wieder wurde der ‚unbegrenzte Asylzustrom' thematisiert. „Rostock und die Landgemeinden sind mit der Flut von Asylbewerbern überfordert", hieß es etwa in der Ostsee-Zeitung.[57] Verantwortlich dafür sei die vermeintliche Unfähigkeit der Politik, Entscheidungen zu treffen: „Lichtenhagen erlebt die Ohnmacht der Politiker gegenüber Asylproblem".[58]
In den Lokalzeitungen wurde Raum geschaffen, die Roma als ‚schmutzig', ‚kriminell', 'asozial' und als das Sozialsystem ausbeutend darzustellen. Vielfach hatten sich die lokalen Medien zum Sprachrohr der Bevölkerung gemacht, wenn sie antiziganistische O-Töne in Berichten unkommentiert oder die Androhung zu Ausschreitungen abdruckten bzw. selbst antiziganistische Inhalte in den Berichten, Kommentaren und Reportagen reproduzierten.
Der Antiziganismus der Bevölkerung hat das Pogrom entfacht. Die antiziganistische Dimension trat jedoch in seinem Verlauf hinter einen generellen Rassismus zurück, wie der Angriff auf die Unterkunft von Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter zeigt. Einig waren sich die Angreifenden vor allem in der Form des Pogroms als konformistischer Revolte: Gemeinsam griffen sie stellvertretend einen schutzlosen Feind an, um den Staat, der von den Autoritären nicht angegriffen werden kann, zu zwingen, die wahrgenommene Ordnungslosigkeit wiederherzustellen. Dass rechte Gewalt auch die Anwesenheit von Staat und Ordnung fordert, beschreibt Lenk wie folgt:

> „Die Revolte von rechts, die einem Kinderkreuzzug gleicht, fordert mit gewaltsamen Mitteln massiv Autorität ein: sie wird eingeklagt, weil sie das verspricht, was man verzweifelt sucht: Eindeutigkeit, Entschiedenheit, Reduktion der komplex gewordenen Gesellschaft."[59]

---

[56] Provozierter Unwillen.
[57] O.A.: Magdanz: Stadt verwaltet Notstand. Zentrale Aufnahmestelle für Asylanten täglich neu im Belagerungszustand. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 25. Juni 1992, S. 11.
[58] Lichtenhagen erlebt Ohnmacht der Politiker.
[59] Lenk (1995), Jugendlicher Rechtsextremismus, S. 92.

Die Angreiferinnern und Angreifer erreichten schließlich ihr Ziel: Die ZAST wurde geräumt, die ‚Ausländer' waren weg, das Asylgesetz wurde geändert und die Ordnung schien wieder hergestellt zu sein. Ob sich Opposition und Regierung auf den ‚Asylkompromiss' auch ohne Rostock-Lichtenhagen sowie die zahlreichen Angriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden und Migrantinnen und Migranten in diesen Monaten so schnell hätten einigen können, bleibt offen. Im Anschluss an Lichtenhagen ergaben sich die politischen Verantwortlichen in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Noch immer hat eine reflektierte Auseinandersetzung nicht stattgefunden, die den Blick auch auf die Anwohnerschaft und ihre Beteiligung richten muss. Stattdessen war man bemüht, die ‚Randale' einer gesellschaftlich kleinen Gruppe von ‚rechten Extremisten' zuzuschieben, die in den kommenden Jahren durch Förderprogramme in den neuen Bundesländern hofiert wurden.[60] An Interesse und Empathie gegenüber den Opfern des antiziganistischen Ressentiments und der damit legitimierten Gewalt in Rostock-Lichtenhagen fehlt es bis heute.

[60] Das wichtigste dieser Modellprogramme war das 1992 ins Leben gerufene Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), das besonders rechte Gewalttäterinnen und -täter in Maßnahmen und Projekte der Jugendhilfe einbinden sollte. Vgl. dazu Pleiger, Doris: Sieben Jahre AgAG in Rostock – Resümee zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung. O.O. 1999, http://www.soziale-Praxis.de/fileadmin/content_isp/pdf/agag_resumee_rostock.pdf vom 16.02.2012.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Quellen

Andrejewski, Michael: Lauter Lügen über Lichtenhagen! Flugblatt der NPD Mecklenburg-Vorpommern. 2011, Online-Version. http://www.npd-mv.de/uploads/documents/2011/fb_20110407_lichtenhagen.pdf vom 28.05.2012

Antifa Rostock: Aufruf zur Kundgebung anläßlich des 12. Jahrestages des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen. 22.08.2004, Online-Version. http://www.links-lang.de/0408/04.php vom 28.05.2012

Antirassistische Initiative Rostock – A.I.R.: Die NPD und das Pogrom von Lichtenhagen, Pressemitteilung vom 08.08.2011. Online-Version. http://systemausfall.org/antira/node/517 vom 30.05.2012

Bauer, Stephan: Schickt Hamburg die Roma? Keine Lösung in Sicht, Stimmung wird schlechter. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 12. August 1992, S. 9

Baum, Karl-Heinz: Die jungen Männer mochten Ausländer nicht. In: Frankfurter Rundschau vom 28. November 2001

Bentzien, Hans: Fragestunde zu Asyl und Polizeieinsatz. Bürgerschaft befragt Innensenator und Polizeichef. Norddeutsche Neuste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 30. Juni 1992, S. 9

Bentzien, Hans: Möwengrillen in einer Einraumwohnung. Teil 2 unserer Serie: Die Aufnahmestelle für Asylbewerber. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 14. Juli 1992, S. 3

Beyer, Elfriede: Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen! Leserbrief in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 21. Juli 1992

Billerbeck, Liane von: „Ich war Teil der Meute“. In: Die Zeit vom 25. Februar 2002

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2010. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg 2011.

Bunt statt Braun: Chronologie der Bürgerinitiative. O.J., http://www.buntstattbraun.de/Chronologie_der_Buergerinitiative.1414.html? vom 25.05.2012

Bunt statt Braun: Mitten unter uns. Pädagogische Handreichung für Schulklassen. 2. Auflage, Rostock 2003

Bürgerschaft der Hansestadt Rostock – Untersuchungsausschuß „ZAST“: Abschlussbericht. 13. Oktober 1993. Rostock 1993

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. Gesetzesantrag des Freistaates Bayern im Bundesrat vom 01.03.1990. Drucksache 175/90.

Entwurf eines … Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 19). Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat vom 05.10.1990. Drucksache 684/90.

Feuerstein, Ingrid: Wenn rohe Kräfte sinnlos walten… Wohnheimbewohner sind verunsichert. Ostsee-Zeitung/ Rostocker Anzeiger vom 05. Oktober 1991, S. 9

FFDJF: Bulletin de liaison des Fils et Filles des Déportés Juifs de France. Paris 1992

Frost, Andreas: Eine Stadt entschuldigt sich. In: Der Tagesspiegel vom 25. August 2002

Gärtner, Peter: Urteile im Lichtenhagen-Prozess. In: Weser-Kurier vom 18. Juni 2002

Initiative „Lichtenhagen begreifen“: Lichtenhagen '92: „Es war für viele ein Fest“, Pressemitteilung vom 05.10.2007. Online-Version. http://a3.blogsport.de/2007/10/05/rostock-lichtenhagen-1992-es-war-fuer-viele-ein-fest vom 28.05.2012

Initiative „Lichtenhagen begreifen“: „The Truth lies in Rostock“. Pressemitteilung vom 30.08.2007. Online-Version. http://a3.blogsport.de/2007/08/30/the-truth-lies-in-rostock vom 28.05.2012

Jensen, Annette: „Berechtigter Zorn der Bevölkerung“. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 29. August 1992

Kaberka, Frauke: Asylanten strömen an die Ostsee. Rostock ist Schleuse und Verteilerstelle zugleich. Ostsee-Zeitung vom 25. Oktober 1990, S. 3

Katz, Jenny: Lichtenhagen – Gericht untersucht Angriff. In: Ostsee-Zeitung vom 09. Januar 2003

Kesselring, Doris: Deckert: Polizei hat in Lichtenhagen Fehler gemacht. In: Ostsee-Zeitung vom 11. Januar 2002

Kesselring, Doris: Justiz-Skandal. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2001

Kesselring, Doris: Verteidiger fordern Einstellung des Verfahrens. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2001

K.K.: Die Romas sollen sich hier wie richtige Gäste verhalten. Anlaufstelle für Asylbewerber verändert Alltag der Dorfbewohner. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 10. September 1992, S. 11

Kleffner, Heike: „Beweise wurden nicht gesichert“. Interview mit dem Lichtenhagen-Nebenklagevertreter Ole Weidmann. In: Jungle World vom 28. November 2001

Kleffner, Heike: Gedächtnislücken gefüllt. In: Jungle World vom 23. Januar 2002

Kleffner, Heike: Was wussten die Sicherheitsbehörden... In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 26. Februar 2002

Koslik, Stefan: Als erste kommen die Clowns. Grenzschutz zunehmend machtlos gegen Flüchtlinge aus dem Osten. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 11. Juli 1992, S. 3

Koslik, Stefan: Rechtsstaat fehlte in entscheidender Stunde. Demonstration von Einigkeit und Unfähigkeit. Norddeutsche Neuste Nachrichten vom 26. August 1992, S. 3

Koslik, Stefan: Sicherheitsgeschwätz. Innenminister Kupfer bei erster Bewährungsprobe. Kommentar in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 25. August 1992, S. 2

Koslik, Stefan: Thema verfehlt, Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 17. Oktober 1991, S. 4

Kupfer, Horst: Die Täter richtig benennen. Leserbrief in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 02. Juli 1992, S. 15

Laasch, Michael: Instinktlos. Randale gegen Asylbewerber. Ostsee-Zeitung vom 24. August 1992, S. 2

Lachmann, Kai: Gedenkfeier soll Image der Stadt verbessern. In: Ostsee-Zeitung vom 21. November 2011

Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI e.V.): Dokumentation von rechten Übergriffen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002. O.J. http://www.lobbi-mv.de/chrono/2002.php vom 29.05.2012

Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI e.V.): Stellungnahme und Fragen zum Prozess gegen Beteiligte am Pogrom in Rostock-Lichtenhagen am Schweriner Landgericht. Pressemitteilung vom 27.11.2001

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion Die Linke, 15 Jahre Pogrom von Rostock-Lichtenhagen Mahnung und Verpflichtung. Drucksache 5/815 vom 05.09.2007

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion der FDP, Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten mit den Rostocker Krawallen. Drucksache 1/2183 vom 26.08.1992

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktion der LL/PDS, Entlassung des Innenministers und Sofortmaßnahmen der Landesregierung zur Ausländerpolitik, Drucksache 1/2200 vom 26.08.1992

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3771 vom 04. November 1993

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Beschlußempfehlung und Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3277 vom 16.06.1993

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 1/58 vom 28. August 1992

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Plenarprotokoll 5/25 vom 20.09.2007

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Votum der Fraktion der SPD zum Abschlußbericht des 2. Untersuchungsausschusses – Drucksache 1/3771 – nach Artikel 34 der vorläufigen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem vorläufigen Untersuchungsausschußgesetz gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 28. August 1992 und 10. September 1992. Drucksache 1/3794 vom 10.11.93

L.L.: Gewalt, Betroffenheit, Verletzte, 23 Festnahmen. Polizei löste Demonstration gegen DVU-Treffen auf. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 15. Juni 1992, S. 9

Lothar Kupfer an Romani Rose. Brief vom 10. September 1992

Machold, Ulrich; Nacken, Kerstin: Mecklenburger Justiz verzögerte Strafverfahren. In: Die Welt vom 07. Juli 2002

Neues Tendenz Theater: Kein schöner Land. O.J. http://www.neuestendenztheater.de/web/site/index.php?page=cat&catid=12&sid=48e50343e25aefd432c78a6aa15685e2 vom 25.05.2012

Niebuhr, Thomas: Nach nur sechs Tagen schnappte die Falle zu. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 27. Juli 2002

Nordhausen, Frank: Gericht wertet Krawalle als versuchten Mord. In: Berliner Zeitung vom 18. Juni 2002

Nordhausen, Frank: Stumme Zeugen. In: Berliner Zeitung vom 13. Dezember 2001

NPD MV: 50.000 Euro für Lichtenhagen-Schuldkult! NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 09.02.2012. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2623&mid=7 vom 29.05.2012

NPD MV: NPD in Rostock-Lichtenhagen - Antifa im Abseits. NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 03.08.2011. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2440&mid=7 vom 28.05.2012

NPD MV: Nationale 1. Mai-Demonstration in Rostock. NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 02.05.2010. http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1916&mid=7 vom 28.05.2012

O.A.: 10 000 feierten am Sonnenblumenhaus gegen Ausländerfeindlichkeit. In: Ostsee-Zeitung vom 26. August 2002

O.A.: 13- und 14jährige Kinder warfen die ersten Steine. Fünfte Krawallnacht – 150 Frauen und Männer in Kessel gefangen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 28. August 1992, S. 11

O.A.: 20 000 gegen Gewalt. Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet. Ostsee-Zeitung vom 31. August 1992, S. 1

O.A: Abgetan. In: Die Zeit vom 19. November 1993

O.A.: Asylanten von heute – Mitbürger von morgen. Innenminister zu Asylanten – Aufnahmestelle in Lichtenhagen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 04. Dezember 1990, S. 4

O.A.: Asylpläne Bonns sind utopisch. Ostsee-Zeitung vom 19. Oktober 1991, S. 1

O.A.: Aufnahme von Asylbewerbern in Horst geplant. Ostsee-Zeitung vom 23. Oktober 1992, S. 3

O.A.: Ausländer reagierten mit Besonnenheit. Asylbewerberheim in Stralsund überfallen. Ostsee-Zeitung vom 30. September 1991, S. 3

O.A.: Bewährungsstrafen im Lichtenhagen-Prozess. In: Ostsee-Zeitung vom 18. Juni 2002.

O.A.: Lichtenhagen-Prozess immer grotesker. In: Ostsee-Zeitung vom 29. Januar 2002

O.A.: Bomben auf Rostock! In: Keep Dancing, Online-Version vom 23.05.2012. http://keepingthedance.blogsport.eu/2012/05/23/bomben-auf-rostock vom 31.05.2012

O.A.: Bündnis erinnert an Ausschreitungen 1992. In: Ostsee-Zeitung vom 24. August 2007

O.A.: Der Justiz im Lande fehlen wieder die Täter. Angriffe auf Asylanten ohne gerichtliches Nachspiel. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 08. Oktober 1991, S. 1

O.A.: Die NPD marschiert heute in Dierkow. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 19. September 1998

O.A.: Drei Franzosen bleiben in Haft. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 21.Oktober 1992

O.A.: Eine Herausforderung für Gegenwart und Zukunft. In: Schweriner Volkszeitung vom 24. August 2002

O.A.: Erneut Ausschreitungen gegen Asylantenheime. In Rostock Überfall mit Brandflaschen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 07. Oktober 1991, S. 1

O.A.: „Ernstes Zeichen an der Wand". In: Der Spiegel, 36/1992 vom 31. August 1992, S. 18-29, hier S. 25. Online-Ausgabe, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689982.html vom 06.12.2011

O.A.: Film über Krawalle in Rostock-Lichtenhagen geplant. In: Schweriner Volkszeitung vom 26. September 2010

O.A.: Flüchtlinge unerwünscht? In: Junge Welt vom 24. Dezember 2003

O.A.: Gedenktafel an Rathausmauer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. Oktober 1992

O.A.: Gegen Abschiebung. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 21. Dezember 1992

O.A.: Grobkonzept für Diskussion hinsichtlich Zweck, Sinn und Form einer Gedenkstätte zum 92er Pogrom in Lichtenhagen. Rostock 2002 (unveröffentlicht)

O.A.: Haftstrafen für Brandstifter von Lichtenhagen. In: Ostsee-Zeitung vom 25. Januar 2003

O.A.: Innensenator räumt Polizeiübergriffe ein. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 17. Juni 1992, S. 12

O.A.: Internationale Menüs gegen Fremdenhass. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 23. August 2007

O.A.: Interview mit Christof Lange, Leiter und Regisseur der FTJ. In: 0381 Magazin (03/2011). Online-Ausgabe. http://www.0381-magazin.de/rostock/magazin/show/id/810 vom 29.05.2012

O.A.: Juden demonstrieren abermals vor der deutschen Botschaft in Paris. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 26. Oktober 1992

O.A.: Juden demonstrieren in Rostock. In: Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1992

O.A.: Krieg von rechts gegen Asylbewerber. Rostocker Polizei verstärkt Schutz der Heime. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 05. Oktober 1991 S. 1

O.A.: Lichtenhäger Kessel brodelt. Anwohner fordern Schließung des Asylbewerberheims. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünder Zeitung vom 21. August 1992, S. 11

O.A.: Lichtenhäger wollen Gauck einladen. In: Ostsee-Zeitung vom 26. April 2012

O.A.: Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 21. August 1992, S. 9

O.A.: Magdanz: Stadt verwaltet Notstand. Zentrale Aufnahmestelle für Asylanten täglich neu im Belagerungszustand. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 25. Juni 1992, S. 11

O.A.: Müll und blutrote Farbe gegen Pressefreiheit. Randale gegen 13.30 Uhr in der Redaktion. Norddeutsche Neueste Nachrichten, Rostocker Anzeiger, vom 26. August 1992, S. 9

O.A.: Neonazis gestehen Brandanschlag. In: Ostsee-Zeitung vom 27. Juli 2002

O.A.: Nur vier Randalierer kamen ins Gefängnis. In: Die Zeit vom 13. Juni 2002

O.A.: Plädoyers im Prozess um Lichtenhagener Krawalle. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 03. Juni 2002

O.A.: Protest gegen Abschiebevertrag. In: Kölner Express vom 28. Oktober 1992

O.A.: Provozierter Unwillen. Ausländerbeauftragter Rusch zu den Vorfällen. Ostsee-Zeitung vom 25. August 1992, S. 3

O.A.: Randale an der Ostseeküste. Ostsee-Zeitung vom 04. Oktober 1990, S. 3

O.A.: Randale bei Demo gegen DVU-Treffen. Rostock: 40 Festgenommene wieder freigelassen. Ostsee-Zeitung vom 15. Juni 1992, S. 1

O.A.: Reaktionen auf Krawalle. Ostsee-Zeitung vom 27. August 1992, S. 3.

O.A.: Rektoren schließen sich an. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 16. September 1998

O.A.: Rostocker Aktion französischer Juden sollte Deutsche mobilisieren. In: Frankfurter Rundschau vom 22. Oktober 1992

O.A.: Rostocker Randale haben Politiker aufgeschreckt. Gewalt verurteilt / Verantwortliche gesucht / Gegenseitige Schuldzuweisungen. Norddeutsche Neuste Nachrichten vom 26. August 1992, S. 3

O.A.: Rostocker „Unfall“ – wird jetzt ermittelt? In: Junge Welt vom 24. September 1998

O.A.: Schweriner SPD hat Rostock-Ausschuß satt. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 10. Februar 1993

O.A.: Schwerverletzte in Rostock und Greifswald. Serie brutaler Überfälle auf Ausländer reißt nicht ab. Ostsee-Zeitung vom 14. Oktober 1991, S. 1

O.A.: Serge Klarsfeld gibt sich militant. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 22. Oktober 1992

O.A.: „Sinti und Roma nach Bonn". Der Asylstreit um die größte Gruppe ausländischer Zuwanderer. In: Der Spiegel, 37/1992, S. 30-31, S. 31. Online-Ausgabe. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690102.html vom 16.02.2012

O.A.: Strampeln für die Demokratie: Radtour wirbt für die Wahl. In: Ostsee-Zeitung vom 29. August 2011

O.A.: Streit über Prozess zu Rostocker Krawallen. In: Ostsee-Zeitung vom 27. Oktober 2001

O.A.: Urteil zu Lichtenhagen rechtskräftig. In: Ostsee-Zeitung vom 02. Juli 2003

O.A.: Welle der Gewalt überrollt das Land. Parlament resümiert Machtlosigkeit, Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 17. Oktober 1991, S. 4

O.A.: Wiro mindert jetzt die Miete in Lichtenhagen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 27. August 1992, S. 12

O.A.: Zahl der Asylanträge steigt weiterhin an. 28 272 Asylbewerber im August registriert / CDU fordert Grundgesetzänderung. Ostsee-Zeitung vom 04. September 1991, S. 2

O.A.: Zentrale Aufnahmestelle überbelegt. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 24. Juli 1992, S. 11

O.A.: Zehn Jahre nach Lichtenhagen: Rostocks OB entschuldigt sich. In: Die Tageszeitung (TAZ) vom 26. August 2002

Pistor, Maria: Stadtteil zeigt Flagge gegen Rechts. In: Schweriner Volkszeitung vom 24. August 2011

Schlößer, Frank: Mitschnitt einer Podiumsdiskussion vom 07.06.2002 über die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen im Lichtspieltheater Wundervoll, Rostock 2002 (unveröffentlicht)

Schubert, Sabine: Es stinkt gen Himmel in Lichtenhagen. Einwohner protestieren gegen Camp auf der Wiese. Norddeutsche Neueste Nachrichten / Warnemünde und Umgebung vom 26. Juni 1992, S. 11

Schüler, Katrin: Prozess erst neun Jahre nach Überfall auf Asylanten. In: Die Welt vom 21. November 2001

Schultz, Helmut: Wo die Götter ausziehen, ziehen die Dämonen ein. Wenn die Politik versagt, ergreifen Rechtsradikale die Initiative und stoßen als selbsternannte Ordnungshüter in das Vakuum vor. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 25. August 1992, S. 3

S.K.: Nach Welle der Gewalt ruhiges Wochenende. Politikerstreit um Asylrecht geht weiter. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 21. Oktober 1991, S. 3

Soziale Bildung: Projekttag Lichtenhagen. Rechtsextremismus & Rassismus am Beispiel des Lichtenhagen-Pogroms. O.J. http://www.soziale-bildung.org/projekttage-und-kurse/314-projekttag-lichtenhagen vom 30.05.2012

Sp., I.: Stundenlange Straßenschlacht vor dem Asylbewerberheim. Einwohner erwarten von Politikern schnellstens Entscheidungen. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 24. August 1992, S. 9

Spiller, Ingelinde: „Wir haben an Kupfer geschrieben." OZ-Exklusiv-Interview mit Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD). Ostsee-Zeitung vom 26. August 1992, S. 3

Startnext: 20 Jahre Lichtenhagen-Pogrome: Erinnern & Diskutieren statt Verdrängen! O.J. http://www.startnext.de/lichtenhagen-2012 vom 30.05.2012

T.A.: Lichtenhagen erlebt die Ohnmacht der Politiker gegenüber Asylproblem. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 8. August 1992, S. 11

T.A.: „Schlepperbanden bringen bald die nächsten". Gestern wurden 200 im Freien campierende Asylbewerber aus der Stadt gebracht. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 6. August 1992, S. 13

Treder, Achim: Niemand will jetzt den schwarzen Peter haben. Weil Polizisten ausgewechselt wurden, war Feuerwehr ohne Schutz. Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock, vom 26. August 1992, S. 9

UBV: Anonymer Anrufer kündigt heiße Nacht an. Gerät das Asylantenproblem außer Kontrolle? Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 19. August 1992, S. 1

Ullmann, Silke; Flor, Kathrin: Krawalle: Bürger und Politiker uneins. Lichtenäger [sic!] fühlen sich von Politik allein gelassen. Norddeutsche Neuste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 25. August 1992, S. 9

Vetter, Ulrich Ben: Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen". Anonymer Anrufer: „Wir schaffen Ordnung". Norddeutsche Neueste Nachrichten / Rostocker Anzeiger vom 19. August 1992, S. 9

Vetter, Ulrich Ben: Nächtlicher Angriff auf Ausländerheim. 13stündiges Schreckensspektakel in Lichtenhagen. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 24. August 1992, S. 4
Vetter, Ulrich Ben: Was Links- und Rechtsextreme eint, ist die Sprache der Gewalt. Kommentar in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 26. August 1992, S. 2

Volgmann, Thomas: Stadt im Ausnahmezustand. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 21. September 1998

Volgmann, Thomas: Zynisch und instinktlos. In: Norddeutschlands Neueste Nachrichten vom 28. November 2001

Wiening, Jochen sowie Koenig, Dietrich-G.: Verbrecher gehören nicht hierher. Ostsee-Zeitung vom 16. Juli 1992, S. 15

**Filmische Quellen**

Cleary, Siobhan; Saunders, Mark: The truth lies in Rostock. BRD/Großbritannien 1993

Klarsfeld, Beate: Den Gegnern der Nazis viel Mut zusprechen. Rede von Beate Klarsfeld auf dem Landesparteitag der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern am 03.03.2012 in Güstrow. https://www.youtube.com/watch?v=RxqQBN4Eop4 vom 30.05.2012

Monheim, Gerd: Wer Gewalt sät – Von Brandstiftern und Biedermännern. WDR 1993

Taylan, Kamil: Die Feuerfalle von Rostock. ARD 2002

**Literatur**

Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main 1973

Adorno, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt am Main 1971, S. 105-133

Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung: In der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin 2002

Bergmann, Werner: Pogrome. In: Heitmeyer, Wilhelm; Hagen, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002, S. 441-460

Bizeul, Yves: Der Umgang mit dem Fremden in der offenen Gesellschaft. In: Bürgerschaft der Hansestadt Rostock (Hrsg.): Erinnerungen an 1992 – 10 Jahre danach – Rostock, im August 2002. Neue Demokratie, Heft 7. Rostock 2002, S. 7-13

Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute. Darmstadt 2012

Bruhn, Joachim: „Antiziganismus". Das Programm zum Pogrom. In: Ders.: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg 1994, S. 111-119

Buchladen Georgi Dimitroff (Hrsg.): Der Nazi-Pogrom in Hoyerswerda von September 1991. Unter der Losung „Wiedervereinigung der deutschen Nation" erreicht die nationalistisch geschürte Pogromstimmung einen Höhepunkt. Berlin o. J. http://aaghoyerswerda.blogsport.de/images/hoyerswerdadokuvombuchladendimitroff.pdf vom 24.03.2007

Claussen, Detlev: Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Einleitungsessay. In: Ders. (Hrsg.): Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte. Darmstadt 1987, S. 7-46

Claussen, Detlev: Was heißt Rassismus? Darmstadt 1994

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2., durchgesehene Auflage, Duisburg 1993

Fenichel, Otto: Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus. In: Simmel, Ernst (Hrsg.): Antisemitismus. Hg. von Elisabeth Dahmer-Kloss. Frankfurt am Main 1993, S. 35-58

Funke, Hajo: Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus. Göttingen 1993

Geelhaar, Stephan; Marz, Ulrike; Prenzel, Thomas: „… und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen.“ Das antiziganistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte. In: Bartels, Alexandra; Borcke, Tobias von; End, Markus; Friedrich, Anna (Hrsg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster 2012 [im Erscheinen]

Hall, Stuart: Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien. In: Ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften I, Hamburg 1989, S. 150-171

Hasselbach, Ingo: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. Berlin 1995

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001

Hugo, Michael: „Bunt statt Braun": Strategien gegen „Rechts" am Beispiel der Hansestadt Rostock. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Bonn 1999, S. 65-72

Jäger, Siegfried: BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg 1992

Jahnke, Karl Heinz: Rostock: August 1992. Eskalation der Gewalt. Tatsachen und Hintergründe. In: Studienkreis für Jugendgeschichte und –forschung. Darstellung und Vermittlung e.V. (Hrsg.): Rostock: August 1992. Eskalation der Gewalt – Ursachen – Konsequenzen. Rostock 1993, S. 9-14

Jungk, Sabine: Wer Gewalt sät…’ Von Brandstiftern und Biedermännern. In: Jungk, Sabine (Hrsg.): Zwischen Skandal und Routine? Rechtsextremismus in Film und Fernsehen. Marburg 1996, S. 67-75

Kleger, Heinz: Toleranz und „Tolerantes Brandenburg“. Münster 2006

Langer, Hermann: Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1993

Laplanche, Jean; Pontalis, Jean-Bertrand: Das Vokabular der Psychoanalyse. Frankfurt am Main 1973

Lenk, Kurt: Jugendlicher Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Phänomen. In: Faber, Richard; Funke, Hajo; Schoenberner, Gerhard (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt. Berlin 1995, S. 86-94

Münch, Ursula: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Opladen 1993

Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2. Auflage, Wiesbaden 2004

Oberndörfer, Dieter: Erinnerungen an die Gründung. In: Bizeul, Yves u.a.: 10 Jahre Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 17. Rostock 2002, S. 10-28

Pahlke, Sylvia: Der Asylkompromiß 1992. Ursachen, Argumente, Konsequenzen. Diplomarbeit an der Universität Oldenburg. Oldenburg 1999

Pleiger, Doris: Sieben Jahre AgAG in Rostock – Resümee zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung. O.O. 1999, http://www.soziale-Praxis.de/fileadmin/content_isp/pdf/agag_resumee_rostock.pdf vom 16.02.2012

Pohrt, Wolfgang: Rostock I: Ohne Fleiß keine Preis. In: Ders.: Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand. Berlin 1993. S. 48-52

Pollack, Detlef: Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda. In: Berliner Debatte Initial. 16(2005), S. 15-32

Räthzel, Nora: Heimat, nationale Identität, Nationalstaat und die Bilder des Anderen. In: DISS ( Hrsg.): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2., durchgesehene Auflage, Duisburg 1993, S. 78-85

Reinmuth, Eckart: Einführung. In: Institut für Text und Kultur der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (Hrsg.): JahresTage [1942.1992]. Rostock 2012, S. 8-9

Reis, Olaf: Grüße aus Lichtenhagen – die Stadt und der Makel (Auszug aus einer sozialpsychologischen Entrüstung). In: Institut für Text und Kultur der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (Hrsg.): JahresTage [1942.1992], Rostock 2012, S. 33-35

Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Dritte, überarbeite Auflage, Berlin und Hamburg 1998

Röpke, Andrea; Speit, Andreas: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. 2. Auflage, Berlin 2008

Schmidt, Jochen: Der Brandanschlag von Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Ursachen, politischer und publizistischer Kontext und Folgen. Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaften. Marburg 1998

Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin 2002

Schmolling, Jan: Subjektive Jugendvideos gegen die Halbwahrheiten des Fernsehens. In: Jungk, Sabine (Hrsg.): Zwischen Skandal und Routine? Rechtsextremismus in Film und Fernsehen. Marburg 1996, S. 218-221

Scholz, Roswitha: Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der „Zigeuner" in der Arbeitsgesellschaft. In: End, Markus; Herold, Kathrin; Robel, Yvonne (Hrsg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster 2009

Schulz, Bernd: Gestörte Befindlichkeiten. Eine Presseanalyse der „Rostocker Krawalle" von 1992. Diplomarbeit an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hamburg 1999

Seefeld, Kathi: Das Leben ist bunt. Interkulturelle Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Aktualisierte Nachauflage, Schwerin 1999

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3., überarbeitete Auflage, Berlin 2000

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2005

Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e.V.: UCEF-Report. Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie. Rostock 1992

Werz, Nikolaus: Politische Reaktionen auf den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. In: Werz, Nikolaus; Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000, S. 170-195

Weyand, Jan: Zur Aktualität der Theorie des autoritären Charakters. In: jour fixe initiative Berlin (Hrsg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft. Münster 2000, S. 55-77

Winckel, Änneke: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Münster 2002

## Zu der Autorin und den Autoren

Stephan Geelhaar studiert Informatik an der Universität Rostock und beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Themenkomplex Rostock-Lichtenhagen.

Roman Guski studiert im M.A.-Studiengang Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Rostock.

Ulrike Marz studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Rostock und ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Demographie an der Universität Rostock tätig.

Thomas Prenzel studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Rostock und ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock tätig.

## Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

**Heft 1** Jürgen Rüland: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.

**Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995

**Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.

**Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüland: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.

**Heft 5** Jürgen Rüland: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.

**Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.

**Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.

**Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.

**Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.

**Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.

**Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.

**Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.

**Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.

**Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.

**Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.

**Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.

**Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

**Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.

**Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.

**Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.

**Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.

**Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.

**Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.

**Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.

**Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.

**Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 October 2006 in Rostock. Rostock 2006.

**Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.

**Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.

**Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.

**Heft 30** Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.

**Heft 31** Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.

**Heft 32** Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock 2012.

Die Reihe als PDF: http://www.wiwi.uni-rostock.de/ipv/forschung/publikationsreihe.

*Thomas Prenzel (Hrsg.)*
*20 Jahre Rostock-Lichtenhagen*

Über Tage hinweg griffen im August 1992 Gewalttäterinnen und -täter mit Steinen, Stöcken und Brandsätzen ein Flüchtlingsheim und eine Unterkunft vietnamesischer Gastarbeiterinnen und -arbeiter an, während sie die Unterstützung tausender Schaulustiger fanden und einer überforderten Polizei gegenüberstanden. Mehr als 100 Menschen entkamen nur knapp dem Tod in einem der brennenden Häuser. Rostock-Lichtenhagen wirkte nicht nur als Fanal für eine Welle rechter Gewalttaten in Deutschland. Die Ausschreitungen befeuerten zugleich die politische Debatte um die Einschränkung des Rechts auf Asyl, die schließlich in der Änderung des Grundgesetzes mündete.

Die Ereignisse von Lichtenhagen sind seit Jahren regelmäßig Thema breiter Debatten um Asyl- und Migrationspolitik, die extreme Rechte, die sozialen und politischen Folgen der politischen Wende von 1989/1990 und Geschichtspolitik in Deutschland. Diese Publikation des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock greift diese Aspekte auf und stellt Zusammenhänge etwa zwischen der Asyldebatte und der Zuspitzung der Situation in Rostock dar, fragt nach dem erinnerungskulturellen Umgang mit Lichtenhagen in den vergangenen Jahrzehnten und thematisiert Aspekte neueren Forschungsinteresses wie die Bedeutung von Ressentiments gegen Roma und Sinti.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von:

LpB Mecklenburg - Vorpommern
Landeszentrale für politische Bildung

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Contextus
Bausteine für historische und politische Bildung e.V.

**ISSN: 0947-3025**
**ISBN: 978-3-940835-31-4**